C 21734 E



Arbeiterkampf

Jg.3 Nr.25 Jan./Feb.73 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50Pf.

Bomben – Verhandlungen – mehr Bomben – Verhandlungen – noch mehr Bomben

Das vietnamesische Volk muß siegen

Seit 30 Jahren führt das vietnamesische Volk einen fast ununterbrochenen Kampf um seine nationale Unabhängigkeit und eine sozialistische Zukunft.

Zwischen 1940 und 1954 kämpften die Vietnamesen gegen den französischen Kolonialismus, der im 19. Jahrhundert die Länder Indochinas (Vietnam, Laos ,und Kambodscha) unterworfen hatte. Dieser Kampf endete mit der katastrophalen Niederlage der französischen Kolonial-Truppen in ihrem Stützpunkt Dien-Bien-Phu. Im Juli 1954 kam in Genf ein Abkommen zustande: die drei Länder Indochinas wurden selbständig. Vietnam wurde provisorisch entlang des 17. Breitengrades geteilt. Innerhalb von zwei Jahren sollten dann in beiden Teilen Vietnams freie Wahlen stattfinden, um eine einheitliche Regierung des Landes zu bilden.

Die US-Imperialisten, die schon den französischen Kolonialkrieg massiv unterstützt hatten, nisteten sich nun anstelle der abziehenden Franzosen in Südvietnam ein. Da die US-Regierung damit rechnete, daß freie Wahlen einen großen Sieg der Vietminh (d.h. der Kommunisten) bringen würden, verhinderten sie diese Wahlen.

So war das Volk Vietnams erneut gezwungen, für die Freiheit und Einheit seines Landes zu kämpfen. Gegen das Volk „engagierten" sich die US-Imperialisten auf Seiten der südvietnamesischen Diktatoren, indem sie zuerst modernste Waffen und später auch eigene Truppen schickten.

Nach den totalen Niederlagen im Bodenkrieg, nach dem Scheitern der „Vietnamisierung" mußte die US-Regierung die Aufnahme von Verhandlungen in Paris zustimmen, die im Herbst 1968 begannen. Nach weiteren Niederlagen des US-Imperialismus, u.a. dem erfolglosen Versuch einer Verminung der nordvietnamesischen Küsten, schien es im Herbst 72 so, als könnte ein Friedensabkommen demnächst unterzeichnet werden. Dann begann Mitte Dezember das mörderische Bombardement der Wohnviertel von Hanoi und Haiphong. Das militärische Scheitern dieser Luftangriffe und die massiven Proteste in aller Welt haben die US-Regierung inzwischen erneut an den Verhandlungstisch in Paris gezwungen.

Das Neun-Punkte-Abkommen

Kurz vor den Präsidenten-Wahlen in den USA wurde bekannt, daß sich die Verhandelnden in Paris Mitte Oktober auf ein Abkommen geeinigt hatten, das in neun Punkten die weitere Zukunft Vietnams festlegte:

Das Abkommen sieht das sofortige Eintreten eines Waffenstillstandes und den Abzug der US-Truppen aus Vietnam vor. Der südvietnamesischen Bevölkerung soll die Möglichkeit gegeben werden, auf dem Weg von freien und demokratischen Wahlen unter internationaler Überwachung über die politische Zukunft Südvietnams zu entscheiden. Die Wiedervereinigung Vietnams soll Schritt für Schritt durch friedliche Mittel verwirklicht werden.

Die Unterzeichnung und Inkraftsetzung dieses Abkommens, dem sie schon grundsätzlich zugestimmt hatte, wurde von der US-Regierung immer wieder hinausgezögert. Dabei führte sie Schwierigkeiten ins Feld, auf die sie angeblich beim südvietnamesischen Militär-Regime gestoßen war. Mit dieser Begründung forderte die US-Regierung die Aufnahme neuer Verhandlungen, um das schon vereinbarte Abkommen wieder umzustoßen.

Dabei stellt das Neun-Punkte-Abkommen aus der Sicht des vietnamesischen Volkes bereits einen Kompromiß dar. Entsprechend dem mehrfach geäußerten Wunsch der amerikanischen Seite soll die Friedensregelung in z w e i Etappen erfolgen: zuerst die Beendigung des Krieges und im Verlauf der zweiten Etappe die Regelung der inneren Verhältnisse Südvietnams. Das Neun-Punkte-Abkommen enthält also ein ähnliches Dilemma wie das Genfer Abkommen von 1954, das von den US-Imperialisten gebrochen wurde. Die Regierung Nordvietnams hat das Neun-Punkte-Abkommen als Ausdruck ihrer „ernsthaften Haltung und des guten Willen bei der Suche nach einer friedlichen Regelung des Vietnamproblems" gekennzeichnet.

Die US-Imperialisten und ihre Saigoner Vasallen wollen aber nachträglich u.a. noch die Anerkennung der nationalen Einheit Vietnams aus dem Neun-Punkte-Abkommen streichen, um eine Wiedervereinigung des Landes zu verhindern.

USA proben in Vietnam die „Endlösung"

Ohne Ankündigung hob Nixon Mitte Dezember den am 22. Oktober mit Rücksicht auf die „Schlußphase" der Pariser Verhandlungen erlassenen Teil-Bomben-Stop (für Gebiete nördlich des 20. Breitengrades) wieder auf und bereitete damit optimistischen Friedensstimmungen, die sich nach Veröffentlichung des Neun-Punkte-Abkommens ausgebreitet hatten, ein jähes Ende.

Mit einer Vielzahl von Einsätzen schwerer Bomber wurden gegen Nordvietnam die schwersten Luftangriffe des gesamten Krieges geflogen. Allein in der Woche vor Weihnachten wurden 40 000 t Bomben über Nordvietnam abgeworfen, das entspricht etwa der Sprengkraft von zwei Hiroshima-Atombomben.

Die Angriffe richteten sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung. In Hanoi, das in vielen Stadtteilen dem Erdboden gleichgemacht wurde, wurden mehr als tausend Menschen getötet, die meisten Bewohner mußten aus der Stadt flüchten. Getroffen wurden Schulen und Krankenhäuser, Fabriken, Brücken, Straßen, Kraftwerke und Versorgungszentren – gerade die Anlagen, die das vietnamesische Volk für den bevorstehenden Wiederaufbau und die Heilung der Kriegsschäden benötigen wird. Die US-Imperialisten schienen entschlossen, das durchzuführen, was ein amerikanischer General als „Lösung" des Vietnamkrieges empfohlen hatte: Vietnam „zurück in die Steinzeit" zu bomben.

Der US-Imperialismus ist geschlagen

Die anfängliche Zustimmung der US-Regierung zum Neun-Punkte-Abkommen zeigt in aller Deutlichkeit, daß die Pariser Friedensgespräche eine neue Stufe erreicht haben. Eindeutig dokumentiert sich

Forts. Seite 2



Nordvietnamesische Soldaten auf einem abgeschossenen B 52 Bomber

Metaller aufs Kreuz gelegt

„In einer Nacht der harten Zahlen" (Kapitalistenzeitung „Handelsblatt") einigten sich die Verhandlungskommissionen von IG Metall und dem Kapitalistenverband „Eisen und Stahl" am 5.1.73 auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 8,5 Prozent über 13 Monate, was auf 12 Monate berechnet 7,83 % entspricht. Dieses Ergebnis wurde eine Woche vor dem für den 11. Januar angesetzten Streiktermin in Nordrhein-Westfalen abgeschlossen. Die Eisen- und Stahlarbeiter haben in einer zweiten Urabstimmung diesem „Kompromiß" eine klare Absage erteilt: 66% der abgegebenen Stimmen der IGM-Mitglieder waren für NEIN, nur 25,97% für JA.

Dennoch wird es zu keinem von der IG Metall geführten Streik kommen: Laut Satzung der IGM hätten 75% der Mitglieder gegen den Abschluß stimmen müssen, um einen Arbeitskampf für einen besseren Abschluß führen zu können.

Postwendend folgten den Vereinbarungen in der Eisen- und Stahlindustrie Abschlüsse auf der gleichen Marke in allen Tarifbezirken der metallverarbeitenden Industrie.

Mit „Erleichterung" registrierten die Herren vom Großkapital diesen „ehrlichen Kompromiß" („Handelsblatt"), denn damit war ein „Streik abgewendet" und „Signale gesetzt" für die kommenden Tarifrunden.

8,5 Prozent – das bedeutet einen klaren Abbau der Reallöhne und entsprechend „grünes Licht" für die Profite.

Auf Protest ist dieser vertraglich besiegelte Lohnabbau bei den Arbeitern gestoßen. Noch am Tag der Verhandlungen (5. Januar) streikten die Kollegen bei KRUPP in Hohenlimburg. Bei HOESCH in Dortmund und bei den RHEINSTAHL-Werken in Duisburg und Witten antworteten die Arbeiter mit Proteststreiks auf diese Provokation. Die Vertrauensleute der HOESCH-Westfalenhütte und von MANNESMANN in Mülheim stimmten noch vor der Urabstimmung dafür, das ausgehandelte Ergebnis abzulehnen.

In der metallverarbeitenden Industrie ist es seit Montag, dem 8. Januar, wiederholt zu Warnstreiks gekommen. Im Saarland wurde Montag, Dienstag und Mittwoch ge-

Forts. Seite 3



Quang Tri nach der "Befreiung" durch den US-Imperialismus

darin die Schwächeposition der US-Imperialisten und dagegen der militärische und politische Sieg des vietnamesischen Volkes.

Das Scheitern des US-Imperialismus in Vietnam ist eindeutig; doch selbst unter diesem Kräfteverhältnis versucht der Imperialismus noch, den Folgen dieser Niederlage auszuweichen.

Vielmehr zeigen die brutalen Bombeneinsätze, die fast ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sind, eine qualitativ neue Stufe der bisherigen Kriegsführung. Sie zeigen, zu welcher Brutalität der Imperialismus bereit ist, wenn es darum geht, seinen Niedergang aufzuhalten.

Nur zu deutlich entlarvt sich hier das Wesen des Imperialismus, für den der Sieg des Sozialismus, für den jeder nationale Befreiungskampf Einschränkung seiner Herrschaft bedeutet, mit der er sich nie freiwillig abfinden wird, auf die er mit brutaler Gewalt antwortet. An Vietnam wollen die US-Imperialisten das „Exempel statuieren", mit welchen Opfern alle Völker zu rechnen haben, die sich gleichfalls gegen den Imperialismus erheben.

Ein Sieg des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus wäre eine großartige Ermutigung für die übrigen Völker der Erde im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung; die US-Imperialisten scheuen deshalb kein Mittel, um ein Voranschreiten des Sozialismus in Indochina zu verhindern.

Wachsamkeit und Kampf bis zum Sieg

Die US-Regierung hat Ende Dezember die vorläufige Einstellung der Bombenangriffe gegen die Gebiete nördlich des 20. Breitengrades – vor allem die großen Städte Hanoi und Haiphong – angeordnet.

Den US-Imperialisten ist damit ein weiterer Versuch mißlungen, das vietnamesische Volk durch Terror zu unannehmbaren Zugeständnissen zu zwingen. Die „stärkste Luftabwehr in der Geschichte der Menschheit" (Kommentar von US-Militärs) über Hanoi und Haiphong hat der US-Luftwaffe die bisher schwersten Verluste zugefügt. Allein vom Typ des Langstreckenbombers B 52, der bisher wegen seiner Flughöhe als unangreifbar galt, wurden mehr als dreißig Stück abgeschossen. US-Militärs sprachen davon, daß bei jedem Angriff 2-3% der teilnehmenden Flugzeuge verloren gegangen seien.

Zur vorläufigen Einstellung der Bombardierung von Hanoi und Haiphong trug auch die breite Protestwelle in aller Welt bei, die auch die Regierungen zahlreicher kapitalistischer Länder zur Distanzierung zwang.

Aber noch ist der US-Imperialismus in Indochina nicht geschlagen. Immer noch werden Gebiete in Südvietnam und in Nordvietnam südlich des 20. Breitengrades bombardiert. Die Bevölkerung Nordvietnams hält ihre Wachsamkeit aufrecht. Noch ist nicht ausgeschlossen, daß die US-Imperialisten die Pariser Verhandlungen erneut blockieren, um zu noch bestialischeren Formen des Krieges ihre Zuflucht zu nehmen.

Internationale Solidarität

Gegen die US-Kriegsverbrechen fanden im Dezember und Januar wieder große Demonstrationen in vielen Ländern statt. Diese Aktionen wurden auch nach der „Einschränkung" der Luftangriffe auf Gebiete südlich des 20. Breitengrades unvermindert fortgesetzt. Besonders bemerkenswert ist die Demonstration von 50-70 000 Menschen in Utrecht (Niederlande) am 6. Januar.

Auch in der BRD herrscht in der Bevölkerung allgemeine Empörung über die Kriegführung der USA. Diese Empörung schlägt sich aber nicht in breiten Demonstrationen nieder. Im Gegenteil ist sogar ein Rückgang gegenüber früheren Zeiten festzustellen. Das ist zum einen das traurige „Verdienst" der Politik von SPD und DGB, wirft aber zugleich ein bezeichnendes Licht auf die Schwäche der Kommunisten, die es nicht geschafft haben, eine breite Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg der USA zu organisieren.

Hoch entwickelt ist dagegen die Anti-Kriegs-Bewegung in den skandinavischen Ländern. In Schweden werden sämtliche politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bis zum 31. Januar von Haus zu Haus, von Betrieb zu Betrieb ziehen, um Protest-Unterschriften zu sammeln. In dänischen Häfen boykottieren die Arbeiter US-Schiffe; die dänische Gewerkschaft plant die Organisierung eines Boykotts amerikanischer Waren. Boykott gegen amerikanische Schiffe gibt es u.a. auch in Häfen Italiens und Australiens.

Der massenhafte Protest hat sogar die Regierungen zahlreicher kapitalistischer Länder zu offiziellen Erklärungen gezwungen. Der deutlichste Fall war der schwedische Ministerpräsident Palme, der die Luftangriffe der US-Imperialisten mit den Kriegsverbrechen der deutschen Faschisten verglich.

Die internationale Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam ist von großer Bedeutung. Sie zeigt den Vietnamesen immer wieder, daß sie in ihrem Kampf nicht alleinstehen, sondern daß sie breite Unterstützung haben, weil sie eine gerechte Sache vertreten, die mit den Interessen des überwiegenden Teils der Weltbevölkerung übereinstimmt. Zugleich geht von der internationalen Solidarität Druck auf die US-Imperialisten aus, die im Interesse ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik diesen Protest nicht völlig übergehen können.





Zusammenarbeit zwischen dem Volk und den nordvietnamesischen Befreiungskräften gegen den US-Imperialismus

SPD/FDP-Regierung schweigt

Die Regierung der SPD/FDP – mit „Friedenskanzler" Brandt an der Spitze – hat es nicht einmal zur Geste einer minimalen Distanzierung vom Bombenterror der USA gebracht.

Dadurch gerieten auch jene linken Sozialdemokraten in Schwierigkeiten, deren Funktion es ist, die SPD als immer noch halbwegs akzeptable „Arbeiterpartei" zu verkaufen. So wandten sich die Jusos mit einer öffentlichen Erklärung an die SPD-Führung und kritisierten deren Schweigen als Unterstützung der US-Aggression. Aber was haben die Juso-Genossen denn von einer Partei erwartet, die selbst 1918/19 mit äußerster Brutalität die Arbeiteraufstände in Deutschland niederschlagen ließ, die den Mord an den Arbeiterführern Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vollziehen ließ, die am 1. Mai 1929 auf die demonstrierenden Berliner Arbeiter schießen ließ?

Brandt ließ erklären, Taten seien wichtiger als Worte. Aber die Taten seiner Regierung stimmen mit ihren Worten völlig überein: Unterstützung des US-Kriegs durch die sogenannten „Devisen-Ausgleichs-Zahlungen" an die USA und Einreiseverbot für Vertreter Nordvietnams. Vollends zynisch ist die Erklärung eines Regierungssprechers, man habe nicht öffentlich protestiert, weil man darüber unterrichtet gewesen sei, daß die Bombenangriffe zeitlich beschränkt sein würden. Wenn also „nur" drei Wochen lang bombardiert wird, wenn also „nur" 40 000 t Bomben abgeworfen werden, wenn „nur" mehrere tausend Menschen getötet werden – dann ist für den „Friedenskanzler" alles halb so schlimm, und ein öffentlicher Protest ist überflüssig. Damit hat die SPD-Führung das ganze politische „Glaubensbekenntnis" des Sozialdemokratismus auf eine kurze und einprägsame Formel gebracht. ■

Vietnam-Demonstration in Hamburg

Am Sonnabend, dem 6. Januar 73, führte der Kommunistische Bund in Hamburg mit seinen befreundeten Organisationen (SSB und ISE), das „Initiativ-Komitee Arbeiterhilfe" und der Ring Bündischer Jugend eine Solidaritätsdemonstration für Kampf und Forderungen des vietnamesischen Volkes durch, an der sich etwa 1 800 Menschen beteiligten. Die Hauptparolen der Demonstration waren:

Sofortiger Stop der Bombardierung Nordvietnams

Sofortige Unterzeichnung des Neun-Punkte-Abkommens

Amis raus aus Indochina

Dieser Demonstration schlossen sich auch die „Sozialistische Studentengruppe" (Hamburger Ableger des Zirkelblocks Bremen-Heidelberg) und die Gruppe „KPD" in eigenen Blöcken und mit eigenen Parolen und Transparenten an.

Die Initiative für diese Demonstration ging von unserer Organisation aus. Der Kommunistische Bund hatte diese Demonstration zunächst für den Sonntag unmittelbar vor Weihnachten geplant. Wir schätzten dann aber mit Rücksicht auf die Ferien der Schüler und Studenten ein, daß die Demonstration im neuen Jahr größere Möglichkeiten der Mobilisierung bieten würde.

Entgegen früheren Praktiken verzichteten wir diesmal darauf, die in Hamburg zahlreich angesiedelten super „linken" Sekten sowie die revisionistische DKP zuvor noch zu Gesprächen einzuladen, um den Versuch einer „gemeinsamen Demonstration" mit ihnen zu unternehmen. Darüber haben sich nachträglich einige super „linke" Gruppen beschwert und scheinheilig auf die „Prinzipien der Aktionseinheit" hingewiesen, die sie durch unser Vorgehen verletzt sehen.

Indes übersehen die Sektierer geflissentlich, daß gerade sie es waren, die ein mögliches gemeinsames Vorgehen mit dem Kommunistischen Bund immer mehr erschwert und derzeit nahezu unmöglich gemacht haben.



Abgesehen vielleicht von der SSG, die einen gewissen Einfluß unter den antiimperialistischen Studenten hat, sind die meisten Hamburger Polit-Sekten derart mickerig, daß sie mit ihren 100-200 Mann sich kaum zu eigenen Demonstrationen auf die Straße trauen. Das Anhängen an Aktionen des Kommunistischen Bundes erscheint ihnen deshalb als fabelhafte Gelegenheit der Selbstdarstellung.

In den bisherigen „Bündnisgesprächen" haben die Sektierer die Politik vertreten, daß der Kommunistische Bund zwar seine Mitglieder und Sympathisanten mobilisieren darf, aber ansonsten keinerlei Rechte hat. Einen Höhepunkt erreichte diese windige „Politik" bei den Vorgesprächen zur Hamburger Demonstration gegen die Ausländer-Verfolgung am 27. September letzten Jahres. Damals beschlossen die Sektierer mit der zahlenmäßigen Mehrheit ihrer Gruppen, daß der Kommunistische Bund während der Demonstration keine eigene Rede halten dürfte. Bei diesen „Bündnisgesprächen" war es z.B. auch nicht möglich, über die Hauptparolen der Demonstration politisch zu diskutieren. So gelang es dem trotzkistischen Grüppchen „Proletarische Front" (ca. ein Dutzend Mitglieder) die Parole „Gegen den Abbau demokratischer Rechte" (eine Parole der „KPD") zu Fall zu bringen, indem sie „drohten", andernfalls nicht an der Demonstration teilzunehmen. Dieses „Argument" versetzte den übrigen Sekten einen solchen Schrecken, daß sie ohne Diskussion geschlossen gegen diese Parole stimmten.

Der Kommunistische Bund schloß sich damals, nach einer eigenen Anfangs-Kundgebung auf einem in der Nähe gelegenen Platz, der Demonstration an. (Im Block des KB demonstrierten über 1000 Menschen, in den Blöcken der über zwanzig super „linken" Sekten dagegen nur etwa 500, z.T. aus ganz Norddeutschland zusammengekarrt.)

Wir zogen damals die Schlußfolgerung, in Zukunft nicht mehr an derartigen „Bündnisgesprächen" teilzunehmen: die Sekten-Häuptlinge hatten hinlänglich offenbart, daß es ihnen nicht um die Sache zu tun ist, sondern um die Stärkung ihrer jeweiligen Sekte auf Kosten des Kommunistischen Bundes. Kommunistische Politik in solchen „Bündnisgesprächen" durchzusetzen oder auch nur zu diskutieren, ist unmöglich, da sie von den Sektierern durch die Vielzahl ihrer Grüppchen (die jeweils mit eigenem stimmberechtigten „Delegierten" vertreten waren) einfach niedergestimmt wird.

DKP-Führer — Spalter wie immer

Die DKP und der von ihr beeinflußte Block revisionistischer Gruppen und Organisationen hat uns schon mehrfach bei früheren Anlässen mitgeteilt, daß man „grundsätzlich zu gemeinsamen Demonstrationen nicht bereit" sei. Nicht einmal, wenn man sich auf gemeinsame Inhalte, Parolen und Reden einigen sollte — wie ein Hamburger DKP-Führer einmal unverhohlen zugab.

Im Zusammenhang mit unserer Vietnam-Demonstration hat sich die DKP ein neues Bravour-Stückchen geleistet:

Einen Tag, nachdem erstmals unser Aufruf-Flugblatt verteilt worden war, kreuzte der von der DKP dirigierte „Arbeitskreis Vietnam" mit einem offenbar hastig zusammengedonnerten Aufruf zu einer „eigenen" Demonstration auf. Offenbar wollte die DKP wieder einmal „verhindern, daß allzuviele zum KB laufen", wie uns bei einem ähnlichen Anlaß seitens der DKP einmal mitgeteilt wurde.

Dennoch freut es uns natürlich, wenn unsere Initiative nebenbei die DKP-Führer genötigt hat, auch ihrerseits „Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam" zu bekunden. Wir sprechen auch nicht unbedingt gegen mehrere Demonstrationen verschiedener Organisationen aus dem gleichen Anlaß. Hamburg ist groß! Aber diesmal hatte sich die DKP etwas „Besonderes" ausgedacht. Sie meldete ihre Demonstration für den gleichen Tag, nur eine halbe Stunde früher und kaum fünf Minuten von unserer entfernt an. Der in der Mitte liegende Hauptbahnhof, über den die meisten Demonstranten kamen, war von den Flugblattverteilern und Lautsprechern der DKP umlagert, die versuchten, möglichst viele Menschen noch zur DKP-Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus zu locken.

Das stärkste Stück leistete sich dabei der schon früher durch allerhand Provokationen aufgefallene Werner Stürmann, derzeit stellvertretender Vorsitzender der Hamburger SDAJ, früher Führer einer „links"-sektiererischen Studentengruppe namens „Arbeiterbund/ML". Dieser Provokateur gab über Lautsprecher bekannt, die Demonstration des KB sei „kurzfristig vors Gewerkschaftshaus verlegt" worden, und die Demonstranten sollten gleich dorthin gehen, also zur DKP. (An dieser Demonstration, die auch von den Jusos unterstützt wurde, nahmen etwa 1 200 Menschen teil.) ■

Forts. von Seite 1

Metaller aufs Kreuz gelegt

streikt (ohne den Segen der hauptamtlichen Funktionäre einzuholen!), am Mittwoch streikten 15 000 Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg, dem Zentrum des Streiks von 1971. 25 000 Kollegen aus dem Raum Mannheim und Schwäbisch Gmünd demonstrierten in mehrstündigen Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft und sagten mit einer Demonstration am 11. Januar zum Stuttgarter Verhandlungsort dem Abbau ihrer Löhne den Kampf an.

Das Geschäft mit der Angst

Für die Kapitalisten war die Marschroute für die Tarifrunde klar: Ein Lohnabschluß, der den im letzten Jahr eingeleiteten Lohnabbau fortsetzt.

In einer breit angelegten Kampagne über Presse, Rundfunk und Fernsehen wurden die auf 6,5% gestiegenen Preise benutzt, mit dem Gespenst der Inflation und der dahinter lauernden Arbeitslosigkeit Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung zu entfachen. Immer wieder wurde die Verbindung zwischen Stabilität und der Tarifrunde gezogen. Einzige Konsequenz dieser Stabilitätskampagne war: Stabilität jetzt durch einen niedrigen Abschluß — oder nie.

Auf den Nenner gebracht: in der Bevölkerung sollte die Meinung gefestigt werden, daß vor allem die „Maßlosigkeit" der Arbeiter in ihren Forderungen Ursache der Preisentwicklung sind. Daß diesem demagogischen Gerede weniger die Arbeiter, wohl aber kleinbürgerliche Schichten aufsitzen, ist eine Erfahrung der letzten Jahre.

Ungestörter Profit „aufschwung"

Nachdem die Jahre 1971 und 1972 den Kapitalisten nicht die gewünschten Gewinnsteigerungen brachten, sind für 1973 wieder große Gewinne zu erwarten.

Seit Oktober 1972 füllen sich die Auftragsbücher rapide, besonders in der Metall- und Stahlindustrie. Seit Ende letzten Jahres ist auch wieder verstärkt der Bedarf an Arbeitern spürbar: die Arbeitslosenziffern waren zum erstenmal im Jahr 72 am Sinken. Insgesamt sind die Kapitalisten für 1973 auf einen Konjunkturaufschwung vorbereitet. So hat z.B. das Volkswagenwerk für 1973 die Neueinstellung von mindestens 4000 Arbeitern angekündigt, nachdem noch im letzten Jahr 11 000 Arbeiter und Angestellte entlassen wurden bzw. nach Eigenkündigung nicht ersetzt wurden.

Der erwartete Aufschwung in diesem Jahr soll möglichst ungestört über die Bühne gehen. Dazu wollen die Kapitalisten geringe Kostensteigerungen (wozu auch die Löhne gehören) durchsetzten.

Steigende Aufträge schon am Jahresanfang hieß in dieser Tarifrunde auch, daß ein Streik der Arbeiter nicht ins Konzept paßt. Im Gegensatz zum Streik der Metallarbeiter 1971, auf den die Kapitalisten im damaligen Konjunkturabschwung mit vollen Lägern und Streik als Ersatz für Kurzarbeit (wobei das Kurzarbeitergeld wegfällt!) vorbereitet waren, stehen sie jetzt mit dünnen Beständen, aber vollen Auftragsbüchern da, nichts kommt da natürlich ungelegener als ein Streik.

Eine weitere Sorge der Kapitalisten in dieser Lohnrunde gilt aber auch schon den zu erwartenden Reaktionen der Arbeiter, die, wenn der Aufschwung deutlich sichtbar wird, auf die Idee kommen könnten, sich den ihnen vorenthaltenen Anteil selbst zu holen. Dazu schreibt das Kapitalistenblatt „Wirtschaftswoche": „Öffentlichkeit (gemeint sind die Unternehmer!) und Regierung erwarten niedrige Lohnforderungen. Auf der anderen Seite müssen wir verhindern, daß ein Nachholbedarf (der Arbeiter) wie 1969 entsteht. Den Gewerkschaftsoberen würde es sicher nichts ausmachen, bei einer niedrigen Lohnrate abzuschließen, wenn die Mitglieder nicht revoltierten".

Die Kapitalisten haben aus den Streiks vom September 1969 gelernt:

Damals waren es vor allem die Arbeiter der Stahlindustrie und der Metallverarbeitung, die durch Kampfaktionen und Streiks außerhalb der üblichen Tarifverhandlungen angesichts immer weiter steigender Profite und miserabler Lohnabschlüsse erhebliche Lohnsteigerungen erkämpften und den Kapitalisten damit empfindliche Schläge versetzten. Solche massiven Aktionen der Arbeiterklasse wollen sie in diesem Jahr, wo eine ähnliche Situation bevorsteht, auf jeden Fall verhindern.

Forts. nächste Seite



Zweite Urabstimmung der Eisen- und Stahlarbeiter in NRW, 66% stimmen mit NEIN — hier Kollegen der August Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn bei der Stimmabgabe.

SPD-Regierung – im Dienste des Kapitals

Setzen die Kapitalisten zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Ziele zur Zeit auch noch vorwiegend auf die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Gewerkschaften, so unterließen sie es in ihrer Stabilitätskampagne dennoch nicht, immer wieder offene Drohungen an die Adresse der Arbeiterklasse zu richten: für den Fall, daß nicht genehme Forderungen aufgestellt würden, drohten sie mit der Aufhebung der Tarifautonomie und der Bildung eines Stabilitätspaktes aller „Beteiligten" unter dem „Patronat" der ihnen treu ergebenen Regierung mit Willy Brandt an der Spitze.

Daß die Zusammenarbeit noch funktioniert, bewies Helmut Schmidt, der Ohr und Tatkraft den „Forderungen der deutschen Wirtschaft" lieh und mit dieser Regierung sofort nach den Wahlen das „Ringen um die Stabilität" in den Mittelpunkt der Politik rückte. In vertraulichen Gesprächen versprach Schmidt den Kapitalisten Hilfe. Maßnahme zu drohen (!), ehe die Tarifabschlüsse bekannt sind."

Mit der Erhebung des 10-prozentigen Konjunkturzuschlages, der nicht zurückgezahlt wird, spekulieren Kapitalisten und Regierung darauf, daß viele Arbeiter Steuer und Lohnabschluß nicht miteinander in Verbindung bringen.

IGM-Führer – „Wir wollen keinen Streik"

Deutlicher als jemals zuvor bewies die IG-Metall-Führung in dieser Tarifrunde, wie ernst sie die Sorgen der Kapitalisten nimmt, wie sie bemüht ist, deren Wünsche zu erfüllen. In unverschämter Offenheit drückte IGM-Vorsitzender Loderer in einem Interview mit dem „Handelsblatt" aus, welche Sorgen diese Tarifrunde ihm bereitet. Daran wird auch deutlich, wie sehr die Gewerkschaftsführer immer wieder zwischen den Aufträgen der Kapitalisten und dem Hinhalten der gewerkschaftlichen Basis taktieren müssen.

Loderer: „Ein Tarifabschluß von 8% wäre wenig genug. Es war nicht so leicht, die 11% bei den eigenen Leuten durchzubringen (!). Viele von uns wollten mehr fordern." Weiterhin führte er aus, daß in diesen 11% ein Risiko stecke, was bei dem sich abzeichnenden Konjunkturaufschwung zu größeren Unruhen in den Betrieben führen muß, ähnlich wie es in den Septemberstreiks 1969 der Fall war. „Das kann weder im Interesse der Gewerkschaften noch der Regierung und der Arbeitgeber sein" und „Wir wollen keinen Streik".

Entsprechend den Forderungen der Kapitalisten sollten in dieser Tarifrunde möglichst alle Unsicherheitsfaktoren, wie es besonders ein Streik ist, ausgeschaltet werden. So war denn die gesamte Metalltarifrunde 1973 generalstabsmäßig geplant. Anfang Oktober 1972 legte der IGM-Vorstand in einer Klausurtagung fest, wie in den einzelnen Bezirken die „maßvollen, stabilitätsgerechten" Forderungen durchgesetzt werden können. Wichtigster Beschluß war: rasche Aufnahme der Verhandlungen, schneller Abschluß. In Geheimverhandlungen mit Helmut Schmidt (noch vor den Bundestagswahlen) und dem Kapitalistenverband Gesamtmetall am 21. 11. 72 wurden die taktischen Maßnahmen abgestimmt.

Zuvor war Anfang November die Forderung für die Stahlindustrie vom Vorstand mit 11% mehr Gehalt und 60 Pfg. mehr Lohn festgelegt worden. Die einstimmige Forderung der Tarifkommission bei Klöckner/Bremen von 16,5% bzw. 75 Pfg. wurde auf die selbe Höhe zurechtgestutzt. Dazu schrieb das Betriebsorgan der IGM, die „Metall" in der Nr. 23 am 7.11. lapidar: „Abweichend von der Empfehlung (!) der zuständigen Tarifkommission hat der Vorstand für den Tarifbereich der Klöckner-Hütte Bremen folgende Forderungen aufgestellt: . " und zählt dann die 11%-Forderung auf.

Innerhalb einer Woche waren Ende November die 11%-Forderungen in den einzelnen Bezirken der Metallindustrie durchgezogen und wurden am 4.12. vom Vorstand „genehmigt". In der Stahlindustrie folgten ab 14.11. drei Verhandlungen, die nach einem 5,6% Angebot der Unternehmer für gescheitert erklärt wurden (am 14.12.) aber erst für eine Woche später am 20./21. 12., kurz vor Weihnachten, wurde die Urabstimmung angesetzt, die mit 97% der abgegebenen Stimmen ein überwältigendes Ergebnis für Streik brachte.

Inzwischen nutzte die IGM-Führung die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr, die in vielen Stahlbetrieben durch Betriebsurlaub eine Unterbrechung der fortlaufenden Diskussion unter den Kollegen gebracht hatte, um weitere Maßnahmen festzulegen. Schon die Verkündung des Streiktermins für den 11.1. (also erst drei Wochen nach der Urabstimmung) mit dem zusätzlichen Hinweis der weiteren Verhandlungsbereitschaft bei einem Angebot deutlich über 5,6%, zeigte die Richtung. Die bürgerliche Presse veröffentlichte Kommentare mit dem Inhalt: Annäherung knapp über 8% möglich und keine der beiden Seiten will Streik.

Prompt kam im neuen Jahr die Bereitschaft der Unternehmer zum Verhandeln. Die IGM erklärte den Arbeitern zwar, daß sie am 4.1. nicht verhandelt, sondern nur Informationsgespräche führen wolle. Verhandlungen erst, wenn ein deutlich höheres Angebot vorliegt, was noch nicht der Fall war. Zur selben Zeit werden aber in aller Stille die Vorbereitungen für den Abschluß getroffen. Vorher (!) wird die Tarifkommission vorsorglich für den 5.1. vormittags zusammengerufen, für den Nachmittag hat der Vorstand eine Sitzung angesetzt.

Und so werden aus den Informationsgesprächen noch am 4.1. abends offizielle Verhandlungen, und nach 14 Stunden endet die „Lange Nacht der harten Zahlen" schließlich mit dem 8,5% Abschluß über 13 Monate. Wie die Faust aufs Auge paßte sich dann die „zufällige" Sitzung der Tarifkommission in dieses Bild ein und durfte dann gleich abstimmen. Mit der „Genehmigung" durch den Vorstand ging der Plan auf.

Mehr als im letzten Jahr wurden in diesem Jahr aus den Betrieben Forderungen aufgestellt. Die Auseinandersetzungen fanden vor allem in den Vertrauenskörpern statt und wurden von da in gewerkschaftliche Gremien getragen: in Funktionärs- und Vertreterversammlungen, z.T. auch in die Tarifkommissionen. Schwerpunkt der Auseinandersetzungen war die Frage, ob lineare oder prozentuale Forderungen gestellt werden sollen. Der größte Teil der Forderungen waren lineare Beträge zwischen 100,- und 150,- DM. Die Diskussionen schlossen in der Regel mit der Verabschiedung von Resolutionen an den IGM-Vorstand und die Tarifkommission ab. Vielfach gelang es in diesem Jahr den Vertrauensleuten, die betrieblichen Tarifkommissionsmitglieder mit gebundenem Auftrag in die Tarifkommissionssitzungen zu schicken, was sich in verstärktem Widerstand gegen die vom Vorstand diktierte Forderung ausdrückte: bei Klöckner 100 % Widerstand, in Nordrhein-Westfalen nur eine knappe Mehrheit für 11 % und in Hamburg lehnte ein Drittel ab. Schließlich lehnte in Nordrhein-Westfalen sogar mehr als ein Drittel den 8,5 % Abschluß ab.

Die Forderungen richteten sich alle an die Gewerkschaftsführung, die sich ein gut funktionierendes Instrumentarium zur Ausschaltung der Demokratie geschaffen hat. Der Wille der Kollegen, ihre Resolutionen wandern in den Papierkorb. Allenfalls dienen solche Bewegungen in den Betrieben den Gewerkschaftsführern zur Beobachtung und Einschätzung der „Stimmung an der Basis" und zudem als Ärgernis. Diese Tarifrunde hat wieder offenkundig gemacht, daß die Gewerkschaftsführung sich in ihren Entscheidungen nicht davon beeinflussen läßt. Im Gegenteil, während in vielen Betrieben noch über Forderungen diskutiert wurde und Resolutionen verfaßt wurden, ging der Vorstand daran, die 11 % in den Tarifkommissionen durchzusetzen.

Dadurch, daß Entscheidungen nicht durch Abstimmungen der Arbeiter in den Betrieben gefällt werden – sondern in Kommissionen, die zudem noch nicht gewählt werden, sondern in denen die Experten der Gewerkschaftsführung das große Wort haben – daß die letzte, alleinige und bindende Entscheidung beim Gewerkschaftsvorstand liegt – bei der Festsetzung der Forderungen, bei der Durchführung von Urabstimmungen, bei der Festlegung von Streiks usw. gelingt es der Gewerkschaftsführung immer wieder, diese Initiativen ins Leere verpuffen zu lassen.

So war auch vielfach die Orientierung in diesen Diskussionen kurzsichtig. Die entscheidende Frage war sicher nicht, ob lineare oder prozentuale Forderungen in die Resolutionen aufgenommen werden, vielmehr kommt es darauf an, die Diskussion in den Betrieben selbst zu entfachen (Ein gewisser Ansatz hierzu wurde z.B. von Vertrauensleuten bei Blohm & Voss in Hamburg gemacht.) und die Forderung nach Beteiligung und Bestimmung der Tarifpolitik durch die Arbeiter breit zu verankern. Die Gewerkschaftsführung erweist sich jedoch immer wieder als der falsche Adressat für unsere Forderungen – kalt lächelnd setzt sie sich darüber hinweg.

Die Streiks der Stahl- und Bergarbeiter im September 1969, die gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführer durchgesetzt wurden, waren nur deshalb erfolgreich, weil die Arbeiter den gewerkschaftlichen Kampf selber führten, weil sie ihre Forderungen durch Kampfbereitschaft untermauerten, sich nicht auf Geheimdiplomatie und Stellvertreter verließen, sondern das Verhandlungsergebnis erkämpften.



Weniger mit großen Worten, dafür aber mit geschickter Taktik führte er die Aufträge der Kapitalisten aus: „Ich halte wenig von öffentlich herausposaunten Orientierungsdaten, und ich werde das alles im Einzelgespräch mit den Gewerkschaften klären", versprach er – und tat's.

Mit der IGM fand dieses Einzelgespräch statt, was in der vom Gewerkschaftsvorstand bei den Mitgliedern durchgeboxten 11%-Forderung zum Ausdruck kommt. IGM-Vorstandsmitglied Hans Mayr hinterher: „Die 11%-Forderung ist unser Beitrag zur Stabilität".

Doch noch auf andere Weise leistet die Regierung den Kapitalisten Hilfe.

Weil den Kapitalisten ein zu offensichtlicher Lohnraubabschluß zu gefährlich ist, verlangen sie, einen Teil der Erhöhung durch Steuern wieder abzuschöpfen. So kündigte die Regierungspartei, die auch mit der Ankündigung einer Steuerreform Stimmen sammelte, unverhohlen nach den Wahlen an (Schmidt): „Ein denkbarer, möglicher vielleicht sogar nötiger Konjunkturzuschlag ist dann zu entscheiden, wenn zu erkennen ist, wie sich die Lohnerhöhung auf den weiteren Verlauf der Preiskurve im Jahre 1973 auswirkt." Noch deutlicher wurde der neue Wirtschaftsminister Friedrichs: „Ich halte es nicht für sinnvoll, mit einer solchen

Die IGM-Führung, die sich nach Bekanntwerden des Urabstimmungsergebnisses in der Eisen- und Stahlindustrie „bestürzt" gibt, und von einer „erheblichen Fehleinschätzung" schwätzt, hat „Konsequenzen" angekündigt.

IGM-Vorsitzender Loderer ließ wissen, daß er „über die Vertrauensleute und Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen in gezielten Einsätzen das Gespräch mit der Basis... intensivieren" wolle. Speziell werde sich die IGM-Spitze mit der Arbeiterlinken („unseren eigenen extremen Eiferern", Loderer) befassen, um deren Einfluß zurückzudrängen.

In der Tat, Konsequenzen müssen gezogen werden. In den kommenden Wochen und Monaten gilt es, auf der Grundlage eingehender Untersuchungen die Erfahrungen aus den zurückliegenden Tarifauseinandersetzungen zusammenzufassen, um zur Herausarbeitung einer wirkungsvollen Strategie und Taktik im Lohnkampf zu gelangen (die freilich mehr an Richtlinien enthalten muß als die Aufforderung, lineare Forderungen aufzustellen). ■

Lehrlingstarifrunde 72/73 in Hamburg

Die Lehrlinge der metallverarbeitenden Industrie sind empört über die diesjährigen Tarifabschlüsse. Der Grund hierfür ist nicht nur darin zu sehen, daß die Erhöhung der sogenannten Ausbildungsvergütung mit 30,- bzw. 40,- DM unverschämt niedrig ist; die Lehrlinge bekamen zu spüren, wie ihre Interessen wieder einmal durch die kapitalistische Tarifpolitik der IGM-Führung untergebuttert wurden.

Die Erfahrungen...

In der Lehrlingstarifrunde im Frühjahr 1972 wurde eine Forderung von 100,- DM für jedes Lehrjahr aufgestellt, eine Entscheidung, an der die Kollegen in den Betrieben praktisch nicht beteiligt waren.

Auch im weiteren Verlauf der Tarifrunde gelang es nicht, den notwendigen Druck zu organisieren, der die Kapitalisten zu einer annehmbaren Erhöhung der „Ausbildungsvergütung" hätte zwingen können.

Die Gewerkschaftsführung ließ sämtliche Initiativen, die von der Basis kamen, versanden. So wurde auf Jugendvertreterversammlungen scharf die Informationspolitik der IGM kritisiert. Es kamen nur wenige Flugblätter heraus, die lediglich in einigen Sätzen den Stand der Verhandlungen darstellten, jedoch nicht dazu beitrugen, das Bewußtsein von der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns zu fördern. Ebenso erhielten die Arbeiter und Angestellten keine Informationen über diese Tarifrunde, so daß von ihnen nur sehr wenige über die Probleme der Lehrlinge Bescheid wußten und eine Solidarisierung bei möglichen Kampfmaßnahmen kaum erwartet werden konnte.

Trotzdem war die Bereitschaft der Lehrlinge, sich aktiv für ihr Ziel einzusetzen, groß genug, daß von Seiten der IGM eine Demonstration hätte organisiert werden können. Die Hamburger Ortsverwaltung der IGM stoppte jedoch auch diese Initiative konsequenter Jugendvertreter mit der „Begründung", daß eine Demonstration die Tarifkommission (!), nicht etwa die Kapitalisten unter Druck setzen würde und dem „Ansehen der IGM in der Öffentlichkeit schaden" würde.

Wie zu erwarten und zu befürchten war, wurde dann nach einigen – natürlich „zähen" – Verhandlungen eine Erhöhung von 50,- DM abgeschlossen. Die Kapitalisten vieler Betriebe (denen selbst dieser Abschluß noch zu hoch lag!) strichen „ihren" Lehrlingen unmittelbar nach dem Tarifabschluß eine Reihe außertariflicher Zulagen, mit denen sie bisher die Lehrlinge unter Druck gesetzt hatten.

... Und die Konsequenzen

In der diesjährigen Metalltarifrunde zeigte sich, daß viele Lehrlinge aus den Erfahrungen des letzten Frühjahrs gelernt hatten. Schon relativ früh begannen in einer ganzen Reihe Hamburger Metallbetriebe Diskussionen über die zu stellenden Forderungen.

Im letzten Jahr sind Jugendvertreterwahlen gewesen, was ebenfalls frischeren Wind in einigen Betrieben wehen läßt. Die fortschrittlichen Jugendvertreter regten nicht selten diese wichtigen Diskussionen an, obwohl sie vielfach noch nicht eng genug mit den Kollegen zusammenarbeiten und die Jugendvertretungen noch nicht genügend zu Instrumenten kollektiver Interessenvertretung entwickelt wurden.

In gewerkschaftlichen Betriebsgruppen wurden die Ergebnisse der Diskussionen um die Aufgaben in der kommenden Tarifrunde zusammengefaßt und Maßnahmen beschlossen, mit deren Hilfe so viele Kollegen wie möglich in den Kampf einbezogen werden konnten. Hier waren Flugblätter ebenso ein Mittel, wie das Verschicken von Rundschreiben an andere Betriebe, in denen die erarbeiteten Vorstellungen erläutert und der Stand der Diskussion vermittelt wurden.

Dies sind Ansätze einer notwendigen Entwicklung, in deren Verlauf die Lehrlinge an der Seite der anderen Kollegen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen.

Es gelang, daß Lehrlinge einiger wesentlicher Betriebe einheitliche Forderungen aufstellten. So kam aus mehreren Betrieben die Forderung nach einem prozentualen Anteil am Facharbeiter-Ecklohn, wie z.B.:

40 % im 1. Lehrjahr
45 % im 2. Lehrjahr
50 % im 3. Lehrjahr usw.

Der „Prozenttarif" wurde von Kollegen bei Conz-Demag, Jungheinrich, Gutmann, HDW, Rheinstahl und Telefon & Normalbau (T & N) gefordert.

Diese prozentuale Bindung der Lehrlingstarife an den Facharbeiter-Ecklohn bewirkt, daß die Lehrlinge in jedem Fall an einer Tariferhöhung der älteren Kollegen beteiligt sind. **Das ist ein Faktor, der die Einheit der Lehrlinge, Arbeiter und Angestellten vorantreibt, und die Unternehmer haben es unter diesen Umständen schwerer, Lehrlinge als Streikbrecher einzusetzen. Das stärkt die Kampfkraft der Arbeiterklasse insgesamt.**

Die Arbeiter und Angestellten haben ein Interesse daran, daß die Lehrlinge eine möglichst hohe „Ausbildungsvergütung" durchsetzen, weil es für den Haushalt einer Arbeiterfamilie eine erhebliche finanzielle Belastung ist, wenn Töchter und Söhne eine mehrjährige Ausbildung durchlaufen.

Das Ziel muß daher sein, die Kapitalisten gemeinsam zu zwingen, die Kosten der Ausbildung voll und ganz zu tragen. Schließlich beschäftigen die Unternehmer nicht aus reiner Menschenliebe Lehrlinge in ihren Betrieben (wie sie immer in werbewirksamen Anzeigen und Broschüren weismachen wollen), sondern um sich auch für die Zukunft genügend Fachkräfte heranzuziehen, die in der Lage sind, ihnen höchstmöglichen Profit zu verschaffen. Nicht zu vergessen, daß die Lehrlinge aufgrund der Tatsache, daß sie in einem kapitalistischen Betrieb beschäftigt sind, für die Unternehmer billige Arbeitskräfte darstellen.

Die Unternehmer profitieren von der Ausbildung, und die Forderung nach einer „Ausbildungsvergütung", die die Lebenshaltungskosten deckt und ganz von den Kapitalisten getragen wird, muß durchgesetzt werden. Es war den Lehrlingen klar, daß dieses Ziel noch nicht zu erreichen war, der Prozenttarif wäre aber ein Schritt in diese Richtung.

Wo noch nicht die Forderung nach dem Prozenttarif gestellt wurde, bewegten sich die Forderungen zwischen 100,- und 150,- DM mehr für jedes Lehrjahr. Sie wurden alle der Tarifkommission zugeleitet. Auch der Ortsjugendausschuß (OJA) der IGM stellte, zwar sehr spät, eine Forderung von 120,- DM auf, die wenigstens in der Höhe an den betrieblichen Diskussionen orientiert war.

Wenige Tage später jedoch reduzierte eine knappe Mehrheitsentscheidung in der Tarifkommission die Forderung auf 60,- DM, womit die IGM-Führer ihr schon lange vorher gestecktes Ziel erreicht hatten.

Nach dem Abschluß in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens geht es jetzt Schlag auf Schlag: Für die Lehrlinge kam die hundsmiserable Lohn„erhöhung" von 30,- bzw. 40,- DM heraus, die noch nicht einmal die Preissteigerungen deckt.

Es wurden zwar in dieser Tarifrunde eine Reihe neuer Mittel angewandt, um die Diskussionen und die organisierte Bewegung in den Betrieben voranzutreiben, dennoch waren es zu wenige, die zur Vorbereitung der Tarifrunde gewonnen werden konnten. Und selbst in den Betrieben, wo eine breitere Mobilisierung gelang, hatten die Lehrlinge häufig noch die Illusion, daß die IGM-Führer nicht ohne weiteres an den Forderungen der Mitglieder vorbeigehen könnten.

So kam es, daß schon die Aufstellung der 60,- DM-Forderung auf viele wie eine kalte Dusche wirkte. Äußerungen wie „ ...man müßte die Gewerkschaftsbücher hinschmeißen" wurden laut. Bei einer ganzen Reihe von Kollegen machte sich Resignation bemerkbar, wenn sie meinten, daß es sowieso keinen Sinn hat, sich selber einzusetzen.

Hieran zeigt sich, daß zwar eine spontane Bereitschaft vorhanden ist, für die eigene Sache einzustehen, jedoch viele Kollegen noch nicht in der Lage waren, klar zu sehen, daß die Kapitalisten und auch die Gewerkschaftsführung mit vorher festgelegtem Kurs in die Tarifrunde gehen und daß sie sich durch demokratisch gefaßte Beschlüsse von Jugend- und Betriebsversammlungen nicht davon abbringen lassen.

Nachdem die „Ausbildungsvergütung" lange Jahre hindurch nicht wesentlich erhöht wurde, konnten die Lehrlinge ihre materielle Situation in den letzten Jahren spürbar verbessern. Den „Lehrherren" konnten Zugeständnisse abgerungen werden, da sich besonders unter den Lehrlingen Ansätze entwickelten, im Kampf zusammen mit den älteren Kollegen die unmittelbaren Interessen durchzusetzen.

Das Ziel der Kapitalisten für diese Tarifrunde lautete: Lohnstop; da der „Nachholbedarf" jetzt erstmal gedeckt ist, müssen die Lehrlinge wieder an „maßvolle" Erhöhungen gewöhnt werden. Die Gewerkschaftsführer übernahmen es, diesen Kurs durchzusetzen. Wie z.B. Gerd Lilienfeld, Vorsitzender des Bezirksjugendausschusses der IGM, der auf einer Jugendversammlung bei HDW erst die „großartigen" Erhöhungen der letzten Jahre bejubelte, dann aber erklärte, daß „wir in diesem Jahr etwas kürzer treten" müßten.

Auch Hugo Schreiber, 1. Bevollmächtigter der IGM-Hamburg, bemühte sich, auf die niedrigen Forderungen einzuschwören. Dieser Demagoge meinte, daß die IGM in der letzten Tarifrunde ein „schlechtes Bild" gemacht hätte (wo ja was dran ist), als sie von den geforderten 100,- DM nur die Hälfte nach Hause brachte. Eine niedrige Forderung, „die dann auch voll durchgesetzt werden kann", sei diesmal angebrachter. Die inzwischen erfolgten Abschlüsse entlarven dieses Geschwätz!

Zu einer scharfen Auseinandersetzung mit diesem Kurs der Gewerkschaftsführer kam es auf der Mitgliederversammlung der IGM-Jugend am 13.12.72. Hier wurden die Höhe der Forderungen für die Lehrlingstarife und die Art und Weise, wie sie zustande kam, heftig kritisiert. Fast jeder Beitrag enthielt den Ruf nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie. Es wurde gefordert, daß Beschlüsse der Tarifkommission sich nach den Forderungen zu richten haben, die in den Betrieben aufgestellt werden.

Auf dieser Versammlung gewannen viele Kollegen einen ersten, unmittelbaren Eindruck von der Art des „Regierens", wie sie heute noch in unserer Gewerkschaft vorherrschend ist. Vielen wurde am arroganten und autoritären Auftreten der örtlichen IGM-Führer und ihrer lümmeligen Nachbeter aus den Reihen der Jugendfunktionäre deutlich, **daß es nicht ausreicht, unsere Forderungen aufzustellen und Kritik an der Tarifpolitik „unserer Führung" vorzutragen. Noch können die hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre die Forderungen der Kollegen mühelos unter den Teppich kehren und die Kritik an ihrer miesen Politik als „gewerkschaftsschädigend" verunglimpfen.**

Wir müssen darangehen, aus den Betrieben heraus den Einfluß der Arbeiter Schritt für Schritt in unserer Gewerkschaft zu erkämpfen.

Den gewerkschaftlichen Kampf mit dem Kampf um die Gewerkschaften verbinden

Den Protest gegen die vorherrschende Politik ihrer Organisation haben die Hamburger Metall-Lehrlinge bisher nicht organisiert vortragen können.

Ansätze einer konsequenten Klassenpolitik blieben bisher betrieblich begrenzt und damit in ihrer Zersplitterung wirkungslos.

Der Ortsjugendausschuß (OJA) der IGM wird nach wie vor von Reformisten beherrscht (wobei eine Clique von Schülern, die irgendwann mal 'ne Lehre gemacht haben, eine ganz schädliche Rolle spielt). Seine eigentliche Aufgabe, die betrieblichen Kämpfe zusammenzufassen und durch geeignete Maßnahmen voranzubringen, vermag dieser OJA in seiner heutigen Zusammensetzung nicht zu leitsten.

Den Kampf um die Durchsetzung einer konsequenten Politik im Interesse der Arbeiterjugend im besonderen und der Arbeiterklasse im allgemeinen im OJA können die fortschrittlichen Kollegen nicht in Kamikaze-Aktionen in diesem Gremium gewinnen. Notwendig ist vielmehr eine beharrlichere und systematischere Arbeit unter den Lehrlingen in den Betrieben.

In solidarischen Aktionen mit den älteren Kollegen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, des Lohns etc. erkämpfen, eine ernste Schulung mit interessierten Kollegen durchführen und bestehende organisatorische Zusammenhänge unter den Kollegen ausbauen und festigen – darin muß der Schwerpunkt der Arbeit liegen.

Nur in diesem Rahmen gewinnt die Arbeit in Gremien, wie dem OJA, eine der Sache untergeordnete Perspektive. Ein Schritt von Bedeutung können in diesem Sinne die Vertrauensleute-Wahlen der IGM im kommenden Frühjahr werden, wenn es gelingt, so viele konsequente Jugendvertreter als Delegierte in die Vertrauenskörper zu delegieren. In Verbindung mit den oben dargelegten Aufgaben sollten die Lehrlinge an deren Vorbereitung gehen.

Gewerkschafts-Kommission
Metall / KB – Gruppe Hamburg





Arbeiterkampf

Jg 2 Nr 23 Nov 72 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!



Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!



Tarifkampf vorbereiten!

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH

Rote Fahne

MIT DEM KABD GEGEN DIE MONOPOLPARTEIEN!

Schluss mit der US-Aggression!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

WOCHENZEITUNG

Gegen Strauß S.3 STREIKS S.5 Ägypten S.6 Korea S.7

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

ORGANISIERT IN DIE TARIFRUNDE

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands Marxisten-Leninisten

Regierung der VR-Albanien ...

KEINE TEILNAHME

an Europäischer Un-Sicherheitskonferenz.

Seite 5

PROZESS ERÖFFNET!



Wie sich das Zi... eigenen Schopf au...

Zur Auseinandersetzung mit KBB/NRF (Teil 2)

Im ARBEITERKAMPF 24 berichteten wir von der Absicht einiger Gruppen – KB Bremen, KB Göttingen, NRF Heidelberg u.a. – eine einheitliche Organisation zu bilden.

Auf einer Konferenz am 16./17. September 72 bildeten diese Gruppen eine fünfköpfige „Programmkommission", die den Auftrag erhielt, „in etwa drei Monaten einen ausformulierten Programmentwurf vorzulegen. Schon vorher sollen vorbereitende Untersuchungen der Kommission veröffentlicht werden."

Die Programmkommission konnte offensichtlich ihren Auftrag innerhalb der vorgesehenen Zeit von drei Monaten nicht durchführen, die Veröffentlichung von „vorbereitenden Untersuchungen" unterblieb; stattdessen legte die Kommission Anfang Dezember bloß einen Arbeitsplan vor, der den Aufbau des Programms skizziert.

Diesen Arbeitsplan überschrieben NRF/KBB tollkühn mit dem Titel „Das Programm der westdeutschen Kommunisten". Damit soll gesagt sein, daß NRF/KBB den westdeutschen Kommunisten vorschlagen, sich auf dem Boden dieses Programms (zu dem freilich bisher nur der Arbeitsplan vorliegt) zur Neugründung der KPD zusammenzuschließen.

Dieser Arbeitsplan beseitigt immerhin einige maßlos übertriebene Vorstellungen, die nicht nur wir, sondern auch einige Sympathisanten von NRF/KBB sich über das zu erwartende Programm gemacht hatten. So hatten wir z.B. noch vor kurzem geschrieben:

„...wir zweifeln nicht, daß die Genossen nunmehr ein Programm zustande bringen werden, das ausführlicher und exakter ist als die bisher vorliegenden Programme und Plattformen..."
(ARBEITERKAMPF 24)

Und die mit NRF/KBB sympathisierende KG Köln hatte von dem Programm u.a. „sorgfältige und konkrete Untersuchungen über Lage und Struktur der Arbeiterklasse", „Aufarbeitung und Anwendung der Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung" und „Anwendung der marxistisch-leninistischen Methode auf die Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus" erwartet. („tup" der KG Köln, September 72)

Aus dem nunmehr vorgelegten Arbeitsplan geht jedoch hervor, daß das Programm von NRF/KBB zwar länger, aber keineswegs inhaltsreicher ausfallen dürfte als das halbe Dutzend von Programmen und Programmatischen Erklärungen, die schon von anderen Organisationen vorliegen.

Mit seiner Parole gegen die „Verwechslung von programmatischen und taktischen Fragen" hatte das NRF schon vor einiger Zeit das rechte Stichwort gegeben. Der Arbeitsplan zeigt, daß unter dieser Parole anscheinend die Beschränkung des Programms auf „ewige Wahrheiten" (vom Typ „Westdeutschland ist ein imperialistisches Land" oder „Der endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich") gemeint ist, während konkrete Untersuchungsarbeiten und die Frage der Massenlinie aus dem „Programm" hinaus in das Ressort der „Taktik" verwiesen wurden. Dabei wurden auch einige Punkte der „Taktik" zugeschlagen, die bis vor kurzem von NRF/KBB als Kern und Voraussetzung des Programms bestimmt worden waren.

So hatte z.B. die Bremer „Wahrheit" den „KPD"'s und „KPD/ML"'s vorgeworfen, sie seien nicht in der Lage, in ihren programmatischen Erklärungen die Entwicklungsperspektiven des westdeutschen Imperialismus darzulegen" („Wahrheit", Juni/Juli 72). Das war damals überhaupt die entscheidende Kritik des KBB an den „Parteien", womit begründet werden sollte, warum das zukünftige Programm von NRF/KBB gaaaaanz anders aussehen müßte als die programmatischen Erklärungen der „Parteien". Im Arbeitsplan dagegen heißt es nunmehr:

„...unseres Wissens gibt es keinen Artikel, der sich mit Programmfragen beschäftigt und dabei nicht die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus als die zentrale Aufgabe theoretischer Arbeit aufstellte. Nun wollen wir die Bedeutung dieser Aufgabe keineswegs abstreiten, aber von Bedeutung ist sie gerade in Hinblick auf die Ausarbeitung einer korrekten Taktik (!), nicht in Hinblick auf das Programm." (Arbeitsplan, S. 10)

Auf einmal also soll die ehemals als Prüfstein und Fundament angegebene Untersuchung über die Entwicklung des BRD-Imperialismus fürs Programm gar nicht mehr so wichtig und bloß Gegenstand der „Taktik" sein. – Der Arbeitsplan beschränkt sich daher hinsichtlich der Entwicklung des BRD-Imperialismus auf allgemeinste Aussagen, die schon in der Programmatischen Erklärung des NRF von 1971 enthalten waren (verstärkter Kapitalexport, Konzentrationsprozeß etc.).

Ein zweites Beispiel: Im „Gemeinsamen Kommuniqué" der beteiligten Gruppen vom 28. Mai 72 sind mehrere Punkte angegeben worden, und es heißt dazu: „Die Klärung (!) dieser Frage ist die entscheidende (!) Voraussetzung (!) für die Erarbeitung des Programms". Einer der dort angegebenen Punkte war die Faschismus-Frage. Wie aber wird die Faschismus-Frage nunmehr im Programm behandelt? Da heißt es, das Programm sollte auch einen „Hinweis" auf Rückschläge der Arbeiterbewegung enthalten. Unter diesem Punkt sollen außer der „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" auch der historische Faschismus in Deutschland und Italien „angeführt" werden, weil er „eine stark demoralisierende Wirkung" hatte (S.26).

Ist der Faschismus aber nur ein historisches Problem, auf das ein „Hinweis" am Rande ausreichend ist. . .? – Der Arbeitsplan erkennt zwar die Möglichkeit einer „aktuell drohenden faschistischen Gefahr" auch für die Zukunft an, jedoch sei das „eine andere Frage, die nicht Bestandteil des Programms (!), sondern Gegenstand taktischer Erörterungen und Resolutionen ist" (S. 30).

Erst wurde also die Klärung der Faschismus-Frage als „entscheidende Voraussetzung" für die Erarbeitung des Programms definiert. Nun aber heißt es, diese Frage sei gar nicht Gegenstand des Programms, sondern der „Taktik". In der Tat widmet der Arbeitsplan der Faschismus-Frage alles in allem noch nicht einmal 10 Zeilen!

Gegen die „KPD" haben NRF/KBB den Vorwurf der „programmatischen Beliebigkeit" (Arbeitsplan, S. 8) erhoben. Aber was könnte „beliebiger" sein als der Arbeitsplan von NRF/KBB, worin ehemals für unentbehrlich erklärte Bestandteile des Programms einfach fallen gelassen sind, worin über zentrale Fragen der Arbeiterbewegung (Faschismus, Opportunismus) oberflächlich hinweggehuscht wird, während Nebenfragen (z.B. Rolle der „neuen Mittelklasse") genüßlich ausgewalzt werden?

Zumindest die Führer des KBB wissen genau, was sie da veranstaltet haben. Denn in der „Wahrheit" schrieben sie schon vor fast einem Jahr völlig richtig:

„Wir gehen also davon aus, daß es noch keine politische Plattform gibt, welche die Basis bilden könnte für eine dauerhafte Einheit zum Nutzen der Arbeiterklasse und frei von Opportunismus und Gründungsfieber (!). Wir gehen weiter davon aus, daß diese Basis auch nicht in wenigen Monaten (!) geschaffen werden kann, zumal in der westdeutschen kommunistischen Bewegung mit der umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung unserer Wirklichkeit kaum begonnen worden ist." („Wahrheit", Feb.72)

Der Arbeitsplan ist der zwangsläufige Ausdruck des Versuchs, wider besseres Wissen nun d o c h „in wenigen Monaten" und ohne umfassende wissenschaftliche Untersuchungen so etwas wie ein Programm zusammen zu bringen. Dieses Programm hat keine Funktion für den Kampf der Arbeiterklasse, sondern es dient der bornierten Gruppen-Logik der NRF/KBB-Führer: sie haben nun etwas zum Vorzeigen, mit dem sie in der Bewegung den großen Fischzug zu machen hoffen.

Salto Mortale

Immer und immer wieder haben NRF/KBB in ihren Publikationen die brennende Notwendigkeit des Programms eindringlich beschworen: das Programm schaffe überhaupt erst den einheitlichen Willen in der kommunistischen Bewegung und „damit die Basis für ihren Zusammenschluß in der Partei" – ohne Programm sei die Bewegung zur „taktischen Defensive" gegenüber der Bourgeoisie verdammt – ohne Programm könnten innerorganisatorische Widersprüche nicht offen ausgetragen werden usw. usf.

Aber der nun folgende „Salto Mortale" der NRF/KBB-Führer endet prompt auf dem Arsch! In ihrem Programm/Arbeitsplan lassen sie den Leser teilnehmen an ihrer Suche nach „Vorbildern" für ihr Programm, und das Ergebnis ihrer Suche fassen sie so zusammen:

„Seit dem Erfurter Programm von 1891 (!) ist von der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands kein (!) systematisches Programm mehr ausgearbeitet worden, auf das wir uns stützen könnten." (S. 14/15)

rkelwesen am s dem Sumpf zieht

Die verschiedenen Programme der KPD seien – so führt der Arbeitsplan weiter aus – alles gar keine richtigen Programme gewesen, sondern bloß „Erklärungen mit Ausrufcharakter" oder „taktische Feststellungen, die auf eine bestimmte Klassenkampfsituation bezogen waren". Diese Programme der KPD seien zwar nicht völlig bedeutungslos, aber als „Vorbild" fürs Programm von NRF/KBB seien sie untauglich. Ihr „Vorbild" sehen die Genossen stattdessen in den programmatischen Diskussionen zum SPD-Programm von 1891 und zum Programm der russischen Partei von 1903 (zuzüglich dessen Erweiterungen 1918).

Die Genossen scheinen sich noch nicht einmal über die unglaubliche Arroganz im Klaren zu sein, s i e würden seit 1891, seit 80 Jahren (!) endlich wieder ein „systematisches Programm" für die Arbeiterbewegung schreiben, wozu die KPD anscheinend nicht in der Lage war.

Wenn überhaupt erst das Programm die Basis für den parteimäßigen Zusammenschluß schafft – was war dann die KPD, die ja angeblich niemals ein „richtiges" Programm gehabt hat? War die KPD seit ihrer Gründung 1918 nur ein gigantisch aufgeblähter Z i r k e l, der sich „unrechtmäßig" als Partei bezeichnete? Man muß dies freilich glauben, da ja NRF/KBB das Fehlen eines Programms als wesentliches Merkmal des Zirkelwesens bezeichnen.

Zuerst haben die NRF/KBB-Führer die unheimliche Bedeutung und unbedingte Notwendigkeit des Programms betont. Nun ja, jede Henne gackert beim Eierlegen. – Aber dann tischen sie plötzlich die Behauptung auf, die KPD hätte während ihrer ganzen Existenz niemals ein Programm gehabt und sie müßten ihr Vorbild im Jahr 1891 suchen. Totale Konfusion!

Woran liegt es, daß die Genossen bis aufs sozialdemokratische Erfurter Programm von 1891 und aufs Programm der russischen Sozialdemokratie von 1903 zurückgreifen müssen, während sie in der nachfolgenden Zeit bis heute nichts „Gescheites" im Sinne ihrer „programmatischen" Pläne gefunden haben? Den Genossen scheint nicht einmal aufgefallen zu sein, daß hier eine Frage liegt.

Wie müßte der Faschismus im Programm berücksichtigt werden?

Wie wir sahen, geht der Arbeitsplan von NRF/KBB zum Programm mit kaum 10 Zeilen auf die Frage ein, die sich aus der Erfahrung des Faschismus für die Arbeiterklasse ergeben.

Das entspricht zwar nicht den früheren Ankündigungen von NRF/KBB, daß die „Klärung der Faschismusfrage" eine „entscheidende Voraussetzung" (!) für die Erarbeitung des Programms sei. Jedoch liegt es ganz auf der Linie ihrer sonstigen Politik, die Faschismusfrage durch Schweigen zu „lösen".

Daß sich im Programm überhaupt ein „Hinweis" auf den Faschismus (der Vergangenheit) finden soll, begründet der Arbeitsplan ausschließlich mit der „stark demoralisierenden Wirkung", die der deutsche und italienische Faschismus auf die Arbeiter gehabt habe.

Schon diese Begründung offenbart den falschen Ansatz bei NRF/KBB, die von einer W i r k u n g der Erfahrung des Faschismus ausgehen, statt von der Erfahrung selbst: der Faschismus hat den grauenvollsten Krieg der Menschengeschichte herbeigeführt, mit Millionen Arbeitern vieler Nationen als Opfer. Der Faschismus hat tausende klassenbewußte Arbeiter abgeschlachtet oder zerbrochen, er hat die Ergebnisse von Arbeitskämpfen vieler Jahre zunichte gemacht. D e s h a l b – und nicht in erster Linie der „demoralisierenden Wirkung" wegen, die sich als Folge im Bewußtsein der Arbeiter zeigt – muß im Programm vom Faschismus geredet werden. Wenn wir über Niederlagen reden, dann deshalb, um aus ihnen zu lernen – und nicht deshalb, weil Niederlagen nebenbei auch eine demoralisierende Wirkung haben. Der Aspekt, aus der Niederlage des Faschismus zu l e r n e n, scheint aber in den programmatischen Vorstellungen von NRF/KBB zu fehlen.

Der Arbeitsplan stellt den Faschismus lediglich als Gegenstand „taktischer Erörterungen" – nicht aber als Gegenstand des Programms – dar: Es sei ja möglich, daß „unter bestimmten Umständen" die Kapitalisten nochmals zu faschistischen Lösungsversuchen greifen könnten; aber was die Kommunisten (und die Arbeiter) dann zu tun hätten, das sei halt bloß Gegenstand „taktischer Erörterungen und Resolutionen" (Arbeitsplan, S. 30). Weiter unten führen sie dann noch eine Resolution an, die einzige, die sich auf den Faschismus zu beziehen scheint: diese Resolution soll eine Auffassung zurückweisen, der demokratische Kampf müsse heute wesentlich als antifaschistischer Kampf geführt werden. Die einzige „taktische Resolution", die ihnen zum Faschismus einfällt: eine negative Abgrenzung von bestimmten Kampfformen, statt einer positiven Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten. (Arbeitsplan, S. 39)

NRF/KBB haben offenbar noch nicht einmal begriffen, daß der Faschismus und andere Formen der totalen Konterrevolution t y p i s c h sind für die E t a p p e des untergehenden Kapitalismus und der proletarischen Revolution. Demnach geht es hier nicht um die t a k t i s c h e Antwort, die auf eine bestimmte eventuelle Wendung des Klassenkampfes zu geben ist, sondern es geht um eine s t r a t e g i s c h e Antwort auf die grundsätzliche und fürs Proletariat wesentliche Frage nach dem Weg der Revolution in dieser Etappe. Mit einem unnachahmlichen Sinn für Banalitäten haben NRF/KBB sogar die „Unausbleiblichkeit" des proletarischen Sieges als Programmpunkt angegeben. Aber auf die Frage nach dem W e g dorthin haben sie nur die Antwort: darüber zerbrechen wir uns jetzt noch nicht den Kopf. Das gehört in die Taktik und wenn es soweit ist, werden wir schon eine Resolution dazu machen...

Immerhin ist sogar die revisionistische DKP in diesem Punkt richtiger verfahren als NRF/KBB im Arbeitsplan. Im ursprünglichen Programm der DKP (= Grundsatzerklärung) hieß es nämlich:

„Die DKP erstrebt den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg. Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten..."

In den späteren „Thesen" der DKP (1971) findet sich kein entsprechender Hinweis mehr. Bei einer revisionistischen Partei wie der DKP ist das nicht weiter verwunderlich.

Aber auch NRF/KBB haben in ihrem Arbeitsplan zum Programm die Frage des Bürgerkriegs und des bewaffneten Kampfes schlichtweg „vergessen". Und eine solche „Vergeßlichkeit" ist einigermaßen erstaunlich bei Leuten, die sonst sogar der „KPD/ML" schon Konkurrenz an Wortradikalismus zu machen beginnen.

Die Geschichte der Klassenkämpfe zeigt, daß die Revolution in den imperialistischen Ländern ihren Weg wahrscheinlich über den Bürgerkrieg nehmen wird, der vom unbedingten Festhalten der herrschenden Klasse an den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen hervorgerufen wird. Die Vorbereitung der Arbeiterklasse gerade auf diesen Weg der Entwicklung ist demnach eine zentrale Aufgabe der Kommunisten – unabhängig von taktischen Wendungen. die der Klassenkampf erfordert und auf die das Programm nicht im Einzelnen eingehen kann.

Das Programm der Kommunisten wird diese Schlußfolgerung aus der Geschichte der Klassenkämpfe festzuhalten haben. In diesem Zusammenhang ist der Faschismus als eine besonders brutale Form der Konterrevolution nach innen und außen anzusprechen. (Wir werden auf die inhaltlichen Vorstellungen von NRF/KBB zur Faschismusfrage demnächst nochmals ausführlicher eingehen – vgl. hierzu auch ARBEITERKAMPF 16,17 und 18).

Wie müsste der Opportunismus im Programm berücksichtigt werden

In der Frage des Kampfes gegen den Opportunismus tritt die chaotische Fehl-Proportionierung des Programms, das Verwechseln von Wesentlichem und Unwesentlichem durch NRF/KBB besonders krass zutage: da widmet der Arbeitsplan zum Programm mehr als 200 (!) Zeilen der aufregenden Frage „Wie wird die neue Mittelklasse im Programm berücksichtigt?", während ganze 9 (n e u n) Zeilen auf den Abschnitt „Der Kampf gegen den Opportunismus" entfallen. Das widerspiegelt das Bewußtsein von Kleinbürgern, denen die genaue Bestimmung ihrer Klassenlage schon seit Jahren im Kopf herumspukt und denen sich die Frage nach der „neuen Mittelklasse" ohne weiteres als d a s zentrale

Forts. nächste Seite



Problem der Programmatik darstellt (kein anderer Punkt ist im Arbeitsplan so ausführlich und geradezu liebevoll abgehandelt wie dieser!).

Die Aussage des Arbeitsplans zum Punkt „Kampf gegen den Opportunismus" beschränkt sich im Wesentlichen auf einen einzigen mageren Satz, nämlich daß „jeder bürgerliche sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterbewegung bekämpft werden muß, ebenso wie die revisionistische Entstellung des Marxismus durch diejenigen Parteien, die im Fahrwasser des russischen Sozialimperialismus schwimmen" (S.27).

Der Opportunismus als Form bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung ist sozusagen das „friedliche" Gegenstück zur Gewaltpolitik der Bourgeoisie. In seinem Kampf um den Sozialismus muß das Proletariat mit diesen Feinden fertig werden: mit dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie ebenso wie mit dem bürgerlichen Terror. Daher muß der Kampf gegen den Opportunismus im Programm ebenso wie der Bürgerkrieg breiteren Raum einnehmen. Und es ist eben typisch für das „programmatische" Bewußtsein der Führer von NRF/KBB, daß sie von diesen zwei zentralen Fragen der Arbeiterbewegung die eine glattweg „vergessen" haben,

Fall verwechseln mit ihren sozialdemokratischen Klassenbrüdern, also unser Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse bei gleichzeitigem unversöhnlichen Kampf gegen die sozialdemokratische Politik und Ideologie.

Hier wäre dann auch der Platz, auf den modernen Revisionismus einzugehen – zum einen als „linke" Variante des Sozialdemokratismus in den kapitalistischen Ländern, und zum zweiten als Wegbereiter der bürgerlichen Restauration in jenen Ländern, wo das Proletariat schon die Macht erkämpft hat. Diese Entwicklung müßte vom Programm erläutert werden.

Wie muß die Auseinandersetzung geführt werden?

Bekenntnisse zur Notwendigkeit der Auseinandersetzung um eine kommunistische Strategie und Taktik sind heute allgemein üblich. Würde der Fülle der Bekenntnisse die Breite und Tiefe der Auseinandersetzung annähernd entsprechen, so stünde es glänzend um die Zukunft der kommunistischen und Ar-

ge einer faschistischen Wochenzeitung wie etwa der „National- und Soldatenzeitung".

Die meisten Organisationen scheuen sich, die Auflagenhöhen ihrer Zeitungen zu „verraten". Die Gründe dafür sind nicht einleuchtend, da jedenfalls der Staatsapparat diese Zahlen wohl recht gut kennt (zumal viele dieser Zeitungen noch im bürgerlichen Lohndruck hergestellt werden).

Die höchste Auflage aller Zeitungen mit kommunistischem Anspruch hat zweifellos die „UZ" der DKP, wahrscheinlich 60 - 90.000, wovon allerdings regelmäßig mehr als ein Drittel kostenlos verteilt wird.

Der „Arbeiterkampf" hat seine Auflage seit Beginn seines Erscheinens vor einem Jahr erheblich steigern können, von 5.000 auf gegenwärtig 16 - 18.000.

An dritter Stelle folgt das „Neue Rote Forum", das ebenfalls regelmäßig die Höhe seiner Auflage angibt und zuletzt (Oktober 72) bei 12.000 stand.

Andere Auflagen sind nur zu schätzen. So dürften die „Rote Fahne" der „KPD" und die „Wahrheit" des KBB knapp über 10.000 liegen, während wahrscheinlich von den übrigen Zeitungen keine mehr als 5.000 Stück Auflage hat.

Es liegt auf der Hand, daß die

von „offener Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse" gerne schwätzen, aber sehr erschrocken sind, wenn man sie beim Wort nimmt.

Zur zweiten Parole: eine Auseinandersetzung „quer durch die Zirkel hindurch" erfordert, daß die Kommunisten auch die Zeitungen anderer Organisationen (zwar nicht alle, aber doch die bedeutendsten) regelmäßig zur Kenntnis nehmen und daß **zwischen** den Organisationen in der Presse überhaupt erst ein Austausch und Kampf der Standpunkte organisiert wird. Damit liegt es jedoch sehr im Argen.

Hierzu nochmals Zahlen. In der Buchhandlung „Arbeiterbuch" in Hamburg, die dem Kommunistischen Bund nahesteht, werden jeweils 7 - 800 Stück des Heidelberger „Neuen Roten Forums" und 5 - 600 Stück der Bremer „Wahrheit" verkauft.

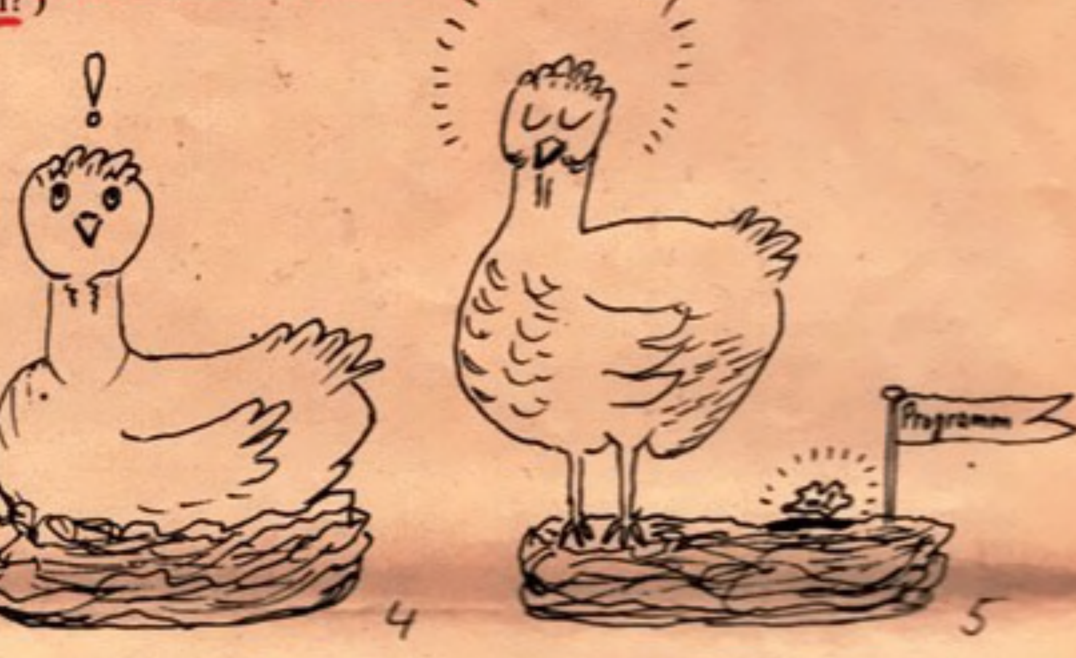
Umgekehrt verkaufen das NRF in seinem Heidelberger Buchladen und der KB Bremen in seinem Buchladen nur je etwa 150 Stück vom ARBEITERKAMPF. Diese Zahl wurde vom KBB kürzlich gar auf 80 gesenkt. In einem ironischen Begleitbrief dazu hieß es: „Das Interesse ist zurückgegangen". (Warum wohl?)

„Die Zeitung der neuen Sozialdemokratie". Interessant wäre zu wissen, ob die KBB-Führer auch den Verkauf anderer Zeitungen (z.B. der revisionistischen „UZ" oder der super-„linken" „Roten Fahne") in Bremen in ähnlicher Weise zu stören versuchen, oder ob nur der ARBEITERKAMPF sie zu solch schwachsinnigen Reaktionen reizt.

Es liegt bei der Führung, in „ihren" Organisationen ein Klima zu schaffen, wo das Lesen kommunistischer Zeitungen (außer der eigenen) entweder direkt als ketzerisch verboten ist oder zumindest für Zeitverschwendung gehalten wird. Im einen wie im anderen Fall ist das Kennenlernen und Vergleichen verschiedener Auffassungen über kommunistische Strategie und Taktik, d.h. die wortreich geforderte „Auseinandersetzung quer durch die Zirkel hindurch", unmöglich.

Wie die NRF/KBB – Führer den KB bekämpfen

Die Führer von NRF/KBB, die die Verbreitung des „Arbeiterkampf" unter den Arbeitern ihres



Das Programm der westdeutschen Kommunisten/Stellungnahme

während sie an der anderen vorbeihuschen.

Ein wirkliches Programm der Kommunisten müßte zunächst auf die historische Entwicklung der Spaltung der Arbeiterbewegung eingehen. Hierbei kann auf die Ausführungen Lenins Bezug genommen werden, ergänzt durch eine Konkretisierung auf der Basis (noch fehlender) aktueller Untersuchungen über die Struktur der Arbeiterklasse. Es muß daran verdeutlicht werden, daß der Opportunismus seine materielle Basis im Imperialismus hat (z.B. Frage der „Arbeiteraristokratie", Stellung der Angestellten und Beamten, Verbindung von sozialdemokratischer Bürokratie und Staatsapparat, Imperialismus und „Dritte Welt").

In Deutschland ist der bedeutendste organisatorische Träger des Opportunismus die SPD. Das Programm der Kommunisten muß entscheidende, für die Arbeiterbewegung verhängnisvolle Stationen der SPD ansprechen: die Haltung zum imperialistischen Krieg 1914, die Irreleitung und Unterdrückung der revolutionären Arbeiterkämpfe 1918-23, die Verhinderung der antifaschistischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse 1929-33, die Hilfestellung bei der bürgerlichen Restauration nach 1945 und die Regierungsführung seit Ende der 60er Jahre. Dieser Abschnitt müßte dazu dienen, außer den „Schrecken des Imperialismus" (Arbeitsplan,S.26) sozusagen auch die Schrecken des Sozialdemokratismus deutlich zu machen.

An dieser Stelle hätte eine allgemeine Ausführung zum Vorgehen im Kampf gegen den Opportunismus zu folgen: daß die Kommunisten den Sozialdemokratismus als Agenten der Bourgeoisie auf keinen

beiterbewegung in unserem Land. Leider ist das aber durchaus nicht so, und zwar im Wesentlichen als eine Folge der Zersplitterung der kommunistischen Bewegung.

Die einfachste Voraussetzung einer Auseinandersetzung zwischen Kommunisten ist die Existenz einer kommunistischen Presse. Diese muß die Gegenstände der Auseinandersetzung behandeln und diese Auseinandersetzung muß von den Kommunisten verfolgt werden.

Wie sieht es mit dieser einfachsten Voraussetzung aus?

In der BRD gibt es vier Organisationen, die sich den Namen einer „Kommunistischen Partei" zugelegt haben: die revisionistische DKP, ferner zwei „KPD/ML"s und die „KPD". Alle vier Organisationen geben eigene Zeitungen heraus, davon zwei (DKP und „KPD") wöchentlich und eine („Roter Morgen") vierzehntägig.

Weiter gibt es mehrere andere kommunistische Organisationen. Von diesen haben u.a. die „Arbeiterzeitung" des Heidelberger NRF, die „Kommunistische Arbeiterzeitung" der ABG München und der Freiburger „Klassenkampf" vorwiegend den Charakter örtlich begrenzter Agitationszeitungen. Überörtliche Bedeutung haben gegenwärtig insbesondere der Hamburger ARBEITERKAMPF, die Bremer „Wahrheit", das Heidelberger „Neue Rote Forum" (das sich freilich als theoretische Zeitschrift in erster Linie an fortschrittliche Intellektuelle und organisierte Kommunisten wendet) und die „Rote Fahne" des schwäbischen KABD.

Diese Zeitungen erreichen insgesamt immer noch nur einen sehr kleinen Kreis, verglichen mit der bürgerlichen Presse – zusammengenommen hat die kommunistische Presse noch nicht einmal die Aufla-

überwiegende Mehrheit der Kommunisten weder Zeit noch Interesse hat, die **gesamte** kommunistische Presse – zwei Wochenzeitungen und ein halbes Dutzend Monatszeitungen – regelmäßig zu kaufen und durchzulesen. Erst recht ist klar, daß dies der unorganisierte, aber am Marxismus-Leninismus interessierte Arbeiter kaum tun wird.

Prüfen wir im Licht dieser Situation zwei häufig zu hörende Parolen von NRF/KBB: die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten müßte „offen vor der Arbeiterklasse" geführt werden und sie müßte „quer durch die Zirkel hindurch geführt" werden.

Zur ersten Parole: wir haben festgestellt, daß die kommunistische Presse immer noch nur einen sehr kleinen Teil der Arbeiterklasse erreicht und also im besten Fall nur dieser kleine **Teil** der Arbeiterklasse überhaupt Zeuge der Auseinandersetzung um eine kommunistische Strategie und Taktik wird. Ferner kriegt selbst dieser kleine Teil in der Regel nicht die ganze Breite der Auseinandersetzung mit, sondern im Wesentlichen nur den Standpunkt **einer** Organisation, deren Zeitung er gerade regelmäßig liest.

Das liegt sozusagen „in der Natur der Sache". Bemerkenswert ist aber, daß NRF/KBB anscheinend ausdrücklichen Wert auf die Aufrechterhaltung dieses Zustands legen! In einem bösen Brief beschwerte sich nämlich das NRF vor einiger Zeit bei uns, weil am 1. Mai 72 einige Genossen den ARBEITERKAMPF in Mannheim (das vom NRF als sein „Jagdrevier" angesehen wird, verkauft hatten. Dies – so das NRF – sei „spalterisch" und „verwirrend". Den vollständigen Wortlaut des Heidelberger Briefes haben wir in UNSER WEG 16/17 wiedergegeben.) Dies zeigt klar, daß NRF/KBB zwar

Die Führer des KBB geben sich hier die biedermännische Maske des kleinen Krämers an der Ecke, der die „sinkende Nachfrage" nach einem bestimmten Produkt achselzuckend zur Kenntnis nimmt. So möchten sie verdecken – was sie in Wahrheit wohl recht gut wissen – daß der überörtliche Verkauf der verschiedenen Richtungen der kommunistischen Presse eine **politische** Frage ist und daß die „Nachfrage" nach Zeitungen anderer Richtungen von der Haltung der Führer und vom „Klima" in der jeweiligen Organisation bestimmt wird und daß sie geradezu ein Gradmesser für die politische Reife einer Organisation ist.

In einer Organisation wie dem schwäbischen KABD z.B. kann man von den Mitgliedern offen hören, daß sie nur das lesen, was ihre Führer ihnen verordnen. Der dem KABD nahestehende Buchladen in Stuttgart weigert sich in diesem Sinn auch, den ARBEITERKAMPF überhaupt zum Verkauf anzubieten. Ebenso weigert sich der Buchladen der ABG in München, den „Arbeiterkampf, dieses Trotzkistenblatt", zu verkaufen. (Der erste „Boykott" gegen unsere Zeitungen wurde übrigens schon 1971 von einer Frankfurter Buchhandlung ausgesprochen, die damals der „KPD/ML" - „Roter Morgen" gehörte).

In diesem Zusammenhang sind auch die KBB-Führer zu erwähnen. Als vor einigen Wochen in Bremen von unseren Genossen der ARBEITERKAMPF verkauft wurde, tauchte plötzlich Claus von Eitzen, Mitglied des ZK des KBB, auf und verkündete: wir sollten „auf Beschluß des ZK des KBB" den Verkauf sofort einstellen. Als unsere Genossen natürlich weiter verkauften, wurde ein Mitglied des KBB hin dirigiert, der regelmäßig zu schreien hatte

„Reviers" verhindern wollen, setzen diese Art der „Auseinandersetzung" in ihrer Presse konsequent fort.

Bevor wir die äußeren Erscheinungsformen dieser „Auseinandersetzung" darstellen, muß etwas über die dahinter stehenden grundsätzlichen Vorstellungen von NRF/KBB und deren materielle Basis gesagt werden.

Im Arbeitsplan zum Programm heißt es: „...wir fordern nicht die organisatorische Unterordnung und Auflösung der bestehenden Organisationen (d.h. der „Parteien" und der Zirkel – Anm. des AK) in die unsere, sondern wir kämpfen um die politische Anerkennung unseres Programms und unserer Taktik..." (S.40).

Wir wollen hier nicht auf die Frage eingehen, daß NRF/KBB zum Programm nur einen oberflächlich zusammengebastelten, unvollständigen Arbeitsplan haben und daß ihre Taktik überhaupt noch nicht fixiert ist, sondern bisher nur aus ihrer Politik zu rekonstruieren ist.

Uns geht es vielmehr um den Begriff der „politischen Anerkennung" einer bestimmten Linie von Programm und Taktik. Dieser Begriff setzt voraus, daß **mehrere** Linien existieren, und daß eine von diesen die **richtige** ist. Welche das ist, muß sich dann nur noch im „Kampf um die politische Anerkennung" herausstellen.

Diese Vorstellung verkennt aber den aktuellen Stand der kommunistischen Bewegung, wie er von den Bremer Führern selbst in besseren Zeiten einmal richtig beschrieben worden ist: aus dem Fehlen umfassender revolutionärer Erfahrung und gründlicher Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus ergeben sich für die Kommunisten heute große Schwierigkeiten, eine klare (korrekte) Linie herauszubilden

(„Wahrheit", Juni/Juli 72).

Wir gehen davon aus, daß es „die korrekte Linie" – verkörpert durch eine „Partei" oder einen der Zirkel – heute noch nicht gibt. Deshalb haben wir gesagt, daß diese Linie in der Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Organisationen zu erarbeiten ist.

Die Parole vom „Kampf um die politische Anerkennung" hat ihre Basis in der Zersplitterung des Zirkelwesens und in seiner Isoliertheit von der Arbeiterklasse. Sie bedeutet eine Übertragung der Formen kapitalistischer Konkurrenz auf die kommunistische Bewegung. Der „politische" Selbsterhaltungstrieb einiger Führer der Bewegung bildet die „Hauptseite" bei der Durchsetzung dieser Parole.

Die Führer von NRF/KBB reden wie Kommunisten, aber sie handeln wie Kapitalisten, die eifersüchtig ihren „Markt" verteidigen und „Konkurrenten" auszuschalten trachten.

Die Führer von NRF/KBB schwätzen von „offener Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse". Aber die Bekanntmachung der Arbeiter ihres „Reviers" mit den Zeitungen anderer kommunistischer Gruppen würden sie gern verhindern, wenn sie nur könnten.

Auch in ihren Zeitungen setzen sie sich mit dem Kommunistischen Bund gar nicht erst ernsthaft auseinander. So ist es typisch, daß die Bremer „Wahrheit" es bis heute nicht geschafft hat, auch nur eine einzige Zeile aus dem „Arbeiterkampf" vollständig wiederzugeben. Stattdessen erfährt der Leser bloß in indirekter Rede, was angeblich im ARBEITERKAMPF gestanden haben soll. Meist wird dabei der wirkliche Standpunkt des Kommunistischen Bundes bis zur Unkenntlichkeit verdreht. Im Vergleich dazu zitiert der ARBEITERKAMPF ständig längere Passagen aus der „Wahrheit" usw., um mit den Vorstellungen anderer Gruppen bekannt zu machen. Wir halten uns dabei an Lenin, der in seinen Artikeln immer wieder ausführlich in Zitat-Form die Auffassungen seiner Gegner wiedergab, bevor er sie widerlegte. Es ist ohne weiteres einsichtig, daß nur auf dieser Grundlage überhaupt eine ehrliche Auseinandersetzung möglich ist. Lenin schrieb:

„Die Polemik wird nur dann Nutzen bringen, wenn sie klarstellt, worin eigentlich die Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie tief sie gehen, ob es sich um Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen handelt, ob diese Meinungsverschiedenheiten ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in den Reihen ein und derselben Partei sind oder nicht..."

Für die aktuelle Polemik zwischen den Kommunisten ist dagegen bezeichnend, daß gerade diese Klarstellung über das Wesen und die Tiefe der Differenzen kaum vorgenommen wird. Und besonders die Führer von NRF/KBB sind traurige Meister in der Kunst, einen Streit um Formulierungen oder Nebensächlichkeiten als Wesen der Meinungsverschiedenheiten auszugeben. Ohnehin macht sich der größte Teil ihrer Polemik gegen den Kommunistischen Bund an Fälschungen und Verdrehungen fest.

Wo NRF/KBB nicht direkt zum Mittel der Fälschung greifen, da bringen sie den Standpunkt des Kommunistischen Bundes zumindest in einer diffamierenden Form ein.

Indem sie z.B. schreiben: „Die Genossen (gemeint ist der Kommunistische Bund – Anm. des AK) jammern über die Stärke der Bourgeoisie", drücken sie sich zugleich um eine ernsthafte Diskussion dieser für die Arbeiterbewegung wichtigen Frage (NRF 4/5, 72, S.9). Aus einer Auseinandersetzung über das aktuelle Kräfteverhältnis im Klassenkampf machen sie eine moralische Frage. Dabei ist die Sache **sehr einfach: der Kommunistische** Bund jammert nicht über die relative Stärke der Bourgeoisie, aber er stellt sie fest. Da NRF/KBB diese Feststellung durch Tatsachen nicht widerlegen können, sticheln sie in der Manier von kleinen Kindern: „Ihr seid ja bloß zu feige und traut euch nicht!"

Einen Höhepunkt hat diese Albernei in einem Beitrag des ZK des KBB erreicht, wo die ganze Politik des Kommunistischen Bundes auf die „Kleinmütigkeit" seiner Führer zurückgeführt wird (NRF 6/72, S. 10 ff).

Die prinzipienlose Polemik von NRF/KBB gegen den Kommunistischen Bund hat Tradition. Sie ist überhaupt eines der wichtigsten Bänder, das diesen Zirkelblock zusammenhält. Im Arbeitsplan zum Programm versteckt sich dieser Tatbestand hinter folgendem Satz:

„Seit dem gemeinsamen Auftreten der kommunistischen Zirkel in der Metalltarifrunde 1971 haben wir in den Auseinandersetzungen mit einem allmählich sich herausbildenden System rechtsopportunistischer Politik die Gemeinsamkeit unserer Organisationen herausgearbeitet" (S. 13). Oder in klarem Deutsch: die Führer von NRF/KBB haben ihre „Gemeinsamkeit" im Kampf gegen den „rechtsopportunistischen" Kommunistischen Bund „herausgearbeitet". Sie behaupten, ihr hättet unsere „rechtsopportunistische" Politik erst allmählich herausgebildet. Mit dieser Lüge wollen vor allem die Führer des KBB ihre eigenen Schwankungen bemänteln. Nicht wir, sondern sie haben ihre Politik geändert, vor allem in der Faschismus-Frage („unvorstellbar", daß die KBB-Führer im Herbst 1971 die SPD zum „antifaschistischen Kampf" gegen Strauß aufforderten). Eine Begründung, eine Selbstkritik für ihr politisches Zick-Zack haben sie bis heute nicht geliefert.

Die Führer des KBB schreiben, sie hätten zunächst „in einer gemeinsamen Front mit denjenigen Genossen" gestanden, „die später den KB-Nord (den Kommunistischen Bund – Anm. des AK) gründeten... Die Widersprüche zu diesen Genossen, die heute in aller Schärfe hervortreten, waren damals noch völlig unentwickelt" (Arbeitsplan, S. 12). Erst durch die Gründung des Kommunistischen Bundes sei es zum Bruch zwischen uns und den KBB-Führern gekommen (Arbeitsplan, S. 13).

Wieder eine Lüge. In Hamburg entstand die Gruppe des Kommunistischen Bundes durch einen Zusammenschluß des SALZ und des KAB. Hiervon war das SALZ ein relativ stark in den Betrieben verankerte Organisation, während der KAB eine kleine Gruppe war, die sich in erster Linie mit der Herausgabe einer politisch-theoretischen Zeitung befaßte (KAB-AZ).

Zum SALZ standen die Führer des KBB längst in alter Feindschaft, die ihren Ursprung offenbar in früheren Auseinandersetzungen um die „Vormacht" in Norddeutschland hatte. Dagegen biederten sich die KBB-Führer beim KAB an, zogen die KAB-AZ zur Schulung im KBB heran und forderten den KAB auf, in Hamburg eine Konkurrenz-Organisation zum SALZ zu schaffen.

Während der Aktionseinheit zahlreicher Zirkel zur Metall-Tarifrunde 71 gingen dann die KBB-Führer zum offenen Angriff gegen das SALZ vor. Der Gegenstand ihrer Polemik verrät die Prinzipienlosigkeit der KBB-Führer. Griffen sie doch damals das SALZ von rechts (!) an, warfen ihm „Links"-Sektierertum (!) vor, weil es die Lohnforderungen der IGM-Spitze als zu niedrig kritisiert hatte. Damit sei das SALZ „aus dem Kampf der Arbeiterklasse ausgestiegen", behaupteten die KBB-Führer. Das SALZ wolle so – man höre und staune ! – „die Gewerkschaft spalten".

An diese Polemik hängten die KBB-Führer zugleich eine wilde Schimpfkanonade gegen das SALZ, in der von „Agentur der Bourgeoisie" und „konterrevolutionären Machenschaften" des SALZ die Rede war.

Schließlich wurde noch zur Zerschlagung des SALZ aufgerufen.

Als diese Attacke in der gesamten Bewegung auf Ablehnung stieß, machten die KBB-Führer einen taktischen Rückzug und verfaßten eine heuchlerische „Selbstkritik": sie hätten ein „falsches Verhältnis zum SALZ" gehabt, die „Diskussion vergiftet", eine „kleinbürgerliche Linie" vertreten, die Prinzipien der kommunistischen Aktionseinheit verletzt, eine „offene Provokation gegen das SALZ" begangen, eine „sektiererische Haltung" eingenommen usw. usf. –

In einer gemeinsamen Stellungnahme von SALZ und KAB zu dieser „Selbstkritik" wurde richtig eingeschätzt:

„Die Wortführer des KB Bremen und des KB Göttingen sind diesmal völlig auf den Arsch gefallen, weil sie das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hatten... Das hat sie offenbar veranlaßt, ihren Angriff vorerst abzublasen und den Rückzug anzutreten. Sie scheinen die Hoffnung zu hegen, durch eine heuchlerische „Selbstkritik", scheinheilige Bekenntnisse zur Aktionseinheit und gespielt „reumütige" Vorsprache bei anderen Organisationen (gemeint ist ein Besuch der Führer des KB Göttingen bei den ABG München – Anm. des AK) sich erneut in die Aktionseinheit einschleichen zu können, um bei günstiger Gelegenheit erneut vorzupreschen." (21. September 71, zit. nach KAB-AZ 11/12)

Inzwischen haben die KBB-Führer – mit stärkeren Verbündeten und besser vorbereitet als 1971 – zur alten Form der „Auseinandersetzung" zurück gefunden.

Im Artikel des ZK des KBB zum Faschismus (NRF 6/72) wird nicht nur behauptet, der Kommunistische Bund hätte „den Boden des Marxismus verlassen", sondern es ist gleich noch hinzugefügt „falls sie ihn je betreten haben".

Warum muß die Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse geführt werden?

Die Führer des KBB haben vor längerer Zeit die gute Parole ausgegeben, die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten müßte „offen vor der Arbeiterklasse" geführt werden. Sie warnten damals vor der Gefahr, „daß der Kampf der Zirkel um die richtige Linie zum endlosen Sektengezänk entartet."

Und weiter: „ *...diese Gefahr wird nur vermieden, wenn die Auseinandersetzung um die Strategie der westdeutschen Arbeiterbewegung offen vor der Arbeiterklasse geführt wird, und die Arbeiter lernen, daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen um die Frage ihres Kampfes handelt, die nur entschieden werden können durch ihr eigenes revolutionäres Handeln.*" (Wahrheit, Februar 72, S. 6).

Von dieser Parole sind die Führer von NRF/KBB in der Praxis offen abgerückt. Im NRF ist das auch „begründet" worden.

Im NRF 2/72 (Mai) ist der Vorschlag für ein „gemeinsames theoretisches Organ verschiedener Gruppen" (des Zirkelblocks) gemacht worden. Die Genossen schreiben dort über ihre „Arbeiterzeitung" (eine Zeitung, die sie vor Betrieben im Raum Mannheim/Heidelberg verkaufen):

„ ...es ist klar, daß wir in diesem Organ die Auseinandersetzung mit anderen Organisationen und Gruppen nur begrenzt führen können, wenn die Auffassungen dieser Gruppe den Lesern in den Fabriken nicht bekannt sind." (S. 17)

Diese Begründung ist nicht aufrichtig. Die NRF-Führer **setzen sich ja gerade dafür ein**, daß die Auffassungen anderer Gruppen den „Lesern in den Fabriken" (d.h. den Arbeitern) nicht bekannt werden sollen (s.o., „Verkaufsverbot" für den ARBEITERKAMPF). Ehrlicherweise müßten die NRF-Führer schreiben: „Wir wollen in der ‚Arbeiterzeitung' die Auseinandersetzung mit anderen Gruppen nur begrenzt führen, und deshalb wäre es uns am liebsten, wenn die Auffassungen anderer Gruppen ‚unseren Lesern' gar nicht erst bekannt würden."

Daß sie dies meinen, wird außerdem auch an ihrem folgenden Vorschlag deutlich: die Auseinandersetzung nicht „wahllos in die Arbeiterklasse hineinzutragen" (!), sondern sie in einem „gemeinsamen theoretischen Organ" erst zu „sichten". Als ob ein theoretisches Organ nicht ebenso gut wie eine „Arbeiterzeitung" Plattform für demagogisches Gezänk sein kann.

Die Konsequenz dieses Vorschlages müßte tatsächlich sein: „Reviere" abzustecken, wo nur jeweils eine lokale Gruppe ihre Zeitung verbreitet. Daneben ein „gemeinsames theoretisches Organ", in dem sich die Auseinandersetzungen abspielen.

Eine Kommission hätte dann zu entscheiden, welche Bestandteile der Auseinandersetzung den „Massen" bekannt gemacht werden dürfen, ohne daß sie vielleicht „verwirrt" werden.

Dabei stellen die NRF-Führer die Dinge auf den Kopf. Was von den kommunistischen Organisationen tatsächlich „wahllos in die Arbeiterklasse hinein" getragen wird, sind die massenhaften Flugblätter von zig Zirkeln, die „wahllos" jedem vorbeigehenden Kollegen in die Hand gedrückt werden. Das schafft wirklich Verwirrung, das schadet den Kommunisten – ohne daß wir freilich einen Patent-Vorschlag angeben könnten, wie diese Lage zu ändern ist (Einführung einer „Obersten Zensurbehörde", die darüber entscheidet, welche Flugblätter verteilt werden dürfen?).

Wenn dagegen ein Arbeiter eine kommunistische Zeitung kauft, so offenbar deshalb, weil er wissen will, welche Auffassung die Kommunisten zu bestimmten Fragen haben, welche speziellen Vorstellungen dieser oder jener Zirkel zu dieser oder jener Frage vertritt usw. Die kommunistischen Zeitungen werden also nicht „wahllos in die Arbeiterklasse hinein" getragen, sondern sie wenden sich an einen bestimmten Kreis von Arbeitern, der etwas über kommunistische Politik wissen will. Diese Teile der Arbeiterklasse, die mit den Lesern einer theoretischen Zeitschrift nicht gleichzusetzen sind, erwarten, daß in den kommunistischen Zeitungen auch die Auseinandersetzungen ehrlich dargestellt werden.

Zu diesen Gesichtspunkten bemerken die NRF-Führer:

„Es hat wenig Sinn, gegen den Vorschlag eines gemeinsamen theoretischen Organs. . .einzuwenden, die Auseinandersetzung finde hier nicht vor der Arbeiterklasse statt. Gegenwärtig findet die Auseinandersetzung so statt, daß selbst unter den Kommunisten nur Spezialisten einen Überblick haben. . ." (NRF, 2/72, S. 17)

Wir haben oben gezeigt, welche Einschränkungen heute gegen die Parole der „offenen Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse" zu machen sind: nur ein kleiner Teil der Arbeiter liest kommunistische Zeitungen und kriegt außerdem nur einen kleinen Aspekt der Auseinandersetzung mit. Die ganze Breite der Auseinandersetzung ist tatsächlich nur von „Spezialisten" noch zu erfassen. Nehmen wir aber aus der Fülle den „relevanten" (für die Arbeiterbewegung bedeutsamen) Teil der Auseinandersetzung, so verkleinert sich das Feld merklich. Die zwei wichtigsten politischen Zeitungen – den ARBEITERKAMPF und die Bremer „Wahrheit" – einmal im Monat zu lesen ist ohne weiteres möglich. Hierzu kommen die gelegentlichen Artikel der „Roten Fahne" („KPD") zu ideologischen Fragen, ferner einige Artikel des NRF, eventuell die Kölner „tup". Es braucht jedenfalls keine „Spezialisten", um das Wesen der Auseinandersetzung zu begreifen und die Standpunkte der „relevanten" Gruppen zu vergleichen.

Die Wahrheit ist, daß die NRF/KBB-Führer das Märchen von den „Spezialisten" brauchen, um ihre eigene Existenz abzusichern. Sie wollen ja gerade verhindern, daß sich möglichst v i e l e Mitglieder „ihrer" Organisationen und möglichst v i e l e Arbeiter zu solchen „Spezialisten" entwickeln, die selbständig verschiedene Standpunkte innerhalb der kommunistischen Bewegung kennenlernen, miteinander vergleichen und auf dieser Grundlage politisch tätig werden.

"Unruhe" an den westdeutschen Universitäten

Baden-Württemberg als Vorreiter für die Disziplinierung der Universitäten

„Schließung der Heidelberger Universität angeordnet", „Hamburger Studenten streiken", „7000 demonstrieren in Kiel", „Streik breitet sich an der FU Berlin aus" und „47 000 Fachhochschulstudenten im Streik" – so lauteten Zeitungsüberschriften im Dezember. Fast 100 000 Studenten im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin stellten den Vorlesungsbetrieb an ihren Ausbildungsstätten ein, stellten Forderungen auf, führten Versammlungen und Demonstrationen durch.

In Heidelberg demonstrierten Studenten unter der Parole „Kampf der Polizeiuniversität" gegen die polizeiliche Schließung und Besetzung der Universität.

In Hamburg wurde gegen die geplante Einführung von „Kurz- und Langzeitstudiengängen" protestiert, gegen die damit verbundene Spaltung in Elite- und Schmalspurstudenten und gegen die Bestimmung, nach 6 bzw. 8 Semestern bei noch nicht abgeschlossenem Studium von der Universität zu fliegen.

In Kiel und Regensburg wandten sich die Studenten gegen die Einführung eines „Ordnungsrechts", Verminderung ihrer Mitwirkungsrechte in Ausschüssen der Universität, verschärfte Prüfungsordnungen und Abschaffung ihrer gewählten Vertretungen wie AStA (Allgemeiner Studentenausschuß) und Studentenparlament.

In Westberlin streikten sie fast vier Wochen gegen die Absicht der Schulbehörde, fortschrittlichen Professoren das Prüfungsrecht zu verweigern.

In Bremen wird gegen die Nichteinstellung „linker" Professoren durch den Staat gekämpft.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Allen diesen studentischen Aktionen ist gemeinsam, daß sie auf Maßnahmen des Staates antworten und Angriffe auf die Rechte der Studenten abzuwehren versuchen. Im Gegensatz zur Zeit der Studentenrevolte 1968/69 sind die Studenten heute in der Defensive, und diese Lage wird allmählich auch von den größten Optimisten unter den Studenten begriffen. Massive Angriffe des Staates gegen die allgemeinen Studienbedingungen rufen zwar immer noch breiten Protest hervor, der jedoch die Angriffe nur verzögern und geringfügig mildern kann. Es zeigt sich viel deutlicher als 1968/69 die Aussichtslosigkeit isolierter Studentenkämpfe gegen den bürgerlichen Staat.



Verbindungsstudenten, einst wie heute „wehrhaft" gegen die Arbeiterklasse.

Kapitalisten gegen gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten

Die Kapitalisten unternehmen große propagandistische Anstrengungen, um die Studentenkämpfe isoliert zu halten und um bei den Arbeitern falsche Vorstellungen über die Auseinandersetzungen an den Universitäten zu verbreiten.

Da sollen angeblich „ewige Studenten" und „bemooste Häupter" von den Unis entfernt werden. Da soll es den „Berufs-Protestierern" und „Radau-Studenten" an den Kragen gehen. Es wird so getan, als lägen diese „Reformmaßnahmen" geradezu im Interesse der Arbeiter, die ja finanziell die Hauptlast der universitären Ausbildung tragen, und deren eigene Kinder doch nur in seltenen Fällen davon Gebrauch machen können.

Diese massive Demagogie stößt in Teilen der werktätigen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Die Universität ist im Kapitalismus eine Einrichtung, zu der Arbeiter keinen Zugang haben. An den Universitäten ziehen die Kapitalisten i h r e Handlanger heran, denen sie gegenüber den Arbeitern materielle und soziale Privilegien zugestehen.

Fast jeder Arbeiter hat schlechte Erfahrungen mit „Studierten" gemacht, die ihm als Vorgesetzte, als Lehrer seiner Kinder, als Arzt usw. in arroganter Manier gegenübergetreten sind. So sieht er auch recht mißtrauisch auf den Studenten, der da im Demonstrationszug über die Straße rennt und plötzlich von „Revolution" und „Diktatur des Proletariats" schreit. Es ist daher kein Wunder, wenn Arbeiter den Studenten, die sie zur Solidarität auffordern, bloß antworten: „Heute biedert ihr euch bei uns an und redet nur von uns Arbeitern – aber wenn ihr erst mal oben seid, habt ihr den kleinen Mann vergessen."

Die Kapitalisten benutzen den von ihnen selbst geschaffenen und genährten Gegensatz zwischen Arbeitern und „Studierten", um die einen gegen die anderen aufzuhetzen nach dem Prinzip „Teile und herrsche",

So hieß es z.B. in einer Wahlanzeige für die CDU:

„Hände weg von unserer Wirtschaft, keine Experimente mit uns. Wir sind uns einig: Wir, die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer der sozialen Marktwirtschaft, sagen: Berufspolitiker, Phantasten und Theoretiker, die noch nie produktive Arbeit geleistet haben, wollen unser Wirtschaftssystem ändern, um sich selbst hochbezahlte Aufsichtsposten in der Wirtschaft zu verschaffen ..."



Das Ganze erinnert stark an die Demagogie der Nazis. So möchten die Kapitalisten den Kampf der Arbeiter ablenken auf ihre eigenen Handlanger.

Auf der anderen Seite wird der Intelligenz immer noch das Gefühl gegeben, „was Besseres" zu sein, die „geistige Elite" zu bilden, auf den Arbeiter herabsehen zu können.

Bei den gegenwärtigen Angriffen des kapitalistischen Staates empfinden die Studenten ihre Isolierung wieder sehr stark und unternehmen Versuche, diese Isolierung zu durchbrechen und „Kontakt zur Bevölkerung" aufzunehmen. So hatten die Studenten z.B. in Hamburg während der letzten Auseinandersetzungen zahlreiche Informations-Stände in verschiedenen Stadtteilen eingerichtet, machten mit Flugblättern auf ihre Probleme aufmerksam usw.

Was haben die Studentenkämpfe mit der Arbeiterklasse zu tun?

Dieselben Studenten, die sich jetzt mit dem Aufruf zur Solidarität an die Arbeiter wenden, werden ihnen bzw. ihren Kindern nach ihrer Ausbildung als Lehrer, Ärzte, Juristen (Richter, Rechtsanwälte) und als Vorgesetzte der verschiedensten Stufen gegenüberstehen.

Grundsätzlich haben alle diese Berufe Funktionen für die Kapitalistenklasse auszuüben: die Lehrer haben den zukünftigen Arbeitern einige notwendige Fähigkeiten beizubringen, hauptsächlich aber ihnen das Rückgrat zu brechen und diejenigen auszuwählen, die „aufsteigen" dürfen (das sind kaum 10 % der Arbeiterjugend!); die Ärzte haben die Arbeitskraft kranker Menschen wiederherzustellen, die Ingenieure kostensparende Produktionsverfahren zu entwickeln, die oft mit verschärftem „stress" am Arbeitsplatz und mit Rationalisierung auf dem Rücken der Arbeiter verbunden sind usw.

Eine „Ausbildung im Dienste des Volkes" – wie sie früher von einigen Studentengruppen propagiert wurde – wird es im Kapitalismus an den Universitäten natürlich nicht geben. Auch einer „revolutionären Berufspraxis" (eine andere alte Parole) sind sehr enge Grenzen gesetzt. Die Kapitalisten wollen sich keine „roten Läuse in den Pelz setzen", wie sie das selbst zynisch ausdrücken. So haben die Chemie-Kapitalisten auch schon damit gedroht, daß sie niemand mehr einstellen wollen, der in Westberlin studiert hat, denn „bei denen ist man nie sicher". Die Kapitalisten haben immer noch starke Mittel in der Hand, um auch fortschrittliche Intellektuelle zur Anpassung zu zwingen.

Aber wenn auch die Studienberufe grundsätzlich kapitalistischen Interessen dienen, so kann es der Arbeiterklasse keineswegs gleichgültig sein, wie sich die Studenten und Intellektuellen später im Beruf verhalten und welche Stellung sie als gesellschaftliche Schicht im Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie einnehmen.

Nach dem ersten imperialistischen Krieg in den Jahren 1918/19 halfen Studenten als Kern der reaktionären Freikorps, die kämpfenden Arbeiter in Sachsen und Thüringen, in Berlin und München, im Ruhrgebiet und anderen Teilen Deutschlands zusammenzuschießen. Vorreiter der totalsten Form der Unterdrückung der Arbeiter, des Faschismus, waren wiederum die Studenten; die Universitäten der Weimarer Republik waren bereits seit 1930/31 durchweg fest in den Händen der Nazis. Bei Arbeitskämpfen in den 20er Jahren waren Studenten und Studierte als Streikbrecher keine Seltenheit. Beim TEXACO-Streik gaben sich wieder einige „studierte" Angestellte als Streikbrecher her. An den Schulen gibt es Lehrer, die Arbeiterkinder einschüchtern, die die Klassengesellschaft als naturgegeben hinstellen, die den imperialistischen Krieg verherrlichen und sich in arroganter Weise jeder Zusammenarbeit mit den Eltern verweigern.

Andererseits kämpften fortschrittliche Intellektuelle an der Seite des spanischen Volkes gegen den Franco-Faschismus im Bürgerkrieg 1936-39. Auf dieser Seite im Klassenkampf standen auch Hamburger Studenten, die sich während des großen Hafenarbeiterstreiks im Oktober 1951 weigerten, Streikbrecherdienste zu leisten, und ebenso ein Teil der Merck-Angestellten (Chemie-Betrieb in Darmstadt) während der Kämpfe 1971. Auf dieser Seite stehen Lehrer, die die

Aktionen proletarischer Eltern für eine bessere Ausbildung ihrer Kinder wirksam unterstützen, statt als Agenten der Schulbehörde die Eltern auszutricksen und ihren Kampf abzublocken.

Im Interesse der Arbeiterklasse liegt es, die fortschrittlichen antikapitalistischen Regungen und Aktionen anderer Teile des Volkes zu unterstützen und zu nutzen.

In diesem Licht sind die jüngsten Auseinandersetzungen an den Universitäten zu beurteilen.

Die Kapitalisten wollen an den Unis „Reformen" durchsetzen, die eine noch stärkere Anpassung an die wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse des Kapitals ermöglichen. Die Verhinderung oder zumindest Einschränkung derartiger Maßnahmen liegt demnach auch im Interesse der Arbeiter.



Studenten der Bundeswehrhochschule werden auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung vereidigt.

Miserable Studienbedingungen

Die Studienbedingungen an den Universitäten sind miserabel. So müssen in Hamburg am Pädagogischen Institut – an dem zukünftige Volks- und Realschullehrer ausgebildet werden – 9000 Studenten in Räumen studieren, die ursprünglich für nicht einmal 1000 Studenten eingerichtet wurden. Es ist heute üblich, Seminare mit 400 Studenten abzuhalten, wo früher schon 50 Teilnehmer als zu große Zahl für eine gute Ausbildung des Einzelnen galten. Trotz aller Mängel werden noch Professorenstellen gestrichen und so die Misere vergrößert. Das Ergebnis ist eine „Auslese der Stärksten": mehr als ein Drittel der Studenten müssen ihr Studium irgendwann resigniert abbrechen – oft als körperliche und geistige Wracks. Das Studium in der Mindestdauer von 4 Jahren zu schaffen, ist unter den herrschenden Bedingungen nur schwer möglich. Der Kampf um die einzelnen Studienplätze muß von den Studenten gegeneinander geführt werden, da nur einem bestimmten Prozentsatz die Möglichkeit einer vollständigen Ausbildung eingeräumt wird – der Rest wird durch Zwischenprüfungen abgefangen. Das Ergebnis ist Konkurrenzdenken und Strebertum.

Die soziale Unsicherheit des einzelnen Studenten wird noch dadurch erhöht, daß er nicht sicher damit rechnen kann, überhaupt nach Abschluß des Studiums einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Arbeitslosigkeit unter Akademikern ist in USA, Schweden, Niederlanden und England schon seit Jahren „normal". In der Bundesrepublik beginnt sie gerade erst, sich bemerkbar zu machen. Schon gibt es Hinweise der Kapitalistenverbände auf ein „Überangebot" an Wissenschaftlern und ein „zukünftiges „akademisches Proletariat".

Zum einen sehen die Kapitalisten in einer solchen Entwicklung einen gesellschaftlichen Konfliktherd.

Auf der anderen Seite kommt jedoch die Existenz einer intellektuellen „Reservearmee" den Bedürfnissen der Kapitalisten entgegen: sie läßt sich als Druckmittel einsetzen, um die Übrigen zur Anpassung und Unterwerfung zu zwingen.

Auf dem Weg zur „Bundeswehr-Universität"?

Die gegenwärtigen Studienbedingungen bewirken, daß viele Studenten zur „schweigenden Mehrheit" gehören. Das heißt, sie büffeln und strebern emsig, ohne an politischen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Der Kampf um den „Aufstieg", um den „Platz an der Sonne" läßt ihnen zum Studieren gesellschaftlicher Zusammenhänge kaum Zeit; außerdem ist allzu intensive politische Betätigung ein Hindernis für die spätere Berufstätigkeit. Ein Beispiel dafür ist das Berufsverbot, von dem vor allem Lehrer betroffen werden: Die Schulbehörde weigert sich, Lehrer einzustellen, wenn diese während ihres Studiums in einer „linksradikalen Organisation" gearbeitet hatten. Zwar wird diese Regelung nur in relativ wenigen Fällen wirklich praktiziert, von der Willkürlichkeit und Unberechenbarkeit solcher Maßnahmen geht aber schon spürbar eine einschüchternde Wirkung auf die Masse der Lehrer-Studenten aus.

Dennoch wissen die Kapitalisten, daß es nicht die Mehrheit der Studenten ist, die sich in der gewünschten Weise als politisch angepaßte Streber verhält. Die „schweigende Mehrheit" ist also durchaus nicht wirklich die Mehrheit.

Außerdem „schweigt" diese „Mehrheit" nach Meinung der Kapitalisten schon allzu sehr. Natürlich ist ein politisch apathischer, passiver Student den Kapitalisten immer noch lieber als ein demonstrierender linker Student. Aber im Interesse der Kapitalisten liegt die „Mobilisierung" eines Teils der Studentenschaft als aktiver Stoßtrupp gegen ihre sozialistischen und sozialdemokratischen Kommilitonen, als Sprachrohr der kapitalistischen Propaganda.

Davon kann aber bis heute zum Glück noch nicht die Rede sein. Wo rechte und rechtsradikale Studenten bei Uni-Wahlen einigen Erfolg hatten, da verdankten sie es einer verlogenen Tarnung unter Decknamen wie „Unabhängige Demokraten" etc. Den **offen** auftretenden Rechten, vor allem dem CDU-treuen RCDS, versagt sogar die „schweigende Mehrheit" die Gefolgschaft. Hieran hat die massive finanzielle Aufblähung des RCDS durch CDU/CSU, private „Spenden" der Kapitalisten u.ä. nichts zu ändern vermocht.

Ein Versuch, diese Verhältnisse zu ändern, ist das Projekt sogenannter „Bundeswehrhochschulen" – zunächst in München und Hamburg. In drei Jahren sollen dort Offiziere der Bundeswehr in „Wirtschaft und Verwaltung, Pädagogik, Maschinenbau und Elektrotechnik" ausgebildet werden. Nach 15 Jahren „Bund" werden diese Unterrichtsfächer dann in zivilen Berufen wie Ingenieur, leitender Angestellter, Lehrer u.a. verwendbar sein.

Die Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten haben schon dafür gesorgt, daß „das Interesse junger Leute an der Bundeswehr wieder gestiegen ist" („Hamburger Abendblatt"). Aber die Pläne reichen weiter: „Die Bundeswehr ist mit ihren Bundeswehrhochschulen der Vorreiter einer allgemeinen Studienreform" – so Generalmajor Friedrich am 7.10.72 auf dem „Verteidigungspolitischen Kongreß" der CDU in Hamburg. Sätze wie dieser lassen Übles ahnen.

Hinter dem Projekt der „Bundeswehrhochschulen" steckt der Plan einer engeren Verbindung zwischen militärischer und akademischer Ausbildung: vor Beginn des Studiums erhalten die Bewerber um einen Studienplatz in der Bundeswehr den militärischen „Schliff"; Längerdienende und politisch Angepaßte werden mit bevorzugter Vergabe von Studienplätzen geködert, die Bundeswehr kann Einfluß nehmen auf Lehrinhalte und Studiengänge an den Universitäten usw.

Reformismus überwinden!

Anders als in der Zeit der Weimarer Republik und noch in den 50er und 60er Jahren verfangen heute offen reaktionäre, antikommunistische Parolen kaum noch. Während vor zehn Jahren noch reaktionäre Studentenverbindungen, Tunnelbauer und Bombenbastler gegen die DDR das politische Gesicht der Universitäten bestimmten, kommt heute breite Kritik am Kapitalismus von der Masse der Studenten. Mißstände des Kapitalismus werden allgemein empfunden, sogar von der „schweigenden Mehrheit". Diese Kritik bleibt aber weitgehend auf dem Boden reformistischer, nur-studentischer Kämpfe.

Das schrille, spektakuläre Gehabe einiger super-linker Studentengruppen sollte nicht über deren tatsächliche Bedeutungslosigkeit hinwegtäuschen. Die stärkste, ideologisch gefährlichste Richtung an den Universitäten ist heute der Sozialdemokratismus. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (die bedeutendste ist Heidelberg) haben die Vertreter „links"-sektiererischer Theorien ihre in der Studentenrevolte 1968/69 erkämpfte Führung an Sozialdemokraten (SHB) und Revisionisten (MSB) abgeben müssen.

Heute geht es nicht darum, daß „rote Zellen die Universitäten erobern", wie u.a. Springers „Welt", der „Bayernkurier" der CSU, Löwenthals ZDF-Magazin ihrem kleinbürgerlichen Publikum vorgruseln. Vielmehr geht die Entwicklung in die umgekehrte Richtung: die Bourgeoisie ist dabei, die in der Studentenrevolte in Bewegung geratenen Universitäten Zug um Zug wieder in den Griff zu bekommen.

Wenn die große Mehrheit der Studenten bei den Wahlen am 19. November für die SPD stimmte, so bedeutet das allerdings noch keine unbedingte Identifizierung mit den Inhalten der Regierungspolitik. Es ist vielmehr geradezu typisch, daß sich die SPD vom wichtigsten Träger sozialdemokratischer Studentenpolitik, dem SHB, offen distanziert hat und ihm das Prädikat „sozialdemokratisch" absprechen will (die äußere Anregung zu diesem Schritt kam übrigens vom CDU-treuen RCDS!).

Denn der SHB steht auf dem linken Flügel der SPD, hat marxistische Brocken in sein Programm eingebaut und schreckt auch vor dem von der SPD-Führung verbotenen Bündnis mit der DKP (an der Uni vertreten durch den MSB) nicht zurück.

Die SPD-Führung hat freilich in den letzten Jahren „ein Auge zugedrückt", als es darum ging, durch ein geschicktes Taktieren mit Hilfe des SHB zunächst gegenüber dem SDS und später dem MSB Teile der rebellierenden Studenten überhaupt wieder an die SPD heranzuführen. In dieser Zeit war die Bewegungsfreiheit des SHB noch relativ großzügig bemessen. Nun aber scheint diese Aufgabe des SHB weitestgehend erledigt; als lästigen linken Ballast schütteln ihn die SPD-Führer jetzt ebenso ab wie vor Jahren den SDS. Das nächste Ziel dürfte der Aufbau eines neuen sozialdemokratischen Studenten-Verbandes sein, der sich enger an die SPD anlehnt. Eine Basis in der Studentenschaft dafür ist zweifellos vorhanden.

Noch ist die Mehrheit der Studenten bereit, gegen die Formierungsbestrebungen des Kapitals zu kämpfen. Die Motive sind aber verschieden: die einen kämpfen nur gegen eine allgemeine Verschlechterung ihrer Ausbildungslage, teilweise sogar zur Verteidigung ständischer Privilegien und „Freiräume". Andere fordern eine „Demokratisierung der Universität als Teil einer reformistischen Strategie. Ein kleiner Teil sieht die Universitäten als Ausgangspunkt einer gesamtgesellschaftlichen Revolution...

Es fehlt in der Studentenschaft die Klarheit über Ziel und Weg des Kampfes. Aus dieser Unklarheit kann beim Scheitern studentischer Aktionen erneut Enttäuschung und Passivität werden.

Was die Arbeiterklasse von den bewußteren Studenten erwartet, ist dies: daß sie den Abwehrkampf gegen die Formierungsbestrebungen des Kapitals organisieren und führen, daß sie unter den Studenten ein wirkliches Bewußtsein davon schaffen, daß ihr Kampf nur an der Seite der Arbeiterklasse, als Kampf um den Sozialismus erfolgreich sein kann. ■

'Ruhe und Ordnung' für die Hochschulen

Baden-Württemberg als Vorreiter für die Disziplinierung der Universitäten

Am 19.12.72 wurde in Heidelberg der Jurist Hubert Niederländer zum neuen Rektor der Universität gewählt. Niederländer ist Mitglied des reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft" und er hat bereits in seiner Wahlerklärung versprochen, daß er „alle Mittel des Rechtsstaates" einsetzen werde, um „Störer" an der Universität zu bekämpfen. Mit der Wahl Niederländers ist ist ein weiterer Schritt in einer Entwicklung gesetzt, deren Ziel es ist, die demokratische Bewegung an den Hochschulen vollständig zu zerschlagen.

Nach dem Höhepunkt der Studentenbewegung 1967/68 sollten die kritischen Studenten mit Hochschulgesetzen abgespeist werden, die einzelne Zugeständnisse, wie Öffentlichkeit und paritätische Besetzung der Universitätsgremien, Mitsprache in Berufungsfragen etc. enthielten. Auch Baden-Württemberg erhielt 1969 ein solches „fortschrittliches" Hochschulgesetz. Kultusminister Hahn (CDU), der das Gesetz vorgelegt hatte, drängte schon bald auf eine Novellierung. In einem vertraulichen Entwurf einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre" wurden folgende Maßnahmen gefordert: Zurückdrängung der Mitbestimmungsrechte der Studenten und Assistenten, Einschränkung der Öffentlichkeit der Entscheidungsgremien; rigorose Fachaufsicht durch das Kultusministerium und Verschärfung des Ordnungsrechts für Studenten bis hin zur Exmatrikulation und dem Entzug von Förderungsmitteln.

Ende 1969 sollte dann mit dem Verbot des Heidelberger SDS ein Exempel an den fortschrittlichen Studenten statuiert werden. Das Verbot ist zwar in der Folgezeit nicht konsequent angewandt worden, es ist aber die Grundlage für die rasche Zerschlagung der sozialistischen Studentenorganisationen. (Anläßlich des Polizeiüberfalls auf die Uni wurde gegen den Sozialistischen Heidelberger Studentenbund (SHS) Strafanzeige gestellt und geprüft, ob es sich um eine Nachfolgeorganisation des verbotenen SDS handle.) Gegen den 1970 gewählten Re[illegible] den Liberalen Rendtorff, ma[illegible] das Kultusministerium von Anfang an Front. Ein beliebtes Mittel hierbei war der Eingriff in die Fachaufsicht der Universität: z.B. sperrte Hahn die Gelder für ein bereits genehmigtes Studienprogramm, das sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Rolle der Massenmedien befassen wollte. Innerhalb der Universität formierte sich der „Bund Freiheit der Wissenschaft", der u.a. die Aufgabe hatte, Rendtorffs Arbeit lahmzulegen. Rendtorff mußte zurücktreten, als er keine Mehrheit im Senat der Universität hatte.

Rendtorffs Fall ist nicht der einzige. Mit dem verstärkten Angriff der Bourgeoisie auch auf die Hochschulen werden liberale Hochschulrektoren (wie Kreibich, West-Berlin; Fischer-Appelt, Hamburg u.a.), die nur ein paar Reformpflästerchen auflegen wollen, vor die Alternative gestellt, sich entweder freiwillig zum Staatskommissar zu machen oder ihren Platz zu räumen.

Der „reformfreudigen" Uni Konstanz verpaßte Hahn kurzerhand eine Grundordnung, die u.a. die dort praktizierte Drittelparität aufhob. Rektor Hess trat zurück und als sich kein Nachfolger fand, wurde jetzt ein Staatskommissar als Konkursverwalter der Universität eingesetzt.

Baden-Württemberg ist exemplarisch für das Vorgehen der Bourgeoisie: wurden mit Abflauen der Studentenbewegung auch die kleinsten Zugeständnisse wieder abgebaut, so geht es jetzt darum die Universitäten mit allen Mitteln so auszurichten, daß dort ungestört die willigen Handlanger der Bourgeoisie erzogen werden. ■

EWG-Großmachtpläne der europäischen Imperialisten

2. Teil

EWG ruiniert Bauern

Die Bauern innerhalb der EWG bekommen den wachsenden Druck auf ihre Existenz ganz besonders zu spüren. Das schlägt sich nieder im beschleunigten Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäftigten und der landwirtschaftlichen Betriebe. In der BRD machten bis 1969 durchschnittlich 30 000 Betriebe pro Jahr dicht. 1970 waren es 98 300, 1971 82 000, somit jeder 16. landwirtschaftliche Betrieb. Schon 1969 waren von insgesamt 1,34 Mio Bauern-Wirtschaften 20% Zuerwerbsbetriebe, wo der Bauer zusätzlich noch anderwärts arbeiten muß, und 44% Nebenerwerbsbetriebe, wo die Landwirtschaft nur noch nebenbei betrieben wird. Obwohl die Produktivität in der Landwirtschaft seit 1960 um 60% gestiegen ist, gegenüber 40% in der Industrie, betrug der Durchschnittsverdienst eines Bauern in der BRD 1969 nur 6394 DM gegenüber 9726 DM eines Industriearbeiters. Nur in den großen landwirtschaftlichen Betrieben ist der Verdienst so hoch wie in der Industrie. Und dies, obwohl laut Untersuchungen der Arbeitstag eines Bauern 11-12 Stunden beträgt.

Die gesetzmäßige Umstrukturierung und Industrialisierung der Landwirtschaft wird in der kapitalistischen EWG über die Ruinierung der Landwirtschaft durch das Großkapital und über den EWG-Agrarmarkt betrieben. Den erhöhten Preisen für Landmaschinen, Futtermittel und Düngemittel und erhöhte Handelsspannen (Gewinne des Zwischenhandels) stehen sinkende Erlöse der Bauern gegenüber. Das hat erhöhte Lebensmittelpreise zur Folge. Seit 1966/67 sind die Investitionen der Bauern in ihre Betriebe niedriger als die aufgenommenen Kredite, d.h. sie können sich nur bei steigender Verschuldung über Wasser halten.

Der EWG-Agrarmarkt wird durch hohe Zölle gegen Agrar-Importe von außerhalb geschützt. Für die Agrar-Produkte sind verbindliche Preise festgesetzt. Durch das Agrar-System werden eindeutig die Großbauern begünstigt: sie bekommen selbst die Produkte, die sie nicht absetzen können, bezahlt. Das führt zu Erscheinungen wie dem „Butterberg", der inzwischen auf über 300 000 t angewachsen ist. Diese Überschüsse werden dann noch, z.T. unter den ohnehin niedrigen Weltmarktpreisen, in Übersee verkauft, womit auch dort zur Ruinierung der Landwirtschaft beigetragen wird. Trotz hoher Lebensmittelpreise kosten die Subventionen für die Landwirtschaft jeden Erwerbstätigen jährlich 700 DM.

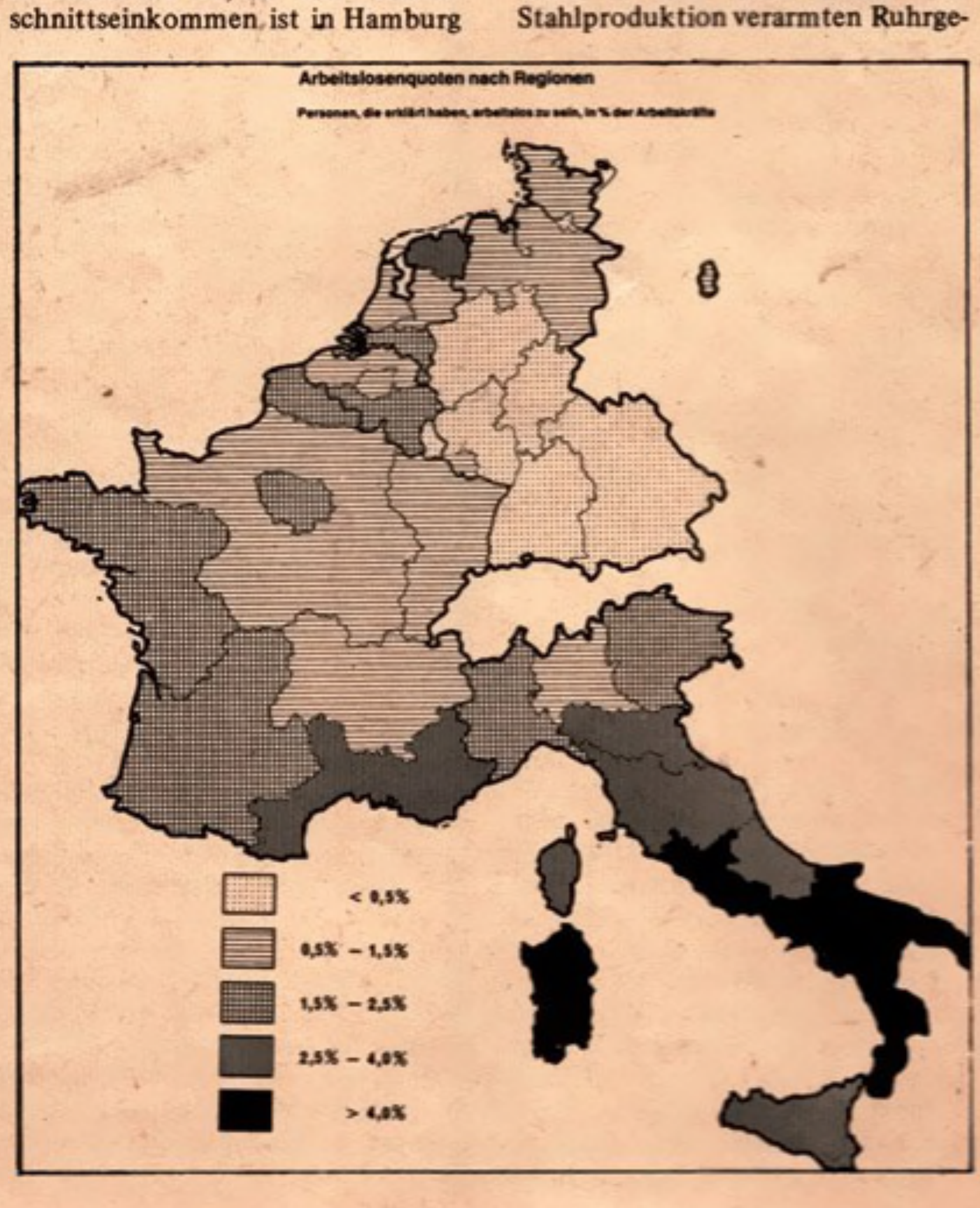
Inzwischen ist die EWG-Kommission zu weiteren Maßnahmen übergegangen: Die Großbauern werden durch Landbereitstellung und Beihilfen unterstützt, die kleinen sollen durch Umschulungsbeihilfen und Landabgabeprämien noch schneller aus der Landwirtschaft gedrängt werden. Zur Zeit werden 95% der früheren Bauern Hilfsarbeiter.

Der Mansholt-Plan der EWG sieht selbst in seiner abgemilderten Form u.a. vor: Bis 1975 sollen 1,4 Mio Arbeitskräfte die Landwirtschaft verlassen, riesige Gebiete sollen brachgelegt, 2,7 Millionen Milchkühe geschlachtet werden. Laut Grünem Bericht wird in der BRD bis 1980 die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 2,35 auf 1 Mio gesenkt werden. 500 000 Bauernhöfe werden verschwinden. Durch die Erweiterung der EWG wird sich dieser Prozeß in der Landwirtschaft weiter beschleunigen. Die englische Landwirtschaft kann viel billiger produzieren. Die 3% in der Landwirtschaft Beschäftigten erbringen auch 3% des Bruttosozialprodukts Englands; in der alten EWG erbrachten 14% dagegen nur 7% des Bruttosozialprodukts. Die englischen landwirtschaftlichen Betriebe sind zu 75% über 40 Hektar groß, in der BRD sind sie zu zwei Dritteln kleiner als 10 Hektar. In England wird die Anpassung an die EWG-Preise 20-30% höhere Lebensmittelpreise zur Folge haben.

Die Verschärfung der Lage durch die EWG ist keineswegs auf die Bauern beschränkt. Die im Kapitalismus gesetzmäßige Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, Industriezweige und Länder wird sich durch die weitere Integration erheblich verschärfen.

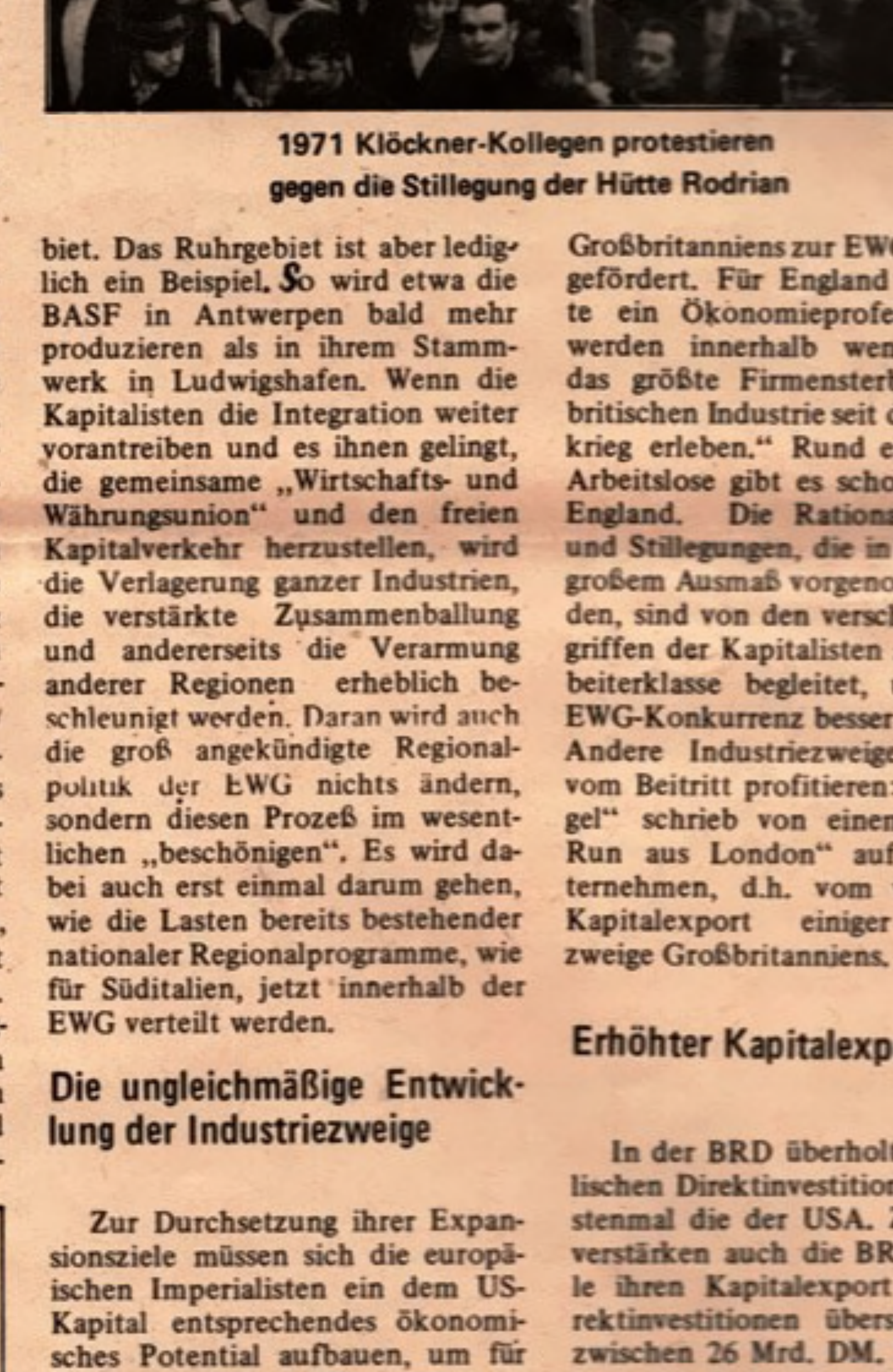
Die regionale Entwicklung

Schon heute sind innerhalb der EWG die regionalen Unterschiede gewaltig: 1968 betrug die Arbeitslosigkeit in Hamburg 0,3%, in Süditalien 5,1% und in Irland 8,8% der Beschäftigten. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten betrug in Südostengland 1,2% und in Süditalien 41,7%. Das Durchschnittseinkommen ist in Hamburg 6,3 mal höher als in Süditalien. Während in Süditalien trotz aller Investitionsvergünstigungen die Zahl der Beschäftigten von 1959 bis 1968 um 540 000 fiel, d.h. jeder 12. auf Dauer seinen Arbeitsplatz verlor, traf dies im Nordwesten Italiens, wo die Industrie sowieso schon konzentriert ist, „nur" jeden 150. Beschäftigten. Folge davon ist die ständig hohe Auswanderung aus Gebieten wie Süditalien und Irland. Bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte sind die westdeutschen Kapitalisten immer mehr dazu übergegangen, diese bevorzugt aus Gebieten außerhalb der EWG, insbesondere der Türkei, heranzuholen, um noch höhere Profite herauszuholen.





1971 Klöckner-Kollegen protestieren gegen die Stillegung der Hütte Rodrian



Ebenso wie das Elend in den ländlichen Gebieten zunimmt, verstärkt sich die Ballung der Industrie in gewissen Zentren. Im Rahmen der EWG wird es die verstärkte Konzentration der Industrie im Zentrum der EWG und an den Nordseeküsten geben, insbesondere in Belgien und den Niederlanden, wo neben günstigen Standorten entsprechende Arbeitskräfte vorhanden sind. In der Stahlindustrie in der BRD ist dieser Prozeß schon längst angelaufen. So planen die Klöckner-Stahlwerke die Stillegung ihrer Werke in Osnabrück und im Hagener Raum zugunsten ihrer Werke in Bremen. Die Fusion Hoesch/Hoogovens bedeutet, daß die Stahlproduktion im wesentlichen in das geplante Stahlwerk nach Rotterdam verlegt wird. Schon heute ist durch die Fusion Hoesch nicht mehr an die Ruhrkohle gebunden, deren Preis trotz Subventionen weit über den Weltmarktpreisen liegt. Karikaturen zeigten in Vorwegnahme dieser Entwicklung einen bettelnden Ministerpräsidenten Kühn in dem ohne Kohle- und Stahlproduktion verarmten Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet ist aber lediglich ein Beispiel. So wird etwa die BASF in Antwerpen bald mehr produzieren als in ihrem Stammwerk in Ludwigshafen. Wenn die Kapitalisten die Integration weiter vorantreiben und es ihnen gelingt, die gemeinsame „Wirtschafts- und Währungsunion" und den freien Kapitalverkehr herzustellen, wird die Verlagerung ganzer Industrien, die verstärkte Zusammenballung und andererseits die Verarmung anderer Regionen erheblich beschleunigt werden. Daran wird auch die groß angekündigte Regionalpolitik der EWG nichts ändern, sondern diesen Prozeß im wesentlichen „beschönigen". Es wird dabei auch erst einmal darum gehen, wie die Lasten bereits bestehender nationaler Regionalprogramme, wie für Süditalien, jetzt innerhalb der EWG verteilt werden.

Die ungleichmäßige Entwicklung der Industriezweige

Zur Durchsetzung ihrer Expansionsziele müssen sich die europäischen Imperialisten ein dem US-Kapital entsprechendes ökonomisches Potential aufbauen, um für die internationale Konkurrenz gerüstet zu sein. D.h. insbesondere beschleunigter Ausbau der sogenannten Wachstums- bzw. Zukunftsindustrien, wo der Abstand zum US-Kapital besonders groß ist, und gleichzeitig beschleunigtes „Gesundschrumpfen" stagnierender und absteigender Industrien auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Schon in den Jahren 1958-65 ist die Zahl der Beschäftigten in den expandierenden Industrien – Kunststoffindustrie, Mineralölverarbeitung, Elektrotechnik, Chemie und Fahrzeugbau – um 36% gestiegen, während in der Bergbau-, Eisen-, Stahl-, Leder- und Textilindustrie die Beschäftigtenzahl um insgesamt 20% sank. In der Textilindustrie waren 1966 114 000 Menschen weniger als 1955 beschäftigt. Im Kohlebergbau wurden seit 1960 220 000 von 480 000 Kumpeln auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig sind seit 1966 ihre Löhne auf 16 % unter Bundesdurchschnitt gesunken.

Der Niedergang ganzer Industriezweige wird durch den Beitritt Großbritanniens zur EWG erheblich gefördert. Für England prophezeite ein Ökonomieprofessor: „Wir werden innerhalb weniger Jahre das größte Firmensterben in der britischen Industrie seit dem 1. Weltkrieg erleben." Rund eine Million Arbeitslose gibt es schon heute in England. Die Rationalisierungen und Stillegungen, die in England in großem Ausmaß vorgenommen werden, sind von den verschärften Angriffen der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse begleitet, um in der EWG-Konkurrenz besser dazustehn. Andere Industriezweige werden vom Beitritt profitieren: der „Spiegel" schrieb von einem „wahren Run aus London" auf EWG-Unternehmen, d.h. vom verstärkten Kapitalexport einiger Industriezweige Großbritanniens.

Erhöhter Kapitalexport

In der BRD überholten die englischen Direktinvestitionen zum erstenmal die der USA. Zunehmend verstärken auch die BRD-Monopole ihren Kapitalexport – die Direktinvestitionen übersteigen inzwischen 26 Mrd. DM. Die arbeitsintensive Industrie wird in sogenannte „Niedriglohnländer" verlagert. So sind z.B. in Singapur, wohin Rollei und Voigtländer aus der optischen Industrie ebenso wie Nordmende aus der Elektroindustrie abwanderten, die Löhne 8-mal niedriger als in der BRD. Heute werden schon 70 - 80 % der in der BRD verkauften Herrenanzüge in „Niedriglohnländern" hergestellt. Da Siemens im Ausland nur mit 70 % der Lohnkosten rechnet, soll in Zukunft „fast nur noch in anderen Ländern" expandiert werden. Der Kapitalexport wird sich weiter verstärken. Damit wollen sich die Kapitalisten höhere Profite und größeren Einfluß sichern.

Größte Konzentrations- und Rationalisierungswelle der Geschichte

Träger all dieser Prozesse sind die Monopole. Das Tempo der weiteren Monopolisierung nimmt rasant zu. Seit 1960 verloren über

100 000 Unternehmer ihre Selbständigkeit in der BRD. Folge für die Arbeiter bei solchen Fusionen und Aufkäufen sind verstärkte Arbeitshetze bzw. Entlassungen bei Rationalisierungen. So führt der Aufkauf der Rheinstahl-Lastwagenproduktion durch Daimler-Benz zur Stillegung des Rheinstahl-Motorenbaus und zur Entlassung der Arbeiter, nachdem Daimler-Benz die Motoren selber produzieren kann und den Motorenbau vorsorglich nicht mitgekauft hatte. Ebenso wurde der Krupp-Lastwagenbau bald nach Aufkauf stillgelegt, und die Phrix-Werke nach Aufkauf durch BASF und Napalm-Hersteller Dow Chemical. Der über die Stahlkontore betriebene systematische Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Stahlindustrie kostete in fünf Jahren 50 000, also jeden achten Beschäftigten dieser Branche, seinen Arbeitsplatz. Die Folgen von Fusionen zu multinationalen Konzernen innerhalb der EWG sind erst in Zukunft zu erwarten. Vorreiter dieser Fusionswelle liefern heute schon einen Vorgeschmack der Folgen. Die Fusion von Hoesch und Hoogovens bedeutet den Verlust des Arbeitsplatzes für Tausende von Kollegen an der Ruhr. Die Fusion von Dunlop-Pirelli brachte in den ersten anderthalb Jahren trotz des Widerstands der Arbeiter 7 500 Entlassungen, für jeden 10. Beschäftigten also.

Die großen Konzerne zeichnen sich zwar durch relativ hohe Löhne aus, aber auch durch besonders scharfe Ausbeutung, große Arbeitshetze und ausgeklügelte Maßnahmen gegen die Arbeiter. Das wurde am Beispiel der Autoriesen im ARBEITERKAMPF 20 ausgeführt. So senkte VW den Krankenstand um 6 000 durch Entlassungen derjenigen, die häufiger krank gewesen waren. Das wurde dazu benutzt, die Beschäftigtenzahl um diese 6 000 zu senken. In der BRD, wo die Kämpfe der Arbeiterklasse ein niedrigeres Niveau haben als etwa in Italien, Frankreich und England, ist es den Monopolherren bisher weitgehend gelungen, die Arbeiter im Griff zu behalten. Bei den Chemiestreiks 71 war keiner der drei großen Konzerne betroffen. Immer neue Maßnahmen werden von den Monopolherren ausgeheckt, um die Kämpfe der Arbeiter zu behindern. Nestle führte in Frankreich eine Anti-Streik-Prämie ein, die höher als ein Monatslohn ist. Bei Beiersdorf in Hamburg wird eine Arbeitsplatzbewertung eingeführt, mit der Wohlverhalten der Arbeiter durch höhere Löhne „belohnt" wird.

Mit der Integration der westeuropäischen Länder erweitern sich für die Kapitalisten die Möglichkeiten zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten können vom internationalen Felde aus gegen die weiterhin zersplitterte Arbeiterklasse vorgehen. Das trifft bei den ökonomischen Kämpfen insbesondere auf das Großkapital und die multinationalen Konzerne zu. So drohte Ford in Großbritannien während der Streiks im März 71, nicht mehr in Großbritannien zu investieren. Durch europäische Modellpolitik ist inzwischen jederzeit eine Produktionsverlagerung möglich geworden. Beim belgischen Bergarbeiterstreik wurde stattdessen Ruhrkohle herangeschafft. Pirelli versuchte während des „Heißen Herbstes", massenweise Reifen aus Griechenland und Spanien heranzuschaffen. Müller-Wipperfürth und Raytheon in Italien legten nach Kampfaktionen der Arbeiter ihre Betriebe dort einfach still. Die US-Kupfermonopole konnten durch verstärkte Produktion in anderen Ländern sogar einem 8 1/2-monatigem Streik standhalten, obwohl sich an diesem Streik 26 Gewerkschaften beteiligten.

Ein besonders wichtiges Mittel der Kapitalisten ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch Gegeneinanderausspielen von inländischen und ausländischen Arbeitern. Die „Bewegungsfreiheit" der Arbeitskräfte in der EWG ist bereits hergestellt. In den Ländern der EWG gibt es heute 4,3 Mio. ausländische Arbeiter, davon allein 2,3 Mio. in der BRD und weitere 1,5 Mio in Frankreich. Zusammen mit ihren Familien sind es sogar 10 Mio. Diese ausländischen Kollegen trifft die besondere Unterdrückung durch die Kapitalisten. Bei niedrigsten Löhnen und barbarischer Unterbringung ist ihnen bei Androhung der Ausweisung verboten, sich gegen diese Angriffe politisch zu organisieren. Gleichzeitig wird versucht, eine nationalistische Hetze gegen die Ausländer zu entfachen, wie besonders anläßlich der Geiselnahme in München.

In Großbetrieben wird die Isolierung besonders ausgeklügelt betrieben. In Lagern zusammengefaßt und durch entsprechende Arbeitsplätze im Betrieb soll die Integration auf einem Minimum gehalten werden. Hinzu kommt, daß die Kapitalisten die ausländischen Arbeiter möglichst nach kurzer Zeit durch neu angeworbene zu ersetzen versuchen.

FIAT läßt sich Arbeitskräfte aus dem Süden Italiens durch die faschistische „Gewerkschaft" CISNAL anwerben. Diese Arbeiter bleiben unter der Kontrolle durch die CISNAL und sollen als Streikbrecher-Block eingesetzt werden. Kleinere italienische Firmen sind diesem Beispiel gefolgt.

Noch weiter gehen die Möglichkeiten der Spaltung der Arbeiterklasse der einzelnen Länder durch die einzelnen Kapitalisten. Die zur Bekämpfung der EWG notwendige internationale Solidarität ist heute noch kaum entwickelt. Die Gewerkschaftsführungen werden im Sinne der Kapitalisten das ihrige dazutun. Faule Tricks der Gewerkschaftsführer – wie in den Chemiestreiks 1971 – finden innerhalb der EWG ein noch viel breiteres Feld. Damals hieß es nach dem miesen Abschluß in Hamburg, daß die Kollegen in Westfalen nicht mitgezogen hätten; umgekehrt hieß es in Westfalen, die Kollegen aus Hamburg seien Schuld gewesen.

Ganz unterschiedlich sind in den einzelnen Ländern der EWG das Klassenbewußtsein und die Rechte der Arbeiterklasse entwickelt. Besonders ungünstig sieht es dabei für die Arbeiterklasse der BRD aus.

Weder in Frankreich, Italien noch Großbritannien sind abgeschlossene Tarifverträge für die Gewerkschaften bindend. Dagegen gilt in der BRD die „Friedenspflicht". In der BRD sind Solidaritätsstreiks wie sie in den Niederlanden und Belgien für die englischen Docker durchgeführt wurden, ungesetzlich. In Italien können Streiks durch Betriebsversammlungen ausgerufen werden. So etwas wie „vertrauensvolle Zusammenarbeit", die in der BRD die Betriebsräte bindet, gibt es in den meisten anderen EWG-Ländern nicht. Nur in Großbritannien sind durch das Anti-Streik-Gesetz, das aber erst noch gegen die Arbeiter durchgesetzt werden muß, die gewerkschaftlichen Rechte ähnlich schlecht wie in der BRD. Doch am westdeutschen Gewerkschaftswesen hoffen die Kapitalisten zu genesen. Für die Europäische Aktiengesellschaft, die multinationalen Konzerne der EWG, sind Regelungen im wesentlichen entsprechend dem Betriebsverfassungsgesetz der BRD vorgesehen.

Das bedeutet einen Knüppel gegen die von der Arbeiterklasse in den übrigen Ländern erkämpften Rechte. Das gleiche gilt für die jetzt auf EWG-Ebene geplanten staatlichen Lohnleitlinien.

Streikstatistik

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Zahl der Streiks										
BRD	28	119	195	187	34	20	205	742	36	86
Frankreich	1 494	1 963	1 884	2 382	2 281	1 674	1 711	1 675		207
Italien	2 471	3 502	3 652	4 145	3 841	3 191	2 387	2 658	3 377	3 788
Niederlande	121	43	24	104	53	60	20	8	11	28
Belgien	61	38	40	48	41	43	74	58	71	88
Zahl der beteiligten Arbeiter										
BRD	17 065	21 052	79 177	100 853	5 629	6 250	196 013	59 604	25 167	89 571
Frankreich	838 562	1 269 504	833 464	1 147 782	1 047 273	687 957	1 028 564	2 823 600		1 509 900
Italien	2 338 000	2 698 000	2 910 000	3 694 000	3 245 000	2 310 000	1 887 000	2 243 000	4 862 000	7 507 000
Niederlande	84 810	9 500	2 383	30 406	8 679	25 151	11 442	1 836	4 599	12 346
Belgien	19 140	12 622	21 955	17 722	40 682	18 774	41 629	37 621	29 338	24 691
Zahl der verlorenen Arbeitstage										
BRD	87 723	65 256	450 948	878 026	16 711	48 520	27 086	389 581	25 249	249 184
Frankreich	1 069 958	2 600 570	1 901 456	5 991 495	2 496 791	979 861	2 523 488	4 203 509		2 223 600
Italien	5 786 000	9 891 000	22 717 000	11 395 000	13 089 000	6 943 000	14 474 000	8 568 500	9 239 800	37 824 600
Niederlande	467 391	24 656	9 084	37 757	43 862	54 607	12 647	6 165	13 698	21 697
Belgien	334 446	92 092	270 975	247 381	443 835	70 131	533 239	181 713	363 915	161 999
Zahl der verlorenen Arbeitstage je 100 Arbeiter										
BRD	4,4	3,2	21,8	42,1	0,8	2,3	1,3	18,8	1,2	11,6
Frankreich	82,3	197,6	141,9	433,0	174,9	67,6	171,0	281,7		145,3
Italien	495,1	824,7	1 848,4	908,2	1 053,2	573,3	1 207,2	699,6	746,9	3 013,0
Niederlande	147,6	7,6	2,7	11,1	12,6	15,3	3,5	1,7	3,8	5,9
Belgien	132,0	35,6	102,3	91,8	160,4	25,1	188,8	64,6	129,4	56,2

Die Gewerkschaften

Bei alledem kommt den Kapitalisten entgegen, daß die Gewerkschaften auf EWG-Ebene in verschiedene Gruppen gespalten sind. Das ergibt bessere Möglichkeiten der Spaltung der Arbeiterklasse. Es erweitert den Spielraum besonders reaktionärer Gewerkschaftsführungen, wie z.B. die des DGB, durch Drücken Angleichung an das schlechteste Niveau herzustellen.

Der EBFG

Über 10 Mio. Gewerkschaftsmitglieder sind im europäischen Bund freier Gewerkschaften zusammengefaßt. Ihm gehören neben dem DGB, der Einheitsgewerkschaft der BRD, die FO aus Frankreich und die UIL und CISL aus Italien an. Diese drei Gewerkschaften entstanden aus Abspaltungen nach dem 2. Weltkrieg, als die Kommunisten dort in den Gewerkschaften führenden Einfluß gewonnen hatten. Weiterhin gehören dem EBFG der NVV aus den Niederlanden, die CGT Luxemburgs und die FGTB aus Belgien an. Mit der EWG-Erweiterung sind der TUC aus Großbritannien, bestehend aus einer Vielzahl von Berufsgewerkschaften, und die LO aus Dänemark hinzugekommen. Die Gewerkschaften der übrigen skandinavischen Länder gehören mit beratendem Stimmrecht dazu.

Die EO/WVA

Die „christlichen" Gewerkschaften sind in der „Europäischen Organisation des Weltverbandes der Arbeit" zusammengefaßt. Größere Bedeutung hat lediglich die CFDT aus Frankreich. Bezüglich der EWG hat sich dieser Verband in allen Fragen der Haltung des EBFG angeschlossen.

CGT und CGIL

Die CGT Frankreichs und die CGIL Italiens sind jeweils die bedeutendsten Gewerkschaften dieser Länder. Den entscheidenden Einfluß in diesen Gewerkschaften besitzen die Revisionisten. Diese Gewerkschaften unterhalten in Brüssel ein gemeinsames Büro und sind Mitglieder des Weltgewerkschaftsbundes (WGB).

Die Stellung des EBFG zur EWG

Die Entschließung des EBFG zur EWG von 1969 stellt sich voll hinter die Großmachtpläne der Imperialisten. Es wird dort gefordert: „...die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Zusammenlegung demokratischer (= kapitalistischer) Staaten zu erhöhen und damit der wirtschaftlichen Herausforderung durch die Großmächte entgegenzutreten". In diesem Sinne setzt sich der EBFG das Ziel, die „europäische Integration zu fördern". Selbst das Agrarprogramm der EWG wird gelobt. Kritik wird nur daran geübt, daß der Zusammenschluß der Imperialisten durch die EWG noch nicht weit genug vorangeschritten sei. Auf dem 8. DGB-Kongreß wurde gar bekräftigt, die EWG nicht gefährden zu wollen („im Geiste des sozialen Fortschritts, der allgemeinen Hebung des Lebensstandards"), obwohl andererseits O. Brenner zugab, daß „die Sozialpolitik unleugbar eines der schwärzesten Kapitel der Integrationspolitik" sei und der DGB-Vorsitzende Vetter schreibt, daß „sich auf internationalem Felde wiederholt, was in den meisten Staaten seit langem der Vergangenheit angehört: die Gewerkschaften müssen erst einmal um ihre Anerkennung ringen". Doch was wird dazu getan, bzw. wie sieht der propagierte Kampf gegen die mulitnationalen Konzerne aus? Zwar gibt es eine Reihe von europäischen Ausschüssen und einige kollektive Verhandlungen. Doch hintertrieb z.B. die ÖTV-Führung die Solidarität mit den englischen Dockern, indem einfach behauptet wurde, von den englischen Gewerkschaften nicht dazu aufgefordert worden zu sein. Der erste EWG-Streik bei Dunlop und Pirelli aufgrund der Entlassungen kam durch einen Vertrauensleute - Ausschuß zustande. Die meisten zuständigen Gewerkschaften in England hatten sich distanziert, was zur Folge hatte, daß in England nur 15 % der Belegschaft mit in den Streik einbezogen werden konnten. Statt die internationale Solidarität in der Arbeiterklasse zu organisieren, wurde vom DGB erst 1969 überhaupt gestattet, Kontakte zu Gewerkschaften außerhalb des EBFG (vor allem zu CGT und CGIL) innerhalb der EWG aufzunehmen.

Stattdessen wird die „Demokratisierung der EWG" propagiert; darunter versteht der EBFG z.B. das BVG für die Europäische Aktiengesellschaft mit dem Mitbestimmungsmodell der Montanunion. Als wichtiger Schritt wird die direkte Wahl des europäischen Parlaments angesehen und die Bildung einer supranationalen EWG-Kommission – das bedeutet nichts weiter als den politischen Zusammenschluß der Imperialisten.

In den skandinavischen Ländern wird aus linken Teilen der Gewerkschaften der EWG die Forderung nach nationaler Souveränität entgegengestellt. Auch hier stellt sich der DGB hinter den Wunsch der BRD-Imperialisten nach möglichst großer Erweiterung der EWG. Der DBG legte den skandinavischen Gewerkschaften nahe, mit Hilfe „der starken nordischen Gewerkschaftsbewegung" ein „sozialistisches Westeuropa" zu schaffen.

In Ländern wie Italien und Frankreich könnten Gewerkschaftsführer der Rolle von Handlangern der Bourgeoisie schwerlich mit solcher Argumentation gerecht werden. CGT und CGIL bezeichnen die EWG als ein Instrument der Monopole, die in den letzten Jahren zur Drosselung der Löhne übergegangen seien. Die Metallgewerkschaften Italiens und Frankreichs vereinbarten, „ihre gegenseitige Solidarität durch praktische Aktionen zum Ausdruck zu bringen". Zwar wurde der Dunlop-Pirelli-Streik in Italien von der Gewerkschaftsführung nicht boykottiert, aber sie beeilte sich zu erklären, daß es ihr mehr um eine Warnung des Managements, als um eine Störung der Produktion gehn würde.

Sie fordert die „antimonopolistische Ausrichtung der EWG" und außerdem u.a., mehr Beteiligung der Gewerkschaften an den Kommissionen der EWG. Auch hier geht es darum, in der Arbeiterklasse durch eine „Mitbestimmung" in den Organen des kapitalistischen Staates Illusionen über den Imperialismus zu verbreiten.

Nur aus eigener Kraft heraus wird die Arbeiterklasse den Kampf gegen die sich weiter verschärfenden Angriffe der Kapitalisten führen können. Für das Großmachtstreben der Imperialisten mit Hilfe der EWG steht die „Bewährungsprobe" noch bevor. Die Folgen dieser Entwicklung – verstärktes Massenelend, verstärkte politische Reaktion seitens der Kapitalistenklasse, größere Gefahr eines Faschismus und bewaffneter Auseinandersetzungen – sind heute noch nicht im Bewußtsein größerer Teile der Arbeiterklasse. Das bewußte Element ist bei sehr unterschiedlichem Niveau der Klassenkämpfe in Europa noch schwach vertreten, die organisierte Vorbereitung auf den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus noch in den Anfängen. Die Kapitalisten erwarten scharfe Klassenauseinandersetzungen, auf die sie sich schon heute systematisch vorbereiten. Das erfordert die verstärkte Vorbereitung auf Seiten der Arbeiterklasse.

Im 3. Teil des EWG-Artikels: zur Entwicklung in England, Frankreich, Italien und der BRD. Welche Ziele wollen die Imperialisten in der EWG durchsetzen?
Der Neo-Kolonialismus der EWG-Imperialisten. ■

Dritte Gewalt des Kapitals

Während in anderen kapitalistischen Staaten, z.B. Italien und Frankreich, Aussperrungen verfassungsrechtlich verboten sind und strafrechtlich verfolgt werden, konnte die Bourgeoisie in der Bundesrepublik in den letzten Jahren sich zunehmend gesetzliche Grundlagen schaffen, Aussperrungen als wirksames Instrument gegen die Arbeiterklasse einzusetzen. Parallel dazu wird durch den Gesetzgeber und die Gerichte das Streikrecht derart beschnitten, daß von der grundgesetzlich garantierten Streik„freiheit" nur noch eine Farce übrig geblieben ist.

Von Seiten der Gewerkschaftsführer ist gegen diese schleichende Faschisierung nichts unternommen worden. Stattdessen hatte z.B. die DGB-Führung die Frechheit, einen Beschluß des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts vom April 1971, der den Unternehmern volle „Aussperrungsfreiheit" mit einschneidenden Folgen für die betroffenen Arbeiter gibt, im allgemeinen zu „begrüßen" und äußerte nur in einigen Punkten „gewisse Bedenken" (DGB-Nachrichtendienst v. 21.4.71).

Ähnlich reagierten jetzt die DGB-Führer auf das Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg, das Aussperrungen zur einschneidenden Waffe der Unternehmer macht. Statt die Arbeiter darüber zu informieren und zum Widerstand zu führen, verweisen sie auf die Berufung gegen das Urteil vor dem Bundesarbeitsgericht. Dabei hat insbesondere die Praxis dieses Gerichts bewiesen, was kapitalistische Klassenjustiz heißt. Von der Gewerkschaftsführung werden so elementare gewerkschaftliche Rechte kampflos aufgegeben.

Da es in den letzten Jahren keine bedeutenden Kämpfe gab, konnte die Arbeiterklasse selbst noch keine Erfahrungen mit diesen „neuen" Rechten machen. Die Faschisierung des Arbeitsrechts konnte – unbemerkt und unbehelligt durch die Arbeiterklasse – vollzogen werden.

"Fürsorge" für Arbeitslose

Im Dezember 1971 legten über 200 Betriebe außerhalb Baden-Württembergs mit ca. 200 000 Beschäftigten ihre Produktion still. Mit „Nachschubschwierigkeiten durch den Streik" der Metallarbeiter Baden-Württembergs begründeten die Unternehmer die Stillegungen.

Daß dieser Vorwand hergesucht war, wurde am Streikende deutlich. Mit einem Mal konnte die Produktion sofort wieder anlaufen, obwohl zwischenzeitlich überhaupt noch kein „Nachschub" produziert und schon erst recht nicht geliefert sein konnte! Durch die hergesuchte Begründung sollten Aussperrungen in breitem Umfang legalisiert werden, die sonst wegen der tariflichen Friedenspflicht nicht möglich gewesen wären. Mit dem Druck, sie seien an der massenhaften Arbeitslosigkeit schuld, sollte den streikenden Metallern die „Unsinnigkeit" und „Verwerflichkeit" ihres Tuns vor Augen geführt werden.

Kein Paragraph des Arbeitsrechts schützt die Arbeiterklasse vor dieser Willkür. Den Kapitalisten dagegen kam zu diesem Zeitpunkt die vorübergehende Schließung der Betriebe ganz passend, da die Läger damals übervoll waren und die Kapitalisten Absatzschwierigkeiten hatten. So war bei VW z.B. sowieso Kurzarbeit geplant; als dann in Baden-Württemberg der Streik begann, machte VW „wegen Motorenmangel" wenige Tage später dicht.

Für die betroffenen Arbeiter bedeutet das Verlust ihrer Löhne und damit automatisch auch des Krankenversicherungsschutzes und Nichtanrechnung dieses Zeitraums bei Rentenansprüchen. Ihre wirtschaftliche Existenz ist einschneidend getroffen.

Mit einem Ende November letzten Jahres ergangenen Urteil des Landessozialgerichtes Baden-Württemberg wird dem ganzen nun die Spitze aufgesetzt. Aufgrund einer Klage des Arbeitgeberverbandes wurde entschieden, **daß zukünftig an die Arbeiter, die durch derartige Willkür der Kapitalisten arbeitslos werden, keine Arbeitslosenunterstützung durch die Arbeitsämter gezahlt werden darf!**

Dadurch würde, heißt es zynisch in der Urteilsbegründung, in das „Rechtsschutzbedürfnis" der Arbeitgeber eingegriffen, die einen „Rechtsanspruch" darauf hätten, daß in ihren Arbeitskampf nicht eingegriffen wird.

Diese Erpressung der Arbeiterklasse ist also arbeitsrechtlich geschütztes Recht der Unternehmer. Für die betroffenen Arbeiter bedeutet der Entzug auch der Arbeitslosenunterstützung – die immerhin auch durch ihre Beiträge finanziert wurde – entweder den Verzehr mühsam erworbener Ersparnisse oder Bittgang zur Fürsorge. Deren Unterstützungssätze sind allerdings so gering, daß sie unterm Existenzminimum liegen und Verschuldung droht. Auch können sie nur kurzfristig gezahlt werden. Auf größere Zahlungsverpflichtungen wären die zuständigen Gemeindekassen nicht eingerichtet, und es wäre dann kein Geld mehr vorhanden.

Grundlage für das Urteil ist der Paragraph 116 des 1969 von der Großen Koalition erlassenen „Arbeitsförderungsgesetzes". Darin heißt es erstens:

„Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden." (1) Konkretisiert wird dies dann auf Arbeitnehmer, die sich an einem Streik beteiligen (2) und Ausgesperrte der betroffenen Tarifgebiete (3.1). Durch das Verbot der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung an Streikende oder Ausgesperrte soll die „Wirksamkeit" von Aussperrungen der Unternehmer erhöht werden. Denn obwohl dann die Arbeitsverhältnisse zeitweilig ruhen und der Ausgesperrte als „arbeitslos" gilt (renten- und versicherungsrechtlich auch!), dürfen keine Anträge auf Unterstützung ans Arbeitsamt gestellt werden. (Dieselben Arbeitsämter sind übrigens im Falle von Streiks und Aussperrungen durchaus verpflichtet, dem Unternehmer weiterhin Arbeitskräfte als Streikbrecher zu vermitteln!)

Der zweite Teil des § 116 besteht aus einem dehnbaren Gummiparagraphen, auf dem auch das neueste Urteil fußt. Danach darf kein Arbeitslosengeld gezahlt werden, wenn „ die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen würde".

Was „beeinflussen" bedeuten soll, und welcher Arbeitskampf mit „den" gemeint ist, wird im Gesetz nicht erläutert. Das Stuttgarter Gericht hatte so also die Möglichkeit, die Zahlung von Unterstützung an Arbeitslose sogar in streikfreien Gebieten als „Beeinflussung" zu verbieten.

Die schwammigen Gummiparagraphen, deren Bedeutung überhaupt nicht einzuschätzen ist, sorgen zunächst für eine reibungslose Verabschiedung dieser arbeitsrechtlichen Vorschriften, ohne daß sich Protest erhebt. Die weitere „Auslegung" wird dann den Gerichten überlassen, deren Entscheidungen für die Zukunft dieselbe Bedeutung wie Gesetze haben. Auf diesem Wege sind in den letzten Jahren die Rechte der Arbeiterklasse immer mehr eingeschränkt worden. Nach dem Stuttgarter Urteil ist z.B. denkbar, daß demnächst in einem gleichen Fall gewollter Produktionseinstellungen in arbeitskampffreien Gebieten wie im Dezember 1971, auch Betriebe der Zulieferindustrie, z.B. Reifenproduktion, Massenentlassungen vornehmen würden und dann auch keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden darf!

Oder daß im Falle eines Streiks bei Krupp z.B. an alle auch schon vor dem Streik arbeitslosen Metallarbeiter dann keine Unterstützung mehr gezahlt wird, da sie dadurch von Streikbrecherarbeiten abgehalten würden, was nach § 116 und dem neuen Urteil natürlich eine „Beeinflussung" des Arbeitskampfes wäre!

Volle Aussperrungsfreiheit der Unternehmer...

Anfang 1967 streikten ca. 40 Croupiers, sämtlichst Mitglieder der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die an den Spielbanken Bad Neuenahr und Bad Dürkheim beschäftigt waren. Mit dem Streik sollte ein neuer Haustarif zwischen der HBV und den Spielbanken erzwungen werden, nachdem der alte Tarifvertrag seit 18 Monaten abgelaufen war. Der Unternehmer sperrte nun im Laufe des 40-tägigen Streiks die Croupiers zweimal aus und stellte parallel dazu schnell ausgebildete Hilfskräfte als Croupiers ein.

Nach Abschluß des Arbeitskampfes wurden mehrere Croupiers nicht wieder eingestellt, so daß die Gewerkschaft HBV vorm Arbeitsgericht Klage einreichte.



Anläßlich dieses relativ bedeutungslosen Arbeitskampfes fällte der Große Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG), also das höchste Gremium des obersten Arbeitsgerichts, vier Jahre später am 21.4.71 „im Interesse der Fortbildung des Rechts und der Sicherung einer einheitlichen Rechtssprechung" (GS vom 21.4.71) die Grundsatzentscheidung, die Aussperrungen zur einschneidenden Waffe der Kapitalisten macht.

Aussperrungen durch die Unternehmer seien „zulässig", da nur so „möglichst gleiche Verhandlungschancen bestehen. Auf andere Weise kann die Tarifautonomie unter Ausschluß der staatlichen Zwangsschlichtung nicht funktionieren."

eine suspendierende Aussperrung durchaus ihren Sinn". Und weiter in der Grundsatzentscheidung: „Gegenüber schon streikenden Arbeitnehmern hat eine derartige Maßnahme ebenfalls Bedeutung. Einmal kann der Arbeitgeber u.U. zu einem späteren Zeitpunkt noch zur lösenden Aussperrung übergehen... Zum anderen hat es der Arbeitgeber nach einer Aussperrung in der Hand, wann er die Arbeitnehmer nach Streikbeendigung, je nach den betrieblichen Gegebenheiten, stufenweise wieder beschäftigt..." Besonders bei Hochkonjunktur werden die Kapitalisten diese Form bevorzugen, da die Arbeitsverträge nicht vollständig gelöst sind und die Arbeiter zwischenzeitlich nicht abwandern können. Andererseits

Chancengleichheit durch Aussperrungen? Allein aus wirtschaftlichen Gründen sind Streiks nur dann erfolgreich, wenn die Kapitalisten lieber etwas mehr an Löhnen zahlen, weil sie noch mehr an Profiten hereinbekommen. Haben sie jedoch die Möglichkeit, beliebig lange auszusperren, so sind ihre Arbeiter der Erpressung ausgesetzt, entweder zu den gestellten Bedingungen zu arbeiten oder ... von der Fürsorge zu leben.

Der Große Senat gibt ja denn auch offen zu, daß nur deswegen auf die staatliche Zwangsschlichtung verzichtet werden kann, die Tarifautomie also tatsächlich keine ist.

Das BAG unterscheidet zwei Formen von Aussperrungen, die „suspendierende", bei der später alle Belegschaftsangehörigen wieder eingestellt werden müssen; und die „lösende", bei der die Wiedereinstellung in „billigem Ermessen" der Geschäftsleitung liegt.

Die „suspendierende" Aussperrung

Die Eskalation der Erpressung soll, wie das BAG den Kapitalisten vorschlägt, zunächst mit der „suspendierenden" Aussperrung beginnen. Sie kann, ebenso wie die „lösende", auf einen willkürlichen Kreis der Belegschaft begrenzt werden (z.B. bestimmte Abteilungen, alle Streikenden, alle Streikposten usw.) und ganz nach Belieben erweitert oder wieder zurückgenommen werden. Denn die Arbeitgeber, hieß es in einem Urteil des BAG vom 14.10.60 schon, „müssen in der Lage sein, den Arbeitnehmern das volle Risiko des Arbeitskampfes vor Augen zu führen..."

Das BAG führt nun den Kapitalisten ganz offen weitere Gründe für eine „suspendierende" Aussperrung auf: „In den letzten Jahren sind in verstärktem Maße Schwerpunktstreiks ... ausgerufen worden ... Sperrt demgegenüber die Arbeitgeberseite die noch nicht streikenden Arbeitnehmer des Betriebes oder der Branche aus, so hat

kann nach Streikende die Produktion stufenweise wieder aufgenommen werden, wobei auch „marktmäßige Notwendigkeiten" berücksichtigt werden dürfen. Die Unternehmer sparen also zusätzlich erhebliche Lohnkosten!

Die „lösende" Aussperrung

Wenn sich „auf Arbeitnehmerseite ... der Arbeitskampf zu besonderer Intensität entwickelt ... etwa dadurch, daß der Streik längere Zeit andauert", oder „liegt ein rechtswidriger Streik vor" (also nicht mit dem Segen der Gewerkschaftsführungen versehen), wird den Kapitalisten vom BAG die „lösende" Aussperrung empfohlen, die nicht zur Wiedereinstellung aller Beschäftigten verpflichtet. Sie kann auch auf einen Teil der Belegschaft begrenzt werden, z.B. wenn der Kapitalist Arbeitsplätze einsparen will und diese „wegrationalisiert". Hinterher werden nur die betroffenen Arbeiter nicht wieder eingestellt. Auf diesem Wege können sämtliche Einspruchsrechte des Betriebsrates gegen derartige Pläne nach dem Betr.V.G, einschließlich der Möglichkeit, Sozialpläne durchzusetzen, umgangen werden. Die Kapitalisten brauchen nur einen Arbeitskampf von längerer Dauer zu provozieren, können dann zur „lösenden" Aussperrung übergehen und rationalisieren dann zwischenzeitlich! Streikführer können besonders diskriminiert werden, vor allem bei „wilden" Streiks. „War der Streik dagegen rechtswidrig", heißt es dazu im Grundsatzbeschluß, „braucht der Arbeitgeber solche Arbeitnehmer nicht wieder einzustellen, die die Rechtswidrigkeit des Streiks erkannten oder erkennen mußten und sich trotzdem in diesem Streik hervorgetan oder ihn sogar angezettelt haben".

Die Urteile des BAG geben der Kapitalistenklasse einen abgestuften Katalog an „Maßnahmen" gegen die Arbeiterklasse bei zu hohen Lohnforderungen, „rechtmäßigen" und „rechtswidrigen" Streiks, Schwerpunktstreiks, für notwendige Rationalisierungen und Stillegungen und gegen einzelne Teile der Arbeiterklasse, besonders fortgeschrittener Kämpfer, an die Hand.

...bei eingeschränkter Streikfreihheit

Während so einerseits die Freiheit der einzelnen Unternehmer, gegen ihre Arbeiter zu kämpfen, ständig ausgebaut und ausgeweitet wurde, wurde andererseits das Streikrecht der Arbeiterklasse parallel dazu in den letzten 20 Jahren ständig weiter eingegrenzt.

Da das völlige Verbot von Streiks wegen der Stärke der Arbeiterbewegung und der zu offensichtlichen Parallele zum Faschismus Anfang der 50er Jahre nicht möglich war, wurde der Abbau des Streikrechts schrittweise vollzogen. Nach dem Tarifvertragsgesetz von 1949 muß jeder Tarifvertrag die „tarifliche Friedenspflicht" beinhalten, nach der Arbeitskämpfe während der Gültigkeit des Vertrages und darüber hinaus, wenn ein Schlichtungsverfahren vorgesehen ist, verboten sind. Wer sie verletzt, muß Schadenersatz leisten. Faktisch kommen hierfür nur die Arbeiter in Frage, die ansonsten bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten gezwungen

sind, für die bisherigen Löhne weiter zu arbeiten.

Streikverbot im Betrieb

1951 wurde das Betr.V.G. mit seinem § 49 erlassen, in dem es heißt: „Arbeitgeber und Betriebsrat haben alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebes zu gefährden. Insbesondere dürfen Arbeitgeber und Betriebsrat keine Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander führen“. (im „neuen“ Betr.V.G. der § 74) Damit war das Streikverbot auf Betriebsebene ausgesprochen: „Aus dem Regelungszweck dieser Vorschrift folgt, daß damit überhaupt ein Streik zur Erkämpfung einer Betriebsvereinbarung rechtswidrig ist“, schreibt Oberverwaltungsgerichtsvizepräsident a.D. Dr. C. H. Ule in einem Rechtsgutachten für die Arbeitgeberverbände mit dem Titel „Streik und Polizei”.

Noch weiter ging das Arbeitsgericht Frankfurt im Januar letzten Jahres, als 600 Arbeiter bei den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM) in Frankfurt die Arbeit niederlegten, als die Geschäftsleitung nach der tariflichen Lohnerhöhung von den nach einer Betriebsvereinbarung zugestandenen außertariflichen Zulagen insgesamt wieder 1,5% vom Lohn strich.

Das Frankfurter Arbeitsgericht erließ auf Antrag des VDM-Vorstandes am 12. Januar gegen 16 Arbeiter eine einstweilige Verfügung, die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie dem Unternehmen 100,– DM Entschädigung pro Mann und Arbeitstag zu zahlen hätten! Gezwungenermaßen mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden. (s.a. unseren Bericht im AK Nr. 15, Febr. 72)

Ein bezeichnendes Urteil kapitalistischer Rechtssprechung: Ein Unternehmer erfüllt vertragliche Verpflichtungen nicht, daraufhin wird die Arbeit von den Arbeitern zu diesen Bedingungen verweigert, und anschließend verdonnert das Arbeitsgericht die Arbeiter zu riesigem Schadensersatz!



Verbot politischer Streiks

Als 1950/51 das 1947 in der Montanindustrie eingeführte „Mitbestimmungsrecht“ durch einen vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Erhard ausgearbeiteten Gesetzentwurf wieder abgeschafft werden sollte, riefen die IGM und IG-Bergbau zu Urabstimmungen auf. Über 95% der Arbeiter stimmten für den Streik, sodaß Erhard den Gesetzentwurf zurückzog und die „Mitbestimmung“ sogar von der eisenschaffenden Industrie auf den Kohlebergbau ausgeweitet werden mußte.

Den Kapitalisten war das „Schreckgespenst“ des politischen Streiks deutlich vor Augen geführt. Adenauer machte den DGB-Führern klar, was es in der nächsten Zeit zum Verbot des politischen Streiks durchzusetzen gelte. In einem Brief an den damaligen DGB-Vorsitzenden hieß es: „. . . In



einem demokratischen Staatswesen kann es einen Streik gegen die verfassungsmäßigen Gesetzgebungsorgane nicht geben . . . Es kann keine Rede davon sein, daß die verfassungsgesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit (die Freiheit, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschließen) einer organisierten Minderheit, die die Gewerkschaften vom Ganzen gesehen sind, das Recht gibt, durch Niederlegung der Arbeit die Wirtschaft lahmzulegen, um dadurch bestimmte Akte der Gesetzgebung zu erzwingen...“

Schon kurze Zeit später nahmen die Gewerkschaftsführer Schadenersatzurteile gegen die IG Druck und Papier hin, in denen diese Gewerkschaft wegen des zweitägigen Zeitungsstreiks gegen die Verabschiedung des Betr.V.G. verurteilt wurde und gleichzeitig jeder politische Streik als „Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“ für „rechtswidrig“ erklärt wurde.

Präsident des BAG ein ehemaliger NS - Richter

Die von den damals höchsten arbeitsrechtlichen Instanzen, den Landesarbeitsgerichten, gefällten Urteile stützten sich in ihrer „Rechtskonstruktion“ auf das vom Arbeitgeberverband vorgelegte Rechtsgutachten Professor Nipperdeys. Nach der „Lehre“ Nipperdeys hat jeder das „Recht, seine Persönlichkeit frei zu entfalten“. Da die Persönlichkeit des Unternehmers sich in seinem Gewerbebetrieb „entfalte“, habe er einen „Rechtsanspruch“ darauf, daß sein Betrieb ungestört laufe. Von daher sei jeder Streik zunächst rechtswidrig, als Ausnahme komme nur der „sozial adäquate“ Streik in Frage. (Nach Nipperdeys Lehre entfaltet sich die „Persönlichkeit“ des Arbeiters wohl am besten dann, wenn er ordentlich ranklotzt und ihm hierbei „gebührender“ rechtlicher „Schutz“ gegeben wird!) Was Nipperdey unter „Sozialadäquanz“ versteht, hatte er schon 1940 als Mitglied der faschistischen Akademie für Deutsches Recht gefordert: Nicht „sozial adäquat“ und damit „rechtswidrig handelt immer derjenige, der gröblich gegen anerkannte Grundsätze des völkischen Zusammenlebens verstößt.”

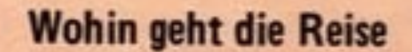
Natürlich mußten Mitte der 50iger Jahre einige Worte von Nipperdey umformuliert werden, sodaß es jetzt bei ihm hieß, rechtswidrig sei alles, was sich nicht „innerhalb des Rahmens der geschichtlich gewordenen sozialethischen Ordnungen (Früher: „anerkannte Grundsätze”) des Gemeinschaftslebens (Früher: „völkisches Zusammenleben”) bewegt.”

Als Dank für seine Arbeit wurde Nipperdey von den Kapitalisten alsbald zum Präsidenten des BAG bestellt, das seine Urteile dann sämtlichst auf dieser Linie fällte. Hatte z.B. anläßlich des Zeitungsstreiks das Frankfurter Landesarbeitsgericht schon auf dieser faschistischen Argumentation die „Sittenwidrigkeit” des Streiks mit Begründungen wie „Handlungen dieser Art waren in aller Öffentlichkeit als rechtwidrig bezeichnet worden, u.a. durch die Stellungnahmen des Bundeskanzlers”. so stellte das BAG fest, es seien alle „Arbeitskämpfe im allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und den im Interesse der Gesamtheit liegenden sozialen Frieden beeinträchtigen.” (§ 1 des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit” von 1934: „Gemeinsamen Wohl von Volk und Staat...”)

Gewerkschaftsführer als Streikzähmer

Wenn Streiks auch nicht ganz zu verhindern sind, und manchmal als Ventil, damit die Arbeiter sich mal „Luft machen können”, auch wünschenswert sind, so muß ihre Kontrolle gewährleistet sein. Ganz offen wies daher das BAG unter Nipperdey den Gewerkschaften diese „Ordnungsfunktion” zu: „ .. Die Zulassung von Arbeitskämpfen kann nur in einem bestimmten Rahmen verantwortet werden. Dabei ist es wichtig, beim Ausbruch eines Streiks zu Kontrollzwecken Stellen einzuschalten, die wegen ihrer Stellung im Arbeitsleben, ihrer Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht und ihrem Wissen auf dem Gebiet des Arbeitskampfrechts die Gewähr dafür bieten, daß nur in wirklich begründeten Fällen gestreikt wird und daß im Falle eines Streiks die im Allgemeininteresse erforderlichen Kampfregeln eingehalten werden. Als solche Stellen kommen auf der Arbeitnehmerseite nur die Gewerkschaften in Frage. . Die Stellung der Gewerkschaften ist unersetzlich.”

Spontan streikende Kollegen ...



Wohin geht die Reise

Damit ist die Eingrenzung des Streikrechts noch nicht abgeschlossen, wie an den neuesten Diskussionen und Forderungen der kapitalistischen Arbeitsrechtler deutlich wird. So fordert der Arbeitsrechtler Bulla unter Berufung auf die „Sozialadäquanz” in einer „Festschrift” für Nipperdey, daß Lohnstreiks an die „Voten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung” gebunden sein müssen. Und Nipperdey selbst forderte in seinem „Grundriß des Arbeitsrechts” 1970, Arbeitskämpfe zur Durchsetzung von Forderungen über den Orientierungsdaten des Wirtschaftsministers zu verbieten!

Die Kapitalistenklasse hat sich für die Auseinandersetzung mit streikenden Arbeitern gerüstet. Falls das derzeitige Instrumentarium der Konzertierten Aktion und staatlichen Lohnleitlinien über die Gewerkschaftsführungen nicht „friedlich” durchzusetzen ist oder in ökonomischen Krisen zu „härteren” Methoden gegenüber der Arbeiterklasse gegriffen werden muß, kann jeder Streik illegalisiert und die Beteiligten schadenersatzpflichtig gemacht werden.

Nach § 32 des Arbeitssicherstellungsgesetzes, eines der „Notstandsgesetze”, können außerdem Dienstverpflichtungen und Verbote, den Arbeitsplatz zu wechseln, ausgesprochen werden. Wer dann wegen Teilnahme an einem „rechtswidrigen” Streik der Arbeit fernbleibt, ist mit Gefängnis zu bestrafen. Daß dann jeder Streik als illegal angesehen wird, machte der damalige Notstandsminister Benda im „Arbeitgeber”, dem Zentralorgan der Arbeitgeberverbände, klar: „Es ist eine geradezu absurde Vorstellung, daß dann die Arbeitnehmer keine anderen Sorgen als die nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen haben würden“. Und weiter: „ Es wäre auch eine Illusion, anzunehmen, der Staat könnte derartige Arbeitskämpfe, wenn sie dennoch entstehen würden, untätig hinnehmen. (in: Die Notstandsverfassung)

Bezeichnend ist auch, daß jetzt schon die Kapitalisten „Rechtsgutachten” in Auftrag geben, die sich mit möglichen Polizeieinsätzen bei Streiks beschäftigen. (z.B. 1972 das „Gutachten” Professor C.H. Ules für die Arbeitgeberverbände „Streik und Polizei”, das sämtliche Rechte der Unternehmer auf Polizeieinsätze gegen Streikende zusammenfaßt.)



...nach geltendem Recht: Kriminelle

Die Angst der Kapitalisten vor zukünftigen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse ist gewachsen. Zu recht. „Hinter jedem Streik”, zitierte Lenin um 1900 den preußischen Innenminister und Sozialistenverfolger Puttkamer, „lauert die Hydra (das Ungeheuer) der Revolution!”

Bundesgrenzschutz:

Bürgerkriegsarmee der Kapitalisten

Der „Bundesgrenzschutz“ erfüllte historisch zwei Aufgaben: einerseits hatte er die Grundlagen zu legen für einen neuen Militärapparat der westdeutschen Kapitalistenklasse, andererseits sollte er Keimzelle sein für eine spätere straff zentralisierte Bundespolizei.

Mit dem im Juni 72 verabschiedeten neuen BGS-Gesetz ist die Entwicklung zur Bundespolizei abgeschlossen. Jetzt geht es an den technischen und organisatorischen Ausbau dieser Bürgerkriegstruppe. Gleichzeitig wird versucht, durch intensive Propaganda in der Bevölkerung die Berechtigung einer militärisch bewaffneten und zum Morden ausgebildeten Polizei glaubhaft zu machen.

Die Entführung der israelischen Sportler durch palästinensische Revolutionäre nutzte Innenminister Genscher dazu aus, die Aufstellung einer Spezialeinheit des BGS anzuordnen, die durch Einzelkämpferschulung beste Ausrüstung mit modernsten Mordwerkzeugen und höchste Mobilität zur Speerspitze der Truppen des kapitalistischen Staates gegen die Arbeiterklasse wird.

Der deutschen Kapitalistenklasse war mit dem Ende des 2. Weltkrieges durch den Sieg der Roten Armee der Sowjetunion und der Alliierten Westmächte der faschistische Machtapparat und die Wehrmacht aus der Hand geschlagen. Bald nach 45 aber ging sie wieder daran – mit voller Unterstützung vor allem seitens der USA – sich einen neuen Machtapparat aufzubauen.

1951 wurde die paramilitärische Polizeitruppe BGS (Bundesgrenzschutz) gegründet. Im „BGS-Taschenbuch“, das von Offizieren des BGS herausgegeben wird, liest sich das so:

„Nach verschiedenen anderen Plänen konnte es dann im Frühjahr 51 zu dem Beschluß des Bundestages kommen, gestützt auf den Artikel 87,1 GG, einen Bundesgrenzschutz aufzustellen, der als *__Polizei des Bundes__* (Sonderpolizei) *__truppenmäßig gegliedert__* (Polizeitruppe) *und in einer Stärke von zunächst 10 000 Mann den Schutz der Demarkationslinie zwischen der BRD und der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands übernahm“.*

Ganz gezielt hatte man für den BGS brotlos gewordene Wehrmachts und SS-Offiziere angeworben. Der BGS war somit ein Sammelbecken aller übrig gebliebenen faschistischen Militärs. Die Verherrlichung des Militarismus als Bestandteil faschistischer Ideologie gehörte zur ideologischen Standardausrüstung jedes BGS-Angehörigen. Der damalige Innenminister Lehr sagte bei der Begrüßung der ersten Truppen des BGS 1951: „Ihr habt Euch den männlichsten (?) Beruf und die vornehmste Aufgabe erwählt!“



Ausbildung der Scharfschützen des BGS, die der Spezialeinheit zur „Terroristenbekämpfung“ zugeteilt worden sind.

Auch heute noch prägen Faschisten der alten Garde die politisch-ideologische Linie im BGS. Paul Boullay z.B., derzeitiger Brigadegeneral im BGS und Kommandeur der BGS-Schulen in Lübeck, stammt aus der engsten Umgebung von SS-Führer Himmler und gehörte dem Stab der schlimmsten Mördertruppe der SS – den „Bandenkampfverbänden“ – an. (Himmler war Reichsführer der SS, seit 43 Innenminister. Er hat die Gestapo angeführt und die KZ's und Massenmorde organisiert.)

Die „Bandenkampfverbände“ waren SS-Einheiten, die speziell zur Bekämpfung von Partisanengruppen bzw. Widerstandskämpfern aufgestellt worden waren. Zu ihren Aufgaben gehörte es, in den von den deutschen Truppen besetzten Ländern, in denen es starke antifaschistische Widerstandsgruppen gab, – (Frankreich, Griechenland, Italien z.B.) – ganze Dörfer und Städte niederzubrennen und Menschen, die als „partisanenverdächtig“ galten, zu ermorden oder in KZ's zu verschleppen.

Mit dieser Art von Erfahrung ist Boullay besonders „gut“ dafür geeignet, den BGS anzuführen – vor allem wenn man die Aufgabe des BGS berücksichtigt, für die er von vornherein gedacht war, die aber erst im Lauf der letzten Jahre deutlich geworden ist: __Die blutige Niederschlagung von politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse.__

BGS – Kaderstamm der Bundeswehr

Im BGS zog man den Kaderstamm eines neuen Militärapparates heran. Im Jahr 56 wurde die Bundeswehr gegründet – ein Jahr, das in etwa den Abschluß der Konsolidierung der westdeutschen Kapitalistenklasse markiert: die Arbeiterbewegung war zurückgedrängt, ihre Forderungen nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Demokratisierung des Lebens, ihr Kampf gegen die Wiederbewaffnung waren abgeschlagen. 56 war auch das Jahr des KPD-Verbots, das für die Arbeiterklasse eine schwere Niederlage bedeutete.

Zwei Drittel der BGS-Verbände wechselten in geschlossenen Einheiten in die Bundeswehr über. Ein großer Teil des Materials und der Unterkünfte überließ der BGS ebenfalls der neugegründeten Bundeswehr.

Die im BGS verbleibenden Truppenteile wurden von da an systematisch auf **ihre spätere Aufgabe als Bundespolizei – auf ihren Einsatz im Inneren** – vorbereitet.

Zu den in die BW übergegangenen BGS-Truppen sagte Adenauer, damals Kanzler: „Die Männer, die vor Jahren wieder die Uniform anzogen, um Volk und Heimat zu schützen, sind als Träger bester (!) deutscher Tradition und staatsbürgerlicher Gesinnung berufen, bei der Wiedergeburt deutschen Soldatentums an hervorragender Stelle mitzuarbeiten. Aber auch diejenigen, **die im BGS verbleiben, haben eine Aufgabe zu erfüllen, deren Bedeutung keinesfalls hinter derjenigen der Streitkräfte zurücksteht (!).**“

Zweierlei wird aus der Entwicklung der Bundeswehr aus dem BGS deutlich:

1. Den Plan einer neuen Wehrmacht hatten die Kapitalisten nie aufgegeben. Kurz nach dem Krieg aber hatten sie Rücksicht zu nehmen auf die starke antimilitaristische Stimmung in der Bevölkerung. Deshalb wurde eine Phase vorgeschaltet, in der zwar konsequent ein militärischer Apparat aufgebaut wurde, aber unter dem Deckmantel einer Grenzsicherungstruppe, die vor angeblich drohenden Angriffen aus der DDR schützen sollte.
2. Ebenfalls zum damaligen Zeitpunkt bestand der Plan, den BGS weiter zu einer Bundespolizei auszubauen, mit einer „Aufgabe, deren Bedeutung keineswegs hinter derjenigen der Streitkräfte zurücksteht“!

Dafür spricht auch, daß bereits 1950 die SPD-Fraktion (!) im Bundestag den Antrag gestellt hatte, daß alle Länder verpflichtet werden sollten, dem Bund auf Anforderung des Innenministeriums ein Zehntel ihrer Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen.

Der Schritt zur Bundeswehr war 56 getan und ohne einen für die Kapitalisten gefährlichen Widerstand in der Arbeiterklasse über die Bühne gegangen. Der Schritt zum Ausbau des BGS zur - aus alten Nazi-Zeiten bekannten und für die Kapitalisten bewährten - Bundespolizei war noch zu tun.

Gesetze werden nachgeliefert

Nach der Verfassung war das Einsatzfeld des BGS als Grenzsicherungstruppe auf den Grenzbereich beschränkt. Als Bundespolizei aber mußte der BGS überall einsetzbar sein.

Obwohl die gesetzliche Grundlage für den Einsatz im Inneren Anfang der 60iger Jahre noch nicht bestand, wurde der BGS bereits damals auf diese Aufgabe hin gedrillt: 64 führten BGS-Verbände in Bayern und Badenwürttemberg Planspiele durch, bei denen Fabriken „wieder freigekämpft“ werden sollten, die von „roten Banden“ besetzt gehalten wurden. Ortschaften, in denen sich „Aufständische aufhalten“, sollten mit Panzern und Atillerie „gesäubert“ werden.

Brigadegeneral Boullay zu der Frage, ob das nicht Einsätze außerhalb der Legalität seien (mehrere BGS-Angehörige hatten sich geweigert, an derartigen Übungen teilzunehmen) kaltschnäuzig: „Entscheidungen am Rande der Legalität sind im Berufsleben des BGS-Beamten unvermeidlich“. (zitiert nach „Die Tat“, Nr. 6/72)

Die Notstandsgesetze - 68 mit den Stimmen der SPD-Fraktion im Bundestag verabschiedet - , lieferten dann den juristischen Boden für den Einsatz von BGS und Bundeswehr im Inneren: gegen streikende Arbeiter, Betriebsbesetzungen, politische Massenkämpfe...

In welchem historischen Licht die BGS-Planer einen möglichen Einsatz ihrer Truppen im Inneren der BRD sehen, wird in einem Artikel der „Zeit“ beschrieben: „Wie der BGS sich selbst versteht, ...wurde vor einigen Jahren auf einer Kommandeurstagung deutlich: Einem Planspiel 'Straßenkampf' legte man die Ergebnisse des Warschauer Aufstandes von 1944 als 'Erfahrungen' und 'Regeln' für einen möglichen BGS-Einsatz im Landesinneren zugrunde.“(„Zeit“, 22.9.72) Beim „Warschauer Aufstand“ handelt es sich um den verzweifelten Versuch des polnischen Volkes, sich von der faschistischen deutschen Besatzungsmacht zu befreien, den die SS, geführt von Himmler, im Blut ertränkte. Alle aufständischen Stadtteile wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Aufgrund des breiten Protestes gegen die NS-Gesetze in der Bevölkerung wurde die Möglichkeit, Bundeswehr und BGS im Inneren einzusetzen, scheinbar begrenzt. Es wurde festgelegt, daß dieser Einsatz erst dann gerechtfertigt sei, wenn der Bundestag festgestellt habe, daß ein „innerer Notstand“ bestehe.

Das neue BGS - Gesetz

Im vorigen Jahr nun wurde auch diese letzte Hürde genommen. Im Juni 72 verabschiedete der Bundestag das neue BGS-Gesetz: danach kann jetzt der BGS gegen die Bevölkerung eingesetzt werden, auch ohne daß erst der „innere Notstand“ erklärt werden muß.

Innenminister Genscher sagte dazu im Juni dieses Jahres im Bundestag:

„Dem BGS sind neben seiner Hauptaufgabe, der polizeilichen Sicherung unserer Grenzen in den vergangenen Jahren weitere Aufgaben zugewachsen. Die Sicherheitslage der BRD und die zu erwartende Entwicklung (!) erfordern die Bereithaltung eines zusätzlichen, jederzeit abrufbaren Sicherheitspotentials beim Bund zur Unterstützung der Länder auf deren Anforderung. Der BGS als Polizei des Bundes, dem schon mit den Grundgesetzänderungen des Jahres 68 (Notstandsgesetze) Aufgaben der inneren Sicherheit zugewiesen wurden, ist dieses zusätzliche Sicherpotential.“

Der letzte Schritt zur überall einsetzbaren, zentralisierten, schwerbewaffneten Bundespolizei war damit getan.

„ ... töten, ohne Überlegung“

Jetzt geht es an die technische und organisatorische Verwirklichung dieser inzwischen „legalen“ Bürgerkriegstruppe.

Der BGS soll 1973 um 2.000 Mann auf 22.000 verstärkt werden. Der Anteil der Steuergelder, der für den Ausbau des BGS verwendet wird wurde 1972 von etwa 300 Mio DM auf 503,9 Mio DM erhöht und soll in diesem Jahr auf weitere 565,4 Mio DM erhöht werden. Unter anderem ist eine Hubschrauberstaffel geplant, die die Mobilität der



Grenzschutzstreife an der Demarkationslinie – auch bei Wind und Wetter – rund um die Uhr –

Standardausrüstung jedes BGS-Angehörigen: Kalte-Kriegs-Ideologie (Bild und Unterschrift aus einer Werbezeitschrift des BGS, herausgegeben von Innenminister Genscher.)

BGS-Einheiten außerordentlich erhöhen wird. Diese Staffel soll so stationiert werden, daß sie „in kürzester Zeit alle Ballungsgebiete" (sprich Industriegebiete) erreichen kann.

Innenminister Genscher nahm die Entführung der israelischen Sportler durch palästinensische Revolutionäre während der Olympiade zum Vorwand, die Aufstellung einer Spezialeinheit des BGS „zur Terroristenbekämpfung" anzuordnen. Bis Ende März 73 soll sie voll einsatzfähig sein. Insgesamt soll sie 188 bestens geschulte Männer umfassen und Standorte in der gesamten BRD haben.

Die Springerpresse beschrieb blutrünstig Funktion und Bewaffnung dieser Truppe: „Zur notwendigen Ausrüstung zählen sie u.a. großkalibrige Revolver, Maschinenpistolen, Jagdgewehre mit Zielfernrohren für Präzisionsschüsse (anstelle der beispielsweise in Fürstenfeldbruck benutzten halbautomatischen Militärsturmgewehre), Funkwagen, Nachtzielgeräte amerikanischen Typs, die das Sternlicht ausnutzen, und umfangreiches Nachrichtengerät... Die Spezialbeamten des Bundes müßten einem schwerbewaffneten, feuerbereiten Gegner mit der Einstellung gegenüber treten, im Notfall zu töten - ohne Überlegung (!) und mit dem ersten Schuß!" („Bild am Sonntag", 17.9.72) „Im Notfall" - das gerät zur inhaltsleeren Floskel, die man anstandshalber dazu setzt. Denn sollen die BGS-Beamten „ohne Überlegung" schießen und töten, dann können sie auch nicht darüber grübeln, ob denn nun ein „Notfall" vorliegt oder nicht.

Nein, diese Beamten werden dazu ausgebildet, auf einen Befehl hin bedingslos zu töten, alles spricht dafür.

Mit diesen Mordtruppen der Kapitalistenklasse hat die Arbeiterklasse zu rechnen.



BGS - Übung — Einsatz gegen wen?

Skandal in der Krimsiedlung

Unter der Überschrift „Krach um Krim-Siedlung — die Bismarcks sollen vor den Landtag" erschien ein Artikel in der Hamburger Morgenpost. Die sog. Krim-Siedlung zwischen Aumühle und Friedrichsruh gehört den Fürsten von Bismarck, (denen u.a. auch der Sachsenwald gehört). In dieser Siedlung wohnt der größte Teil der in dem Fürstlich-von-Bismarckschen Sägewerk beschäftigten türkischen Kollegen.

Zwei SPD-Politiker (wohl auf verspäteter Wahlreise) hatten in der Siedlung skandalöse Dinge wahrgenommen und sich empört: für 20 Menschen gibt es nur eine Wasserstelle, eine winzige Toilette ohne Spülung, eine offene Sickergrube vor der Haustür - kurz menschenunwürdige Zustände.

Natürlich sind die Zustände in der Krim-Siedlung „skandalös", der eigentliche Skandal liegt aber wohl doch da, daß diese Zustände nicht nur in der Krim-Siedlung herrschen, sondern in fast allen Unterkünften für ausländische Kollegen ähnlich sind.

In der BRD leben zur Zeit über 2 Mio. ausländische Kollegen. Nach Schätzungen der Caritas leben allein 80% der in Hamburg arbeitenden Kollegen in solchen menschenunwürdigen Behausungen.

Helmut Seik, Betriebsleiter des Bismarckschen Sägewerks, meint, daß das auch in Ordnung sei, denn „die Türken haben Angst, in komfortablen Wohnungen zu leben. Sie können sich auch nicht an unsere Lebensgewohnheiten anpassen", und Johann-Friedrich Loss von der Bismarckschen Verwaltung ergänzt: „Die Gastarbeiter wollen doch nur Geld machen". Dann lügt er unverfroren: „In der Krim-Siedlung bezahlen sie nur 15 Mark, in den von uns angebotenen Wohnungen müßten sie 50 Mark bezahlen". Aber die ausländischen Kollegen hatten von solchen „angebotenen Wohnungen" noch nie etwas gehört.

Bewußtheit und Organisierung stärken!

Warnstreiks auf Kieler Großwerft

Anfang November fanden bei Howaldt-Deutsche-Werft in Kiel Streiks gegen die Streichung des Tonnagegeldes (einer betrieblichen „Leistungsprämie") statt. Die Arbeiter von HDW-Kiel gehörten im September 1969 zu den kampfstärksten Belegschaften der westdeutschen Metallindustrie. Der jetzige Kampf gegen die Streichung des Tonnagegeldes wurde jedoch nur von einem kleinen Teil der ca. 10 000 Mann starken Belegschaft getragen und endete mit einer Niederlage. Mitentscheidend dafür war die bornierte Politik sowohl der DKP als auch super„linker" Gruppen, die in Kiel bislang eine größere (und entsprechend auch schädlichere) Rolle gespielt haben als andernorts.

Der nachfolgende Bericht der Kieler Gruppe des KB, die erst seit kurzer Zeit besteht, schildert den Ablauf dieser Auseinandersetzungen, untersucht die Gründe der Streikniederlage und versucht daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Vorangestellt ist diesem Bericht eine kurze Zusammenfassung der Streiks der Howaldter im September 1969, um das unterschiedliche Kräfteverhältnis gegenüber heute deutlich zu machen.

Bericht der Betriebszelle HDW - Kiel

Am Dienstag, den 9. September 1969, also 8 Tage nach Abschluß des Tarifvertrages, der eine Erhöhung der Löhne um 8% und eine Laufzeit von 13 Monaten vorsah, begann der Streik bei HDW-Kiel. Etwa 500 bis 1 000 Arbeiter hatten sich nach der Mittagspause vor dem Verwaltungsgebäude getroffen. Sie beschlossen, für eine Angleichung ihrer Löhne an die des Hamburger HDW-Betriebes zu streiken (der Lohnunterschied machte 38 Pfg. beim Effektivlohn und 17 Pfg. beim Ecklohn aus.)

Unter Führung einiger DKP-Kollegen zogen die Werftarbeiter mit roten Fahnen durch die einzelnen Abteilungen, forderten die übrigen Kollegen zum Streik auf und erreichten bereits am ersten Tag eine Streikbeteiligung von 70 % im Werk Gaarden.

Am nächsten Tag streikte auch das Werk Dietrichsdorf; insgesamt jetzt 90 % der Belegschaft. Die Kollegen kamen zunächst pünktlich zur Arbeit, stempelten, zogen ihre Arbeitskleidung an und versammelten sich, der Aufforderung der Betriebszeitung „Werft Echo" der DKP folgend, um 7 Uhr vor dem Verwaltungsgebäude. Faktisch also eine Betriebsbesetzung. Auf der Streikversammlung wurden noch einmal die Forderungen aufgestellt und über das weitere Vorgehen beraten. Die Kollegen wählten eine Streikleitung und beschlossen, sich regelmäßig zu Streikversammlungen zusammenzufinden. Ihre Forderungen lauteten:

1. Voller Lohnausgleich mit Hamburg ab sofort;
2. Beibehaltung aller bisher gezahlten betrieblichen Leistungen (Tonnage-Geld usw.);
3. Für die Streikzeit muß voller Lohn gezahlt werden;
4. Keine Repressalien gegen streikende Kollegen.

Am nächsten Tag führten die Kollegen eine 3 000 Mann starke Demonstration durch. Ihre Parole: „Wir gehen jetzt zur Direktion - für gleiche Arbeit gleicher Lohn!"

Die Streikfront wurde immer stärker.

Am 18.9. streikte die gesamte Belegschaft. Erneut demonstrierten die Kollegen durch Kiel und hielten eine Kundgebung auf dem Rathausplatz ab. Die Teilnehmerzahl war auf 8 000 angeschwollen. Andere Belegschaften bekundeten mit Warnstreiks, Grußadressen und Spenden ihre Solidarität.

Die Bevölkerung solidarisierte sich trotz übler antikommunistischer Hetze der Presse. In einigen Arbeiterkneipen gab es Freibier und kostenlos warme Würstchen für die streikenden Howaldter.

Der AStA der Kieler Universität solidarisierte sich mit den Streikenden und gewährte technische Unterstützung, z.B. den Druck von Flugblättern.

Nachdem die Belegschaft ein „Angebot" der Direktion am 12.9. sofort abgelehnt hatte und auch ein zweites „Angebot" vom 16.9. in einer geheimen Urabstimmung mit über Dreiviertel Stimmenmehrheit als ungenügend erklärt wurde, handelten die Direktion und der Betriebsrat am 19. 9. einen neuen Kompromiß aus, der vom Vertrauenskörper akzeptiert wurde und den Streik nach 11 Tagen beendete. Der Kompromiß sah vor:

1. 8 Pfg. akkordfähige Zulage auf den Ecklohn rückwirkend ab 1.9.69 und weitere 4 Pfg. ab 1.1.70
2. 4 von 9 Streiktagen werden bezahlt
3. Keine Maßregelung für Streikende.

Dieses Ergebnis, insbesondere die Nichtbezahlung der gesamten Streikzeit, wurde zwar von vielen Kollegen heftig kritisiert und zunächst weigerten sich auch noch 500 Kollegen, wieder an die Arbeit zu gehen. Insgesamt wurde das Ergebnis aber als Erfolg betrachtet.

(Übrigens: Die teilweise Nichtbezahlung der Streikzeit hat die von der Direktion erhoffte Wirkung nicht verfehlt. Viele Kollegen sprachen sich jetzt beim Kampf gegen die Streichung des Tonnagegeldes gerade mit der Begründung gegen einen Streik aus, daß sie sonst „wie im September wieder Lohnausfall" hätten.)

Nach Beendigung des Streiks versuchte die Geschäftsleitung Teile des Kompromisses wieder rückgängig zu machen: Unter Mißachtung der Vereinbarung entließ sie zwei Kollegen. Am 29.9. und am 30.9. legte die Belegschaft daraufhin erneut für mehrere Stunden die Arbeit nieder und streikte die Kollegen wieder rein. Zunächst hatte die Direktion nur die eine Entlassung zurückgenommen und wollte für die andere eine „zweitägige Überprüfung". Die versammelten Arbeiter rührten sich jedoch nicht von der Stelle und zwangen die Direktion, nach zwei Stunden auch die Wiedereinstellung des zweiten Kollegen bekanntzugeben.

Sowohl die Streikleitung als auch die DKP unterließen die Entlarvung des reaktionären Betriebsrates, der dem Streik von Anfang an feindseelig gegenüberstand. Sie überließen ihm sogar die Aushandlung des Kompromisses mit der Geschäftsleitung. Der Vertrauenskörper, der diesem Kompromiß zustimmte, war während des Streiks funktionsunfähig. Einzelne Vertrauensleute hingegen nahmen führend an der Organisierung des Streiks teil.

HDW-Kapitalisten in der Offensive

Die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegte Werften-Enquête (Untersuchungsbericht) fordert eine umfassende Umstrukturierung der westdeutschen Werftindustrie.

Den weitreichenden EWG-Plänen der Bourgeoisie Rechnung tragend, haben die Werftkapitalisten unter aktiver Mitwirkung des kapitalistischen Staates bereits umfassende Rationalisierungs- und Umstrukturierungsinvestitionen eingeleitet. Die Streichung des Tonnagegeldes, die die Empörung der HDW-Arbeiter hervorrief, reiht sich ein in eine ganze Serie von Angriffen wie: bereits durchgeführte und weiterhin geplante Entlassungen, die Verschärfung der Akkordhetze, die Einführung neuer hinterhältiger Akkordsysteme (z.B. der Programm- und Prämienlohn), die Entlassung von politisch Verdächtigen und ehemaligen Streikführern. Die Streichung des Tonnagegeldes ist nur die Spitze eines Eisberges, die Ankündigung noch viel umfassenderer Schläge von Seiten der nunmehr in den staatlichen Salzgitter-Konzern eingegliederten HDW-Kapitalisten.

Kurzfristig kam es den Kapitalisten mit der provokatorischen Streichung der einmaligen Tonnagegeld-Zahlung von 100,- DM auf folgendes an:

■ zu prüfen, wie stark ist die Kampfkraft der Belegschaft, mit welchem Widerstand der Arbeiter haben die Kapitalisten in der Metalltarifrunde und bei ihren weiteren zukünftigen Angriffen zu rechnen.

■ herauszufinden, wo die aktiven Kerne im Betrieb sind.

■ Isolierung und Entlassung der kampfbewußtesten Arbeiter.

■ Demonstrative Organisierung einer Niederlage, um die Arbeiter einzuschüchtern und zu demoralisieren.

Die Forderung nach Bezahlung des Tonnagegeldes

Das Tonnagegeld wurde 1961 anläßlich der Fertigstellung des Bau Nr. 1 000 als eine Art Leistungsprämie, als „Anerkennung für die geleistete Arbeit, für die Einhaltung der Termine, die geleisteten Überstunden" usw. eingeführt. Beim Wegfall des Milchgeldes, der Betriebsfeste und ähnlichem wurde stets auf das Tonnagegeld verwiesen.

Im September 1969 hatten die HDW-Arbeiter in ihrem 10-tägigen Streik nach Abschluß des Tarifvertrages u.a. die Forderung aufgestellt: „Beibehaltung aller bisher gezahlten betrieblichen Leistungen", wozu auch das Tonnagegeld gehört. Die abschließende Vereinbarung sagte dann weder ja noch nein dazu. Mit dem Tarifabschluß für 1972, der auch die Zahlung von 30% eines 13. Monatslohns vorsieht, ist dann die Streichung dieser Septemberforderung eingeleitet worden. Er enthält nämlich die Bestimmung, daß die betrieblichen Zulagen bei der Auszahlung dieser 30% angerechnet werden können. Ein zusätzlicher Betrag der HDW-Geschäftsleitung besteht darin, rückwirkend auch noch die 100,- DM Tonnagegeld aus dem Jahre 1971 anzurechnen.

Vor allem aus diesem Grund waren die Kollegen äußerst empört. Einige meinten, daß es nicht so schlimm sei, wenn das Tonnagegeld ab 1973 abgezogen würde. Die Mehrheit der Kollegen war jedoch prinzipiell gegen die Streichung des Tonnagegeldes, und ein Teil forderte außerdem die Zahlung von 70% eines 13. Monatsgehaltes, wie dies im Salzgitter-Konzern allgemein üblich ist und bei der Eingliederung von HDW in den Salzgitter-Konzern versprochen wurde.

Allein diese Tatsache zeigt, daß die Forderungen noch nicht einheitlich, nicht genügend ausdiskutiert waren. Das wirkte sich anschließend beim Beginn des Streiks äußerst negativ aus. Viele Kollegen wußten nicht, was los war und wurden überrascht.

Die DKP steigerte diese Verwirrung noch dadruch, daß sie zunächst alle drei Forderungen propagierte, dann nur noch für die prinzipielle Weiterzahlung des Tonnagegeldes auftrat, und zum Schluß (einer rein formal-juristischen Argumentation folgend) ausschließlich gegen die Streichung der 100,- DM von 1971.

Die ersten Streiks

Am Donnerstag, dem 2.11.72, versuchten 30 Kollegen aus der Schiffbauhalle in Gaarden einen Streik zu beginnen. Auf der übrigen Werft diskutierten die Kollegen über die Notwendigkeit eines Streiks und über die Möglichkeit, einen erfolgreichen Streik zu organisieren. In dieser Situation machte die Geschäftsleitung ein Zugeständnis. Sie erklärte sich bereit, 50,- DM zu zahlen - natürlich um zu beschwichtigen und die „Streiklust" abzubauen.

Der Betriebsrat konnte nach „zähen Verhandlungen" mit diesem „Verhandlungsergebnis" aufwarten. Dadurch sollte vertuscht werden, daß der BR gegen die Forderungen der Kollegen war und außerdem die Kollegen das ganze Jahr lang nicht über die Lohnkürzungsabsichten der Kapitalisten informiert hatte. Das „Zugeständnis" hatte jedoch noch einen weiteren Sinn. Es sollte die kampfbewußtesten Arbeiter „herauslocken":

Viele Kollegen deuteten dies „Zugeständnis" denn auch als ein Zeichen der Schwäche der Geschäftsleitung und meinten, durch einen Warnstreik würden sie sich die restlichen 50,- DM auch noch holen können. Diese Illusion wurde gefördert durch die Agitation und Propaganda der „Links"-Sektierer und der DKP.

Die DKP rief triumphierend: „die Direktion wackelt", und die Sektierer der „KPD/MLs" („Rote Fahne" und „Roter Morgen") stimmten ein: „dies zeigt ganz deutlich, sie haben Angst vor unserer Kampfbereitschaft".

Worauf es der Direktion wirklich ankam, nämlich mit dem Zuckerbrot die Kampfbereitschaft bei der Mehrzahl der Kollegen abzubauen und gleichzeitig mit der Peitsche die revolutionären Arbeiterkerne herauszulocken, zu sichten und zu zerschlagen, d.h. insgesamt auf geschickte Art eine Niederlage zu organisieren - das wurde nicht gesagt.

Am Freitag, dem 3.11.72, streikten ca. 500 Kollegen aus Maschinenbau, Schiffbau, E-Schweißerei, Brennerei, Schiffbauschlosserei und Teilen anderer Gewerke eine Stunde lang. Diesmal in Dietrichsdorf.

Die Streikenden versuchten die anderen Kollegen davon abzuhalten, an Bord zu gehen. Sie forderten sie zur Solidarität auf und diskutierten mit ihnen über die Richtigkeit der Forderungen und des Streiks. Viele Kollegen hatten aber bis dahin überhaupt noch nicht über die Forderungen diskutiert und über einen Streik erst recht nicht. Sie waren davon überrascht, gingen zwar an Bord, arbeiteten aber nicht, sondern guckten, „was weiter passieren würde".

Die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Kollegen nicht in den Streik mit einbezogen werden konnte, lag also nicht in erster Linie an technischen Mängeln, sondern vielmehr an der mangelnden Überzeugung der Kollegen über Notwendigkeit und Möglichkeit eines erfolgreichen Streiks. Die Sache war eben „noch nicht genug ausgereift".

Die „ML-Partei"-Sekten hingegen meinten, das hätte alles nicht geklappt, weil man nicht wie im September 69 mit roten Fahnen durch die einzelnen Betriebe gezogen sei. Ohnehin spielten die Sektierer eine klägliche, vor allem aber schädliche Rolle. Der Politik des 'wildgewordenen Kleinbürgers die Treue haltend, spurteten sie wild gestikulierend vor den angefahrenen Streikzug - allerdings viel zu weit voraus. Aus Angst, die Abfahrt zu verpassen, liefen sie zu früh los, stifteten Verwirrung und Unklarheit. So forderten sie in einem Flugblatt die Kollegen nach den Ereignissen in Gaarden (2.11.) dazu auf, sofort mit dem Vollstreik zu beginnen, sich zu versammeln und eine Streikleitung zu wählen - ohne das momentane Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen.

Fassen wir bis hierhin das Eingreifen der Gruppen kurz zusammen:



Stillegung HDW-Finkenwerder — Druckmittel gegen alle Werftkollegen

■ Die Tatsache, daß die Mehrheit der Kollegen noch lange nicht zum Vollstreik bereit war, daß noch nicht einmal die Forderungen klar waren, wurde einfach übergangen.

■ Über die Frage, wer organisiert den Streik, wurde frech hinweggehuscht. Es blieb der, wenngleich unausgesprochene Hinweis, „Die KPD/ML macht das schon". Praktisch, wirklich organisierend versuchten nur einige DKP-Kollegen einzugreifen. Die Sektierer hielten sich in der Praxis feige und keinen Mucks von sich gebend im Hintergrund.

■ Am schwersten wiegt allerdings, daß die politischen Absichten der HDW-Kapitalisten von keiner Seite enthüllt wurden. Im Gegenteil: man tat so, als ob es der Geschäftsleitung nur um die 50,- DM ginge. Damit wurden bei vielen Kollegen die Illusionen gestärkt, man könne sich sein Geld mit einem Handstreich holen.

Die Kollegen waren über das Maulheldentum der „KPD/ML" zu Recht empört. Sie vertraten die Auffassung, die Streiks sind zwar „ungesetzlich", aber trotzdem sollten die Vertrauensleute die Organisierung in die Hand nehmen.

Die Niederlage

Am Montag, dem 6. November, versammelten sich, diesmal wieder in Gaarden, einige hundert Kollegen vor dem Verwaltungsgebäude. Der DKP-Kollege Helmut Schlüter, der sich im September 1969 in der Streikführung großes Vertrauen der Kollegen errungen hat, stellte folgende Forderungen auf und begründete sie:

1. keine Anrechnung des Tonnagegeldes;
2. keine Repressalien gegen streikende Kollegen;
3. Bezahlung der Streikzeit;
4. verbindliche Zusage der Direktion, daß über eine „Harmonisierung der sozialen Forderungen im gesamten Salzgitter-Konzern" verhandelt wird.

Nach zwei Stunden gab die Geschäftsleitung die Zusage, am nächsten Tag um 12.00 Uhr zu den Forderungen der Arbeiter Stellung zu nehmen.

Im Gegensatz zu den Auffassungen der Arbeiter kam es der DKP besonders darauf an, die nach bürgerlichem „Recht" bestehende Ungesetzlichkeit des Streiks zu vertuschen. So sprach sie z.B. in Ausnutzung der Zusage der Direktion davon, die Direktion habe zur Versammlung am Mittwoch, also zum Streik „eingeladen". Genauso opportunistisch verhielt sie sich bezüglich der im Tarifvertrag festgelegten Bestimmung, daß betriebliche Zulagen bei der Auszahlung der 30% eines 13. Monatslohns angerechnet werden können. So schreibt das „Werft Echo", Betriebszeitung der DKP: „Eine Kannbestimmung im TV hebt nicht automatisch die jetzt noch gültige Betriebsvereinbarung auf." (nebenbei: von der Aufhebung der Betriebsvereinbarung war ja auch gar nicht die Rede, sondern von der Anrechnung der darin vereinbarten Beträge bei der Auszahlung des 13. Monatsgehaltes — wenn man schon um „juristische Korrektheit" besorgt ist !)

Anstatt also den Arbeitern aufzuzeigen, daß sie selbst bei der Verteidigung kleinster ökonomischer Forderungen schon gezwungen sind, die herrschende bürgerliche Gesetzlichkeit zu durchbrechen, versucht die DKP verzweifelt, die bürgerlichen Gesetze nach eigenem Gutdünken hinzubiegen. Im praktischen Kampf erwies sich das als äußerst schädlich. Als nämlich die Geschäftsleitung am nächsten Tag, am Dienstag, mit einem Flugblatt aufwartete, in dem sie

1. die bürgerlich-juristische „Rechtmäßigkeit" ihres Vorgehens bewies und
2. das Gerede von einer „Einladung" als Lüge bezeichnete,

wurden viele Kollegen unsicher.

Die DKP hatte sich nun derart im bürgerlich-juristischen Gestrüpp verfangen, daß sie ihre einzige Zuflucht nur noch im opportunistischen Zurückweichen erblickte: Sie schraubte ihre Forderungen zurück und beharrte nur noch auf der Auszahlung des Tonnagegeldes von 1971. Allein in diesem Punkt sind die Kollegen tatsächlich auch im bürgerlich-juristischen Sinne betrogen worden.

Die Anbetung der Gesetze erhielt ihre logische Entsprechung in der Politik der DKP gegenüber dem reaktionären Betriebsrat. Die DKP sprach sich gegen die Wahl einer Verhandlungsdelegation aus: „Für uns verhandelt der BR. Wir unterstützen nur seine Verhandlungsposition." Das war geradezu grotesk angesichts der Tatsache, daß sich der BR völlig auf die Seite der Geschäftsleitung gestellt hatte und gegen die Forderungen der Kollegen und ihre Warnstreiks anstänkerte.

Am Dienstag, dem 7.11., wurde Schlüter aus Gaarden weggeholt und in Dietrichsdorf auf ein Schwimmponton verbannt. In der Mittagspause ging er zu den Kollegen und hielt eine Rede. Er begründete erneut die Forderungen der Kollegen und ging auf die im Flugblatt der Geschäftsleitung enthaltene Lüge ein, daß das Tonnagegeld im voraus gezahlt würde und die Streichung des Tonnagegeldes von 1971 deswegen rechtmäßig sei.

An diesem Tag versammelten sich knapp 1000 Mann in Dietrichsdorf vor der Werkzeugausgabe. Helmut Schlüter hielt erneut eine

Rede vor den Kollegen. Die Mehrheit der Anwesenden stimmte durch Handzeichen dafür, vors Verwaltungsgebäude zu ziehen. Schlüter stimmte das Lied an: „So ein Tag, so wunderschön wie heute..." und die Losung vom September 69: „Wir gehen jetzt zur Direktion - für gleiche Arbeit gleicher Lohn."

Zunächst marschierten etwa 500 Kollegen mit, doch allmählich wurde der Zug immer kleiner, bis er auf ein Häuflein von 30 Kollegen zusammengeschmolzen war, die umringt von Meistern und Ingenieuren schließlich aufgeben mußten.

Helmut Schlüter wurde noch am selben Tag fristlos entlassen.

Warnstreiks gab es nicht mehr. Die Niederlage war vollständig.

Die richtigen Lehren ziehen!

Welche Lehren müssen aus der jüngsten Entwicklung bei HDW in Kiel gezogen werden?

Die jüngsten Auseinandersetzungen zeigen, daß auch größere spontane Kämpfe, wie z.B. die Septemberstreiks 1969, aus sich heraus keine lang dauernde Wirkung auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung haben, wenn es den Kommunisten nicht gelingt, das bewußte und organisierte Element in den Reihen der Arbeiter zu verankern.

Die Arbeiterklasse steht in ihren ökonomischen Kämpfen einer allseitig politisch kämpfenden Bourgeoisie gegenüber. Das erfordert die Antwort einer proletarischen Klassenpolitik, die sich sowohl vom rechtsopportunistischen Kapitulantentum als auch von „links"opportunistischer Klugscheißerei freimachen muß. Sonst bleibt das Feld letztlich den Plänen der Kapitalisten und der bürgerlichen Politik überlassen, wie sie von den SPD-Betriebsgruppen in Betriebsrat und Vertrauenskörper verfolgt wird.

Kiel und insbesondere HDW ist gerade deswegen ein lehrreiches Beispiel dafür, weil sowohl die DKP wie auch allerlei „Links"sektierer hier bislang eine größere Rolle gespielt haben als andernorts, wo sie kaum eine Bedeutung in den tatsächlichen Kämpfen der Arbeiterklasse hatten. Beide dürfen sich glücklich schätzen, den Erfolg der HDW-Kapitalisten mitorganisiert zu haben.

Das Getöne der rechten und der „linken" Opportunisten vom stetigen Aufschwung und der von Erfolg zu Erfolg eilenden Arbeiterbewegung wirkt angesichts der allseitigen Offensive der Bourgeoisie geradezu verbrecherisch. Dies laute Geschrei entspringt letztlich der opportunistischen Angst des Kleinbürgers vor der „übermächtigen" Bourgeoisie, vor der „Unveränderlichkeit" der herrschenden Verhältnisse – mag es sich auch genau entgegengesetzt kostümieren. Sie gebärden sich damit nur wie das bekannte Männlein, das durch eine düstere Straße geht und dabei laut und kraftprotzend gröhlt, um seine Angst zu verbergen und weil es sich einbildet, die „um ihn herum lauernden Feinde" dadurch „einschüchtern" zu können. Für die Arbeiterklasse ist ein derartiges Verhalten ihrer vorgeblichen „Führer" und „Interessenvertreter" schädlich, weil so Illusionen über das tatsächliche gegenwärtige Kräfteverhältnis erzeugt und Kräfte vorgespiegelt werden, die noch nicht existieren.

Die Bourgeoisie verfolgt politische Ziele in den ökonomischen Kämpfen der Arbeiter. Ihr kommt es darauf an, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse Kampferfahrungen sammelt, die ihr den weiteren Weg weisen. Sie will Niederlagen organisieren, und dafür greift sie auch gern einmal tiefer in die Tasche, als das bei einem Nachgeben notwendig wäre.

Dies in unsere Überlegungen für die praktische Arbeit und die praktischen Kämpfe grundlegend einzubeziehen, ist von ungeheurer Wichtigkeit. Denn es bedeutet,

- daß wir auch beim „Erkämpfen kleiner Erfolge" (beim „Kampf ums Teewasser", wie Lenin es nannte) für größtmögliche Einheit im Handeln sorgen müssen;
- daß wir grundsätzlich über die Ziele und Absichten der Bourgeoisie, über das gegenwärtige Kräfteverhältnis, über alle Schwierigkeiten der Kampfbedingungen und über die Aufgaben der Arbeiterklasse Klarheit schaffen und alle Illusionen und realitätsfernen Kraftmeiereien über „kurzfristige Entscheidungen" usw. entgegentreten müssen, weil diese die notwendige Klarheit verhindern;
- daß wir uns auf einen langfristigen Kampf einrichten müssen, in dem Erfolge und Niederlagen einander abwechseln, wobei es in beiden Fällen darauf ankommt, die richtigen Lehren für die Weiterführung des Kampfes bis zum endgültigen Sieg zu ziehen;
- daß wir aus diesem Grund darangehen müssen, die politische Schulung und den organisierten Zusammenschluß gerade der fortgeschrittensten Arbeiter voranzubringen, weil dies der Garant dafür ist, daß der Erfahrungsschatz der westdeutschen Arbeiterbewegung auch bei einem Zurückebben der spontanen Kämpfe erhalten bleibt; der Garant dafür, daß die Arbeiterbewegung in den künftigen Kämpfen mit besseren Voraussetzungen antritt und ein höheres Niveau an allgemeiner Bewußtheit, Organisiertheit und Erfolg erreicht. ■

Merck, Darmstadt

Gegenoffensive der Rechten

Im Anschluß an die Betriebsrats-Wahlen 1972 wurden 57 Mitglieder der IG-Chemie aus den Darmstädter Betrieben Merck und Röhm aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Der Grund: Sie hatten auf sog. „freien Listen" gegen die Einheits-Listen der IG-Chemie kandidiert und damit auch gegen die Richtlinien der DGB-Gewerkschaften zu den Betriebsräte-Wahlen verstoßen. – Bei den aus der IG-Chemie ausgeschlossenen Mitgliedern handelt es sich samt und sonders um r e c h t e Spalter und Demagogen, z.T. langjährige SPD-Betriebsratsfürsten.

Der Ausschluß dieser rechten Clique um die Betriebsräte Fleckenstein und Knierieme (beide Merck) wurde sowohl von den aktiven Vertrauensleuten der Darmstädter Chemie-Betriebe, als auch von der Geschäftsstelle der IG-Chemie gefordert und beantragt.

Der Hauptvorstand der IG-Chemie in Hannover ging zum Schein auf diese Forderung ein und verfügte den Ausschluß. Hierdurch gelang es der IG-Chemie-Führung auch, ihr seit dem Streik 71 reichlich lädiertes Image bei den aktiven Gewerkschaftern in Darmstadt wieder aufzubessern.

Indes war nur eine kurze „Anstandsfrist" vergangen, als im Dezember 72 der sog. „Beschwerdeausschuß" beim Hauptvorstand die Ausschluß-Verfügung wieder rückgängig machte. Dieser „Beschwerdeausschuß" ging damit auf einen Einspruch der rechten Fleckenstein-Clique ein und übernahm dessen offenkundig zusammengelogene und arbeiterfeindliche „Begründung".

Angesichts dieser Rücknahme entlarvt sich die vorherige Ausschluß-Verfügung durch den Hauptvorstand als Farce, als ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen zwei Gremien der Gewerkschaftsführung (Hauptvorstand und Beschwerdeausschuß). Der Zweck dieses Spiels war die Täuschung der klassenbewußten und linken Gewerkschafter in Darmstadt.

Diese betrachten die Rücknahme der Ausschlüsse richtig als Angriff der Gewerkschaftsführung auf die von ihnen erkämpften Positionen in Betrieb und Gewerkschaft. Offenbar hatten sie aus dieser Richtung keinen derartigen Angriff erwartet. Statt dessen hegten die Darmstädter Gewerkschafter bis zu einem gewissen Grad Illusionen über den politischen Charakter der Gewerkschaftsführung und verbreiteten solche Illusionen auch unter den Darmstädter Chemie-Arbeitern.

In Antwort auf den Angriff der Gewerkschaftsführung kündigte der fortschrittliche Gewerkschaftsführer der Verwaltungsstelle Darmstadt, H. G. Lang, sein seit 1955 bestehendes Arbeitsverhältnis mit der IG-Chemie. Mit Heinz-Günther Lang geht einer der letzten fortschrittlichen und aktiven Sekretäre der IG-Chemie.

In jahrelangem betrieblichem und gewerkschaftlichem Kleinkrieg gelang es einer immer stärker und größer werdenden Gruppe klassenbewußter Arbeiter und Angestellter, das politische Kräfteverhältnis in der Darmstädter IG-Chemie sowie in den wichtigsten örtlichen Chemiebetrieben zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern. Schrittweise konnte der Einfluß rechter SPD-Leute zurückgedrängt werden (vgl. unsere Artikel in AK 22 und 23). Es scheint indessen fraglich, ob die linken Merck-Arbeiter ihre Stellung in Betrieb und Gewerkschaft halten können, die im Vergleich zum allgemeinen Stand der Arbeiterbewegung in der BRD einem weit „vorgeschobenen Posten" gleicht. Die Gewerkschaftsführung versucht sich jedenfalls bei ihrem langfristig angelegten Angriff zur Liquidierung dieser Arbeit bestimmter Fehler und Mängel in der Merck-Arbeit geschickt zu bedienen.



Merck-Kollegen sperren während des Streiks 1971 die Straße ab, um zu verhindern, daß Streikbrecher das Werk betreten.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 22 und 23 analysierten wir ausführlich den Verlauf des Kampfes der linken Merck-Arbeiter gegen „ihre" Kapitalisten und deren Agenten im Betriebsrat und der örtlichen Gewerkschaftsführung:

Die Ausgangslage bei Merck war bis 1967 in etwa dieselbe wie in den meisten westdeutschen Großbetrieben: Ein seit zig Jahren im Amt waltender rechter SPD-Betriebsrat „regelte" alle Belange der Belegschaft, d.h. er setzte im Auftrag der Geschäftsleitung deren Interessen in der Belegschaft durch. Solidarität und Kampfkraft der Belegschaft wurden zerschlagen und „ersetzt" durch die „gute" Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat zur optimalen Ausplünderung der Belegschaft. Mit hochbezahlten Aufsichtsratsposten in Betrieb und Konzern, mit Posten als Stadtverordnete usw. usf. wurden Betriebsräte, die ihr „Geschäft" gut verstanden, reichlich belohnt.

Die Führer des alten Merck-Betriebsrates, Fleckenstein und Knierieme, verstanden ihr Geschäft außerordentlich gut. Für die Merck-Belegschaft organisierten sie eine Niederlage nach der anderen. Als offizielle „Arbeitnehmer-Vertreter" handelten sie ständig mit der Geschäftsleitung Sonderbestimmungen, sog. „Betriebsvereinbarungen" aus, die es diesen erlaubte, die Ausbeutung bei Merck ständig zu intensivieren, die gewerkschaftliche Organisierung abzubauen und die Widerstandskraft der Kollegen zu zerschlagen.

Die Fleckenstein-Clique hob selbst die minimalsten gewerkschafts-demokratischen Rechte der Belegschaft auf. Den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern war es nicht einmal erlaubt, ihre Vertrauensleute zu w ä h l e n. Statt dessen setzten Fleckenstein & Co Leute ihres Vertrauens in allen Abteilungen ein, um die Belegschaft so besser kontrollieren zu können.

An diesem Punkt setzte die Arbeit klassenbewußter Kollegen an. Eine Intensivierung der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit stärkte qualitativ und zahlenmäßig einen Kern linker Gewerkschafter. Das von Geschäftsleitung und rechter SPD-Betriebsrats-Clique durchgesetzte eines nach Nazi-Methode aufgebauten „betrieblichen Vertrauensmänner-Systems" konnte von diesen Gewerkschaftern durchkreuzt und „umfunktioniert" werden. Statt dessen wurde ein aktiver gewerkschaftlicher Vertrauenskörper im Betrieb gewählt. Dieser gab regelmäßig eine fortschrittliche Zeitung heraus, vertrat – gegen den entschiedenen Widerstand der Geschäftsleitung und der alten Betriebsrats-Clique – mit Erfolg die Interessen der Kollegen und verstärkte die gewerkschaftliche Basisarbeit.

Seine erste Feuertaufe bestand dieser junge Vertrauenskörper im Chemie-Streik 1971: Trotz massiver Polizei-Einsätze gegen die Streikenden, trotz wiederwärtiger Hetze der der bürgerlichen Presse und Briefsendungen der Kapitalisten an die Frauen der streikenden Kollegen, trotz Eingriffe der Staatsanwaltschaft gegen Streikführer und die IG-Chemie-Verwaltungsstelle, organisierten die Merck-Arbeiter unter Anleitung ihrer Vertrauensleute erfolgreich einen der härtesten Streiks der BRD in den letzten Jahren.

Die in diesem Streik entwickelte Kampf-Entschlossenheit der Merck-Arbeiter erschreckte die Kapitalisten gehörig. Um damit in Zukunft besser fertig zu werden, schickte die „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie" ihren Vorsitzenden und Spezialisten für Probleme des „Klassenkampfes von oben", Otto Esser, in die Geschäftsleitung von Merck, der „darin auch vor allem eine p o l i t i s c h e Aufgabe" sieht.

Ein neuer Höhepunkt in den betrieblichen Auseinandersetzungen

Forts. nächste Seite

bei Merck entwickelte sich im Verlauf der Betriebsrätewahlen 1972. Die rechte Fleckenstein/Knierieme-Clique erhielt Auftrag, in jedem Fall zu verhindern, daß aus dem Kreis der klassenbewußten Vertrauensleute die neuen Betriebsräte gewählt werden. Dies zu verhindern entsprach auch ihren eigenen Interessen, standen doch ihre hochdotierten Pfründe dabei mit auf dem Spiel. Entsprechend führte die alte Betriebsrats-Garde ihren Wahlkampf g e g e n die Vertrauensleute der IG-Chemie, die sie in übelster Weise beschimpften und verleumdeten. Nach dem Muster der gerade auf Hochtouren laufenden „Baader-Meinhof-Hetzjagd" der bürgerlichen Presse und des bürgerlichen Staates, wurden die Vertrauensleute als „linksradikale Spinner", „Utopisten" etc. angegriffen, die eine „Gefahr für den ganzen Betrieb" seien, die es auf eine „linksradikale Unterwanderung und Umfunktionierung der Gewerkschaft" abgesehen hätten und eine „allgemeine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat der BRD" seien.

Die hemmungslose Demagogie, mit der die alte Betriebsrats-Clique gegen die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner vorging, entlarvte sie vor einem Großteil der Merck-Belegschaft endgültig als Agenten der Kapitalisten. Unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen verloren Fleckenstein & Co mehr und mehr an Boden. Als ihnen klar wurde, daß sie so die Vertrauensleute nicht ausbooten konnten, kündigten sie die bis dahin oberflächlich gewahrte „Einheit der IG-Chemie-Mitglieder" auf und reichten eine eigene Spalter-Liste ein.

Die Merck-Kapitalisten griffen in den Wahlkampf zugunsten der Fleckenstein-Clique ein, beteiligten sich in ihrer Werkszeitung an der demagogischen Hetzjagd auf die IG-Chemie-Vertrauensleute, initiierten weitere Spalter-Listen („UAM" und „DAG"), lobten die „tüchtigen Verhandlungspartner" Fleckenstein & Co, heuerten Kriminelle an, die vor den Werkstoren mit gefälschten Betriebszeitungen aufkreuzten usw. usf. Das gemeinsame Vorgehen von Kapitalisten und rechten SPD-Betriebsräten gegen die linken Vertrauensleute lieferte auch der örtlichen bürgerlichen Presse reichlich Stoff und Munition, mit der sie ebenfalls gegen die Vertrauensleute und die IG-Chemie-Verwaltungsstelle hetzte. Schließlich griff noch der SPD-Oberbürgermeister in den Wahlkampf ein, indem er offensichtlich gefälschte Flugschriften zum Anlaß nahm, gerichtliche Schritte gegen Merck-Vertrauensleute einzuleiten, die von der örtlichen Staatsanwaltschaft liebend gern und bevorzugt behandelt wurden.

Trotz dieser breiten reaktionären Front gelang den Vertrauensleuten ein erstaunlicher Durchbruch bei den anschließenden Wahlen. Sie gewannen 14 von insgesamt 29 Sitzen im neuen Betriebsrat. Die anderen drei Listen bildeten sofort eine gemeinsame Front unter Führung von Fleckenstein und Knierieme. Diese wurden dann auch mit 15 gegen 14 Stimmen zu den Führern des Betriebsrates wiedergewählt.

Die betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen im Bereich der Darmstädter IG-Chemie zeigen deutlich, daß es gerade die Rechten, die seit zu Jahren im Amt waltenden SPD-Betriebsratsfürsten und ihr Anhang sind, die die Gewerkschaften spalten. Die sie spalten m ü s s e n, um auch weiterhin ihre politische Funktion in dieser Gesellschaft wahrnehmen zu können; und um ihre persönlichen Pfründe nicht zu gefährden, die sie sich als Entgeld dafür einhandeln, daß sie die Arbeiter und Angestellten an ihre Ausbeuter ausliefern.

Es geht hier nicht nur darum, daß Fleckenstein & Co durch Einreichen einer eigenen Spalterliste zu den Betriebsräte-Wahlen die „Einheit der Gewerkschaftsmitglieder" auch formal gespalten haben. Vielmehr zeigen die Darmstädter Auseinandersetzungen in aller Deutlichkeit und bis in die kleinste Einzelheit hinein, daß ihre ganze arbeiterfeindliche Politik dem W e s e n nach auf eine Spaltung der Gewerkschafts-Einheit geradezu abzielt. Für die rechten SPD-Parteigänger muß die Parole von der „Gewerkschafts-Einheit" nur dafür herhalten, die eigenen Machtpositionen in Betrieb und Gewerkschaft zu erhalten und sie gegen eine stärker werdende linke Arbeiter-Opposition zu verteidigen.

Die Parole von der „Gewerkschafts-Einheit" verkommt zur hohlen Phrase und zum bloßen parteipolitischen und karrieristischen Machtmittel, wenn sie nicht die Wahrung und Vertretung der Interessen der arbeitenden Klassen zum Inhalt hat.

Solange die Rechten die Vorherrschaft in den Gewerkschaften haben, führen sie die Parole von der „Gewerkschafts-Einheit" ständig im Munde, um die noch schwache, z.T. unerfahrene Opposition zu unterdrücken. Verändert sich das Kräfteverhältnis in der Gewerkschaft zu ungunsten der Rechten, gehen sie bedenkenlos zum Geschäft der Spaltung über.



Merck-Kollegen sperren ihr Werk ab.
Im Vordergrund ein Streikführer, Mitglied der Vertrauensleuteleitung.

Es geht den Rechten also nicht um Einheit, sondern bloß um Vorherrschaft in den Gewerkschaften. Ist die Vorherrschaft über das Ganze – unter der Parole der Einheit – nicht mehr gewährleistet, wird gespalten, um zumindest danach noch die Vorherrschaft über einen gewissen Teil zu behalten.

Über diesen Punkt darf sich die Arbeiterlinke keinerlei Illusionen machen!

Die Fleckenstein/Knierieme-Clique formuliert das auf ihre Weise in den Schlußsätzen ihrer 14-seitigen Stellungnahme an den Beschwerdeausschuß:

„Abschließend betonen wir erneut, daß wir uns trotz all dieser unerfreulichen Vorkommnisse (gemeint sind die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit den linken Vertrauensleuten – die Red.) nach wie vor zu Einheitsgewerkschaft IG-Chemie-Papier-Keramik bekennen.

Die Auseinandersetzungen in Darmstadt richten sich nicht gegen die Organisation, sondern einzig und allein gegen die politischen (!) Manipulationen von H. G. Lang, L. Kaufmann, H. Keimig, P. Knopf und ihren linksradikalen Anhang.

Wir werden auf allen Rechtswegen kämpfen, damit die Diktatur des Proletariats nicht nach volksdemokratischem Muster zum Zuge kommt und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in der Verwaltungsstelle Darmstadt erhalten bleibt."

Da haben wir nun das alltägliche Bekenntnis eines gewöhnlichen Rechtsradikalen, eingehüllt in den Mantel eines sozialdemokratischen Gewerkschafters: Einheitsgewerkschaft – gut und schön, aber ohne klassenbewußte Kollegen, bedingungslose Verteidigung der herrschenden kapitalistischen Ausbeuterordnung und Kampf gegen die Linken mit allen Mitteln.

Der Beschwerdeausschuß der IG-Chemie folgte der politischen Begründung der rechten Fleckenstein-Clique, wonach der konsequente Kampf gegen die linken Merck-Arbeiter notwendig sei und damit auch die Einreichung der Spalterliste. Damit akzeptiert die Gewerkschaftsführung ausdrücklich Brechen der Gewerkschafts-Satzungen und Richtlinien, wenn diese dem Kampf gegen die Arbeiterlinke dienlich ist.

Merck-Arbeiter auf „vorgeschobenem Posten"

Die klassenbewußten Gewerkschafter von Merck haben den Angriff der Gewerkschaftsführung (Ausschluß-Rücknahme der Fleckenstein-Clique) offenbar nicht erwartet, wie u.a. auch die resignierte Kündigung des IG-Chemie-Geschäftsführers H. G. Lang zeigt.

Noch gefährlicher für den Bestand der fortschrittlichen Merck-Arbeit wiegt die Tatsache, daß die linken Vertrauensleute die Masse der Kollegen im Betrieb auf diesen – durchaus vorhersehbaren – Angriff der Gewerkschaftsführung nicht vorbereitet haben.

Die Positionen klassenbewußter Gewerkschafter sind bei Merck in Darmstadt viel weiter entwickelt als in den meisten westdeutschen Betrieben. Das Niveau der betrieblichen und innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen ist dem für westdeutsche Betriebe – besonders der Chemie-Industrie – derzeit allgemein üblichen Kampfniveau weit voraus. Die Merck-Arbeiter stehen insofern auf „vorgeschobenem Posten". Die Gewerkschaftsführung hat über einen großen Teil der Merck-Belegschaft die direkte Kontrolle verloren. Daß sie dies nicht stillschweigend hinnimmt, war zu erwarten.

Wie kam die Arbeiterlinke bei Merck zu diesen Erfolgen in ihrer Arbeit? Was zeichnet ihre Arbeit aus?

Bezeichnend ist die „schlaue" Taktik, das Ausnutzen auch ganz geringer Widersprüche auf der Gegenseite sowie die über Jahre anhaltende Beharrlichkeit, mit der die gesteckten Ziele verfolgt werden. Diese Elemente unterscheiden die Arbeit der Merck-Linken grundsätzlich von ähnlichen Bemühungen der Revisionisten (DKP) und der Super„linken" (KPD/ML etc.), die – unfähig zu exakten Einschätzungen des jeweiligen Kräfteverhältnisses und ohne Blick für den nächsten möglichen und notwendigen Schritt – in hohle Phrasendrescherei und Parteiladen-Logik verfallen.

Allerdings wurden die Erfolge der Arbeiterlinken bei Merck auch „erkauft" durch opportunistische Zugeständnisse an die Geschäftsführung. Die Vertrauensleute verschwiegen den Kollegen ihre Widersprüche zu den Zielen der Gewerkschaftsführung. Mehr noch. Sie taten so, als seien diese im wesentlichen mit ihren eigenen Vorstellungen von konsequenter Gewerkschaftspolitik identisch. Ähnlich der Praxis der DKP wurde eine Taktik gewählt, die Gewerkschaftsführung den Kollegen gegenüber ausschließlich von ihrer „besten Seite" darzustellen. Dies sah dann etwa so aus, daß im „Gewerkschafter" mühsam herausgesuchte „fortschrittliche" Zitate von Hauenschild und anderen Gewerkschaftsgrößen kommentarlos publiziert wurden. Z.T. wurden sie den Taten der rechten Fleckenstein-Clique gegenübergestellt und so getan, als ob diese Politik gegen die Vorstellungen der Gewerkschaftsführer machen würden.

Dabei wurde geflissentlich der Widerspruch zwischen Worten und Taten der Gewerkschaftsführer verschwiegen und ebenso die politische Funktion bestimmter fortschrittlich anmutender „Sonntags-Schnacks" der Gewerkschaftsführer.

Auf diese Weise aber werden unter den Kollegen gefährliche Illusionen über den politischen Charakter der Gewerkschaftsführung genährt. Es wird der Tatbestand vernebelt, daß die Gewerkschaftsführungen „Agenturen der Kapitalistenklasse" sind, die dafür ausgehalten werden, daß sie die Arbeiterklasse im Sinne der Kapitalisten fest im Griff behalten. Solche Illusionen aber schlagen in Resignation um, wenn die Kollegen – entgegen der Propaganda der linken Vertrauensleute – plötzlich sehr schlechte Erfahrungen mit dieser Gewerkschaftsführung machen. So gab denn auch die Vertrauensleute-Leitung nach Bekanntwerden des Beschlusses des Beschwerdeausschusses in ihrer Betriebszeitung „Gewerkschafter" zu:

„Die Folgen dieses Beschlusses haben wir am 13. 12. 1972, um 7.15 Uhr, als die Zeitungsmeldung bekannt wurde, erstmals zu spüren bekommen, indem die ersten Austritte und Austrittsabsichten von Kollegen in größerem Maße geäußert wurden . . ."

Über sich selbst schreibt der Vertrauenskörper in dem gleichen offenen Brief an den Hauptvorstand der IG-Chemie und den Beschwerdeausschuß, daß „unser eigenes Vertrauen stark angeschlagen ist". Er führt weiterhin aus, daß „diese, für uns unverständliche Entscheidung, . . . es uns schwer (macht), im Betrieb noch ernst genommen zu werden".

Sicher sind diese Ausführungen des Merck-Vertrauenskörpers auch als taktisch zu verstehende „sanfte Drohung" an die Gewerkschaftsführung zu verstehen, die ganze Angelegenheit auch im eigenen Interesse wieder ins Reine zu bringen. Andererseits spiegeln sie die tatsächlichen Wirkungen des Beschlusses der Gewerkschaftsführung wider.

Die Vertrauensleute von Merck verkennen aber offenbar die Tatsache, daß es der Gewerkschaftsführung ziemlich gleichgültig ist, ob ein paar Hundert resignierte Kollegen kurzfristig aus der IG-Chemie austreten. Sie werden mangels anderer Möglichkeiten schon irgendwann wieder zurückkommen. Die Gewerkschaftsführer beabsichtigen mit ihrem Angriff ja gerade die Resignation der Kollegen, um – ganz im Sinne der Kapitalisten – die auch für sie gefährliche Kampf-Entschlossenheit der Belegschaft zu brechen.

Und Hauenschild wird sich vor Freude auf die Schenkel hauen, wenn er erfährt, daß die linken Vertrauensleute „im Betrieb nicht mehr ernst genommen" werden. Es war ja durchaus Ziel des Angriffs der Gewerkschaftsführung, die linken Vertrauensleute in der Belegschaft zu isolieren. Und dabei konnte sich die Gewerkschaftsführung geschickt der Illusionen bedienen, die die Vertrauensleute zuvor ahnungslos nährten, zumindest aber nicht aktiv und offensiv bekämpften.

Die Gewerkschaftsführung hat ein vitales Interesse daran, das Kräfteverhältnis in der Darmstädter IG-Chemie und den örtlichen Chemie-Betrieben zugunsten der Rechten zu verschieben. Genau dem diente die Rücknahme der Gewerkschafts-Ausschlüsse der rechten Fleckenstein-Clique.

Die aktiven Merck-Vertrauensleute und linken Betriebsräte selbst haben natürlich weniger Illusionen über die Gewerkschaftsführung, als sie „offiziell" in ihrem „Gewerkschafter" bekunden. Sie betrachteten das Lobhudeln gegenüber den Gewerkschaftsführern sicherlich mehr unter dem Blickwinkel, sich vorerst Unannehmlichkeiten von dieser Seite her zu ersparen. Man bemühte sich um einen „Burgfrieden" mit der Gewerkschaftsführung.

Aber Hauenschild & Co sind durch diese wohlgemeinte Taktik keineswegs hinters Licht zu führen. Diese Taktik ist eben nicht geeignet, sich einen „Burgfrieden" mit den Gewerkschaftsführern einzuhandeln. Es ist gerade die Taktik der Gewerkschaftsführung, die – stets um ihren Einfluß in den Betrieben besorgt – besonders für „Aufbau-Arbeiten" im Betrieb die Linken einsetzt, bzw. erst einmal gewähren läßt. Ist die Sache erst einmal richtig in Schwung gekommen, werden die Linken wieder abserviert und der Laden mit rechten SPD'lern besetzt. Es ist bereits eine gefährliche Illusion, Absichten und Möglichkeiten der Gewerkschaftsführung in diesem Punkt zu unterschätzen.

Unter der Überschrift „Merck als Vorbild?" setzen wir den Artikel im nächsten ARBEITERKAMPF fort. Wir untersuchen darin einige allgemeine Fragen kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. ■

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse, presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 17 000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Ausschluß-Taktik der Gewerkschaftsführung

Im Verlauf der Betriebsräte-Wahlen 1972 kam es in vielen westdeutschen Betrieben zu heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen linken Arbeiter-Fraktionen und rechten SPD-Parteigängern. In verschiedenen Betrieben gab es als Ergebnis solcher Kämpfe zwei Wahllisten, auf denen jeweils Mitglieder derselben Industrie-Gewerkschaft kandidierten. Entsprechend dem innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnis in einem Betrieb hielten in solchen Fällen mal die Rechten und mal die Linken die „offizielle" Gewerkschafts-Liste in Händen, während die zweite Liste dann als „freie Liste" eingestuft wurde.

Gewerkschaftsmitglieder von sog. „freien Listen" hatten in jedem Fall formal gegen die Richtlinien der Gewerkschaftsführung verstoßen und wurden nach der Wahl disziplinarisch belangt. Im Falle linker Gegenlisten führte dies fast generell zum Gewerkschafts-Ausschluß. Im Falle rechter Gegenlisten wandte die Gewerkschaftsführung ein mehr differenziertes Vorgehen an. So wurden in solchen Fällen häufig die Führer der Gegenlisten ausgeschlossen, während gegen andere Mitglieder solcher Listen zeitlich begrenzte Funktionsverbote, Rügen etc. ausgesprochen wurden.

Gegen Ende 1972 wurden sehr viele Gewerkschafts-Ausschlüsse zurückgenommen. Untersucht man diese Rücknahmen genauer, so ergibt sich folgendes Bild: Ausschlüsse gegen rechte SPD'ler wurden generell zurückgenommen. Ausschlüsse gegen linke Arbeiter und Angestellte wurden teilweise zurückgenommen, teilweise in Funktionsverbot und Rüge „umgewandelt", teilweise blieben sie bestehen.

Sieht man genauer hin, so ergibt sich: Sind die Gewerkschaftsführer der Meinung, daß es sich bei den Ausgeschlossenen um Mitglieder oder Sympathisanten kommunistischer Gruppen handelt (sog. „Maoisten" etc.), bleiben die Ausschlüsse bestehen. Handelt es sich dagegen um links-unabhängige, links-sozialdemokratische oder DKP-Kollegen, wurden die Ausschlüsse wieder zurückgenommen und gegebenenfalls in andere Disziplinar-Maßnahmen umgewandelt.

Die Ausschluß-Taktik der Gewerkschaftsführung demonstriert den geweiteten Vorgehen, das eindeutig politisch bestimmt ist. Die unterschiedliche „Behandlung" der Linken zielt auf die Isolierung ihrer radikalsten und konsequentesten Teile, der Kommunisten, sowie auf eine Integration des Restes.

Die Gewerkschaftsführer wissen, daß sie auf bestimmte Teile der Arbeiterlinken nicht verzichten können, wenn sie nicht riskieren wollen, die Kontrolle über einen größeren Teil der Arbeiterklasse zu verlieren. So wird der Ausschluß gegen (nicht integrierbare) Kommunisten kompromißlos durchgesetzt. Bei anderen linken Kräften erfüllt Ausschluß und spätere Rücknahme desselben die Funktion eines „Schreckschusses" zur „ernsthaften Ermahnung", sich in Zukunft doch besser der Gewerkschaftsführung zu fügen. Betroffene Kollegen sollen damit nach rechts gedrängt, der Opportunismus in der Arbeiterklasse verstärkt werden.

Mit der Zurücknahme von Gewerkschafts-Ausschlüssen gegen linke Kollegen kommen die Gewerkschafts-Führer auch dem veränderten Kräfteverhältnis in den Gewerkschaften zugunsten der Linken nach. – Früher waren die Positionen rechter SPD'ler in den betrieblichen Basis-Gremien der Gewerkschaften (Vertrauensleute-Körper) derart stark, daß die Linken stets von den offiziellen DGB-Listen ferngehalten werden konnten.

Auf etwaig auftretenden Gegenlisten kandidierten ohnehin nur linke Opponenten, gegen die die Gewerkschaftsführer dann bedenkenlos den Knüppel des Gewerkschafts-Ausschlusses schwingen konnten.

Heute stellt sich die Situation anders da. In vielen Vertrauenskörpern sind die rechten SPD'ler nur noch Minderheiten. Sie konnten sich z.T. bei den letzten Betriebsräte-Wahlen nicht immer vollständig durchsetzten. Diese Situation trieb sie häufig zu eigenen Wahllisten, mit deren Hilfe sie sich mehr persönlichen Erfolg zu holen hofften.

Die Gewerkschaftsführer sind natürlich grundsätzlich nicht daran interessiert, rechte SPD'ler aus den Gewerkschaften auszuschließen, bilden diese in den Organisationen doch ihre personelle Basis.

Andererseits können sie nicht so einfach linke Kandidaten von „freien Listen" aussperren, rechte dagegen ungeschoren lassen. Ein solches Vorgehen würden allein die eigenen Satzungen und Richtlinien unmöglich machen, die auch für die Gewerkschaftsführer rechtlich und formal bindend sind.

Aus dieser Zwickmühle befreien sich die Gewerkschaftsführer, indem sie erst einmal gegen alle „freien Listen" – ob nun linke oder rechte – weitgehend einheitlich disziplinarisch vorgehen.

Die Rücknahme von Ausschlüssen dagegen ist an solche einheitlichen Richtlinien nicht gebunden, sondern liegt im „freien Ermessen" der „Beschwerde-Ausschüsse". Hier ist eine unterschiedliche, d.h. politische Behandlung durchaus möglich. Es würde allerdings auffallen und dem Ruf der Gewerkschaftsführung insgesamt schaden, wenn die „Beschwerde-Ausschüsse" a l l e Ausschlüsse gegen Rechte sofort wieder aufheben und a l l e Ausschlüsse gegen Linke bestätigen würden. Also – hebt man Ausschlüsse gegen rechte SPD'ler insgesamt auf und ein paar von den Linken „zum Ausgleich" ebenfalls und kann so das Gesicht wahren.

Der ohnehin nicht ernst gemeinte Ausschluß gegen rechte SPD'ler dient der Gewerkschaftsführung zudem noch dazu, den Schein von Demokratie und Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten. Er erlaubt es den Gewerkschafts-Führern so zu tun, als gehe es ihnen gar nicht um die Liquidierung einer bestimmten politischen Position in den Gewerkschaften, sondern bloß um die Aufrechterhaltung bestimmter formaler Regeln (Verbot von Gegenlisten).

Die Gewerkschaftsführung kann so politische Neutralität und Unabhängigkeit vortäuschen und führt auf diese Weise auch klassenbewußte Kollegen hinters Licht. Wenn sich z.B. die linken Vertrauensleute von Merck über die Ausschluß-Rücknahme der 57 Rechten der Fleckenstein-Clique beschweren, weist die Gewerkschaftsführung nach Stuttgart und sagt: „was wollt ihr, bei Daimler haben wir doch die Ausschlüsse von drei linken Vertrauensleuten ebenfalls zurückgenommen". – Erst eine genauere Untersuchung der Ausschlußtaktik zeigt, daß dieses Mittel in der Hand der Gewerkschaftsführung eine politische Waffe zur Niederhaltung des Kommunismus in der Arbeiterbewegung ist.

"Zentrale Demonstration" in Bonn

Am 14. Januar hat in Bonn eine „zentrale Vietnamdemonstration" stattgefunden, an der große Teile der westdeutschen Linken teilgenommen haben. Der Kommunistische Bund hat sich an dieser Demonstration, ebenso wie an der „zentralen Demonstration" in Dortmund gegen die Ausländerverfolgung am 8.10.72 nicht beteiligt. Was sind die Gründe?

Die Bonner Demonstration ist ebenso wie die Dortmunder Demonstration im vorigen Jahr, vom Zirkelblock NRF/KBB organisiert worden. Dieser Block hat Zeitpunkt und Ort der Demonstration festgelegt und hat sich dann an linke Organisationen und „fortschrittliche Persönlichkeiten" gewandt, sie sollten sich an dieser Demonstration beteiligen. Uns ist ein entsprechender Aufruf am 3. Januar zugegangen.

Der Aufruf des Zirkelblocks zur „zentralen Demonstration" hat ein gewisses Echo gefunden. So unterzeichneten ihn nachträglich die ABG München (eine Kommunistische Gruppe), der Landesjugendring und die Naturfreundejugend in Bremen, die Studentenvertretungen mehrerer Universitäten und Studentengruppen in Westberlin. Außerdem unterzeichneten zahlreiche „fortschrittliche Persönlichkeiten": Neben verschiedenen Uni-Dozenten (vor allem aus den Zirkelblock-Orten Bremen, Heidelberg und Göttingen) auch Pastor Niemöller, die Rechtsanwälte Schily und Hannover, ein Bremer Betriebsratsmitglied, ein Vorstandsmitglied der Bremer Lehrergewerkschaft u. a.m.

Das ganze Unternehmen ist allzu deutlich der DKP abgeguckt. Darin hat sich der Zirkelblock erfolgreicher gezeigt als die „KPD/AO", die mit ihren Vietnamkomitees" eine weniger geglückte Kopie der DKP-Taktik zu schaffen versuchte. Ziel dieser Taktik ist es, unter schändlichem Mißbrauch des vietnamesischen Befreiungskampfes anderen Organisationen eine bestimmte Politik aufzudrängen und sich in der „Öffentlichkeit" durch spektakuläre Aktionen bekannt zu machen. Die Liste „fortschrittlicher Persönlichkeiten" dient dann nur dazu, über die fehlende Verankerung der betreffenden Aktion in den Massen hinwegzutäuschen. Wir haben im AK 24 am Beispiel der Dortmunder Demonstration begründet, warum wir diese organisations-bornierte Vorgehensweise grundsätzlich ablehnen.

Entscheidend ist aber, daß der Charakter der Demonstration richtig gekennzeichnet wird. Also nicht zu sagen: diese Demonstration soll die Regierung unter Druck setzen und ausländische Diplomaten beeindrucken etc., wenn davon keine Rede sein kann.

Die aktuelle Hauptaufgabe ist die Verbreitung und Mobilisierung der Front gegen die US-Aggression in der BRD. Demonstrationen der Linken können dafür Agitations-Funktion haben. Diese Funktion hat aber eine Demonstration in Bonn nicht, die von der „Öffentlichkeit" überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden kann, und die von der bürgerlichen Presse ebenso wie die Dortmunder Demonstration totgeschwiegen werden wird. Eine solche Funktion kann aber z.B. ein zentraler Aktionstag mit parallelen Demonstrationen in den Arbeitervierteln mehrerer Großstädte haben.

Diese Begründungen sind im Wesentlichen:

1. man müsse in Bonn demonstrieren, denn das sei der „Sitz der Bundesregierung, die zur Aufgabe ihrer Unterstützung der US-Aggression in Indochina gezwungen werden muß";
2. man müsse in Bonn demonstrieren, „wo die Anwesenheit der diplomatischen Vertretungen aller Länder die größtmögliche Wirkung einer solchen Demonstration verspricht".

(Zitate aus einem Aufruf des „Sekretariats der Vietnam-Komitees Mannheim Heidelberg" und der „Kommunistischen Gruppe Neues Rotes Forum Mannheim Heidelberg", den Organisatoren der Bonner Demonstration).

Für den Kampf des vietnamesischen Volkes wäre es von Bedeutung, wenn die SPD/FDP-Regierung der BRD – des wichtigsten Verbündeten des US-Imperialismus – zur Aufgabe ihrer Unterstützung der US-Aggressionen gezwungen werden könnte. Dies würde den vietnamesischen Genossen erlauben, noch stärker die Widersprüche im imperialistischen Lager auszunutzen, um die Freiheit und den Frieden für ihr Land möglichst rasch zu erkämpfen.

Zu einem solchen Schritt müßte die Bundesregierung gezwungen werden, da sie ihn freiwillig nicht tun wird. Eine Demonstration der Linken allein, in Bonn oder irgendeinem anderen Ort, kann diesen Zwang nicht ausüben. Für die SPD/FDP-Regierung ist entscheidend, daß sie sich ihre verbrecherische Politik der Unterstützung der US-Aggression immer noch l e i s t e n kann, ohne ihre Massenbasis zu verlieren. Die Bundesregierung weiß, daß die meisten Menschen den US-Krieg in Vietnam ablehnen. Sie weiß aber auch, daß diese Ablehnung nicht jene Breite und Schärfe hat, die sie in den skandinavischen Ländern, in Italien, in Frankreich, in Australien usw. hat.

Wenn die Zirkelblock-Führer vorgeben, durch eine „zentrale Demonstration" der Linken Zwang auf die Regierung ausüben zu können, dann gleicht das der 1968 noch rührenden Illusion, die Notstandsgesetze durch eine Massendemonstration zu verhindern. Heute ist solche Illusions-Macherei nicht mehr rührend, sondern bloß noch widerlich.

Ebenso ist es mit dem Hinweis auf die „Diplomaten". Da soll so getan werden, als bestünde die „größtmögliche Wirkung" einer Vietnam-Demonstration darin, daß einigen ausländischen Diplomaten anschaulich vorgeführt wird, wieviel Menschen in der BRD gegen die US-Aggression sind. Na, da werden die Diplomaten aber einen Schreck kriegen! . . .

Dabei ist doch sonnenklar: die Herren ausländischen Diplomaten in Bonn lesen die bürgerlichen westdeutschen Tageszeitungen (mindestens drei verschiedene täglich) und können sich ein recht genaues Bild über die Breite der Bewegung gegen die US-Aggression machen: sie wissen, daß die Zahl der aktiven Demonstranten verhältnismäßig klein ist (verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern) und sie wissen, daß die Bonner Demonstration ein falsches Bild dieser Situation vermittelt. Sie können einschätzen, daß die Bewegung in der BRD gegen die US-Aggression noch keine „besorgniserregende" Breite und Schärfe hat. –

Wir möchten den Zirkelblock-Führern nicht vorwerfen, daß sie ihren eigenen Quatsch auch glauben. Umso schwerer wiegt aber ihre Schuld, derartige Illusionen zu verbreiten.

Natürlich sagen wir nicht, daß die Linken ohne aktive, breite Unterstützung der werktätigen Massen nicht demonstrieren sollten. So haben wir z.B. im Sommer 1971 in Hamburg die Demonstration gegen die Erschießung unserer Genossin Petra Schelm von der „RAF" gemacht, obwohl wir genau wußten, daß diese Demonstration keine Massenbasis hatte.

Das Modell der „zentralen Demonstration" ist der Studenten-Revolte entlehnt. Damals fanden zwei „zentrale Demonstrationen" statt: im Herbst 67 in Westberlin (Vietnam) und im Frühjahr 68 in Bonn (Notstandsgesetze). In der Begründung des Zirkelblocks für die angebliche aktuelle Notwendigkeit „zentraler Demonstrationen" finden sich konsequent jene Illusionen wieder, die schon die Demonstrationen gegen die NS-Gesetze 68 bestimmten und Ausdruck der revisionistischen Politik waren und sind. ■

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A022583

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1480, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

KIEL: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082332A

WESTBERLIN: Florian Geyer üb. Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

"So ist es nun mal in der Unternehmer-Gesellschaft"

Wie die Großdruckerei Officina Berliner Druckarbeiter um Lohn und Arbeit betrog, und wie Gewerkschaftsfunktionäre Kollegen-Solidarität bestraften.

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat am 15. Dezember letzten Jahres die im Westberliner Landesverband der Deutschen Journalisten Union organisierten Kollegen Jörg R. Mettke und Stefan Reisner aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Angeblicher Grund: die beiden dju-Kollegen hätten sich gewerkschaftsschädigend verhalten.

Wodurch fühlte sich die IG Druck und Papier geschädigt? Durch einen Spendenaufruf.

Zusammen mit dem Westberliner dju-Vorstand, deren erster und zweiter Vorsitzende Mettke und Reisner sind, haben sie eine Geldsammlung veranlaßt, die die ärgste Not der über Nacht entlassenen Drucker-Kollegen der stillgelegten Officina-Druckerei lindern helfen sollte. Mit dem Ausschluß der beiden Journalisten-Kollegen bestrafte der Gewerkschaftsapparat, was nach außen zwar als Organisationszweck der Gewerkschaft bezeichnet wird und sogar in der Satzung steht, was aber – wenn fortschrittliche Kollegen es verwirklichen – die arbeiterfeindliche Kabinettspolitik der Funktionärsspitze empfindlich stört: praktische Solidarität und gemeinsames Handeln der Drucker und Journalisten.

Die Großdruckerei Officina Gmbh & Co KG in Berlin-Marienfelde war eine sogenannte Abschreibungsfirma, die sich vor zwei Jahren in Berlin ansiedelte und insgesamt 18 Millionen Subventionen vom Senat bekam. Der Kapitalisten-Trick solcher Abschreibungsbetriebe besteht darin, die ja hauptsächlich aus den Steuern der Arbeiter aufgebrachten „öffentlichen Gelder" nicht – wie vorgesehen – zurückzuzahlen, sondern zu kassieren. Deshalb sind Abschreibungsfirmen darauf aus, keinen Gewinn zu machen, aus dem sich die Behörden die Millionen zurückholen würden. Nach drei Jahren können die Abschreibungs-Kapitalisten die gesamte Subventionssumme dann ganz „legal" behalten. Die Officina-Druckerei hat auch ganz offen mit diesem Raub-Trick westdeutsche Kapitalisten als Geldgeber angeworben, die inzwischen für ihre Einlagen von je 20 oder 30 000 DM rund 100 000 bis 120 000 DM bekommen haben.

Aber das war den Officina-Kapitalisten noch nicht genug. Um noch schneller und billiger die 18 Millionen vom Senat für sich einstreichen zu können, stellten sie den Druckereibetrieb schon nach zwei Jahren ein und setzten alle 187 Arbeiter über Nacht auf die Straße. Alle noch funktionierenden Betriebsteile hatten sie vorher gesellschaftsrechtlich abgetrennt, damit niemand Rückzahlungsansprüche geltend machen konnte. Die GmbH & Co-Anteile der pleite gegangenen Officina-Druckerei kaufte ein Strohmann billig auf, der die Maschinen im Wert von rund 60 Millionen DM jetzt nur noch ein Jahr lang in Berlin stehen zu lassen braucht, um dann den gesamten Verkaufserlös ungestört einkassieren zu können.

Die Officina-Kapitalisten hatten ihre Abschreibungs-Stillegung so rigoros eingefädelt, daß die entlassenen Drucker weder die ihnen noch zustehenden Augustlöhne noch die vom Arbeitgeber zu zahlenden Anteile zur Arbeitslosen- und Sozialversicherung erhielten. Die müssen sie nun – allerdings ohne große Aussichten auf Erfolg – einklagen. Die „freigesetzten" Officina-Kollegen wurden auch prompt vom Arbeitsamt abgewiesen, weil sie von Officina nicht einmal ihre Arbeitspapiere zurückerhalten hatten. Und als Drucker in Westberlin überhaupt Arbeit zu finden, ist so gut wie ausgeschlossen, weil immer mehr Betriebe dieser Branche zugemacht werden (allein 1972 waren es zehn). Manche der entlassenen Kollegen standen nach der Officina-Pleite zum zweitenmal vor dem Nichts: erst wenige Wochen zuvor waren sie vom Druckhaus Grunewald auf die Straße gesetzt worden, weil die beiden SPD-Zeitungen „Telegraph" und „Nachtdepesche" urplötzlich eingestellt worden waren.

Die 187 gefeuerten Kollegen der Officina schlossen sich in dieser Situation der ärgsten Not fest zusammen. Sie stellten Streikposten auf und verhinderten damit, daß noch nicht bezahlte Halbfertigprodukte, Papiervorräte und Maschinen von den Gläubigern aus dem Betrieb herausgeholt wurden. Sie organisierten einen Autokorso, bei dem sie Transparente und rote Fahnen mitführten, um gegen die betrügerischen Subventionsgesetze in Westberlin zu protestieren. Da der Senat nach Bekanntwerden der Officina-Pleite den mittellosen Kollegen großartig „rasche und unbürokratische Hilfe" versprochen hatte, zog etwa die Hälfte der Officina-Belegschaft zum Schöneberger Rathaus, um zu ermitteln, wo diese Hilfe denn bliebe. Der für Wirtschaft und Verkehr zuständige SPD-Senator König schickte ihnen erstmal ein großes Polizei-Aufgebot entgegen. Aber als die Kollegen hartnäckig auf der Zahlung ihrer Löhne bestanden, wie der SPD-Senator sie kühl mit einem Kapitalistenspruch ab: „So ist das nun mal in der Unternehmer-Gesellschaft."

Allerdings versuchten nicht nur die Officina-Kapitalisten und ihre Helfershelfer in den Behörden die Drucker-Kollegen so billig zu verladen. Auch die Westberliner Funktionärsspitze der IG-Druck und Papier lieh ihre Hand, die betrogenen Kollegen um ihre Rechte zu bringen. Vom Officina-Betriebsrat immer wieder angetrieben, Hilfsmaßnahmen einzuleiten, Unterstützung zu zahlen und juristische Beratung einzurichten, sprach der IG DruPa-Vorsitzende Gerd Ballentin zwar davon, sich um „unbürokratischen Einsatz der Arbeits- und Sozialämter" zu bemühen, betätigte sich in Wirklichkeit aber als hinterhältiger Abwiegler: er werde das schon in die Wege leiten, es sei eigentlich auch schon alles geregelt, wenn die Officina-Belegschaft nur keinen „Krawall" mache. Aber tagelang geschah gar nichts.

Da nahmen die Kollegen die Sache selbst in die Hand. Sie informierten auch Betriebsräte anderer Betriebe und riefen zur Solidarität auf. Schließlich konnte gemeinsam bei Ballentin die Einberufung einer Betriebsräte- und Vertrauensleute-Sitzung durchgesetzt werden. Eine sofortige außerordentliche Mitgliederversammlung hatte Ballentin strikt abgelehnt. Von vorneherein hatte der IG DruPa-Funktionär alles darangesetzt, eine breite Solidaritätsbewegung aller Kollegen der Druck-Branche zu verhindern. So entfachten die Gewerkschaftsfunktionäre zusätzlich zu dem Officina-Skandal, durch den die arbeiterfeindliche, betrügerische Subventionspolitik des Senats auf der Basis des sogenannten „Berlin-Hilfe-Gesetzes" offenbar geworden war, einen Gewerkschafts-Skandal, der enthüllte, daß den Funktionären ihre guten Beziehungen zu Senat und SPD-Spitze wichtiger sind, als die Interessenvertretung betrogener Drucker: Als sich die in der IG Druck organisierten Journalisten dem Solidaritätsaufruf der in Not geratenen Drucker-Kollegen spontan anschlossen und am 3. September ihrerseits zu einer Spendenaktion aufriefen, leitete der IG DruPa-Vorsitzende Ballentin ein Ausschlußverfahren gegen die Journalisten-Kollegen ein. Die exemplarische Disziplinierung begründete der Herr Gewerkschaftsvorsitzende so: die dju-Kollegen hätten eigenmächtig und unerlaubt öffentliche Erklärungen abgegeben und sich außerdem insofern gewerkschaftsschädigend verhalten, als die gesammelten Spenden in Höhe von rund 4000 DM nicht ausschließlich organisierten Kollegen zugute gekommen seien.

In Wirklichkeit hatten die dju-Kollegen das gesammelte Geld dem (gewerkschaftlich organisierten) Officina-Betriebsrat übergeben, der es in eigener Verantwortung natürlich an die am ärgsten in Not geratenen Entlassenen verteilt hatte. Was daran gewerkschaftsschädigend sein soll, hat keinem der Kollegen bisher so recht einleuchten wollen.

Die Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten Union hatte deshalb auf einer außerordentlichen Sitzung Ende Oktober letzten Jahres den Vorsitzenden des IG DruPa Hauptvorstandes, Leonhard Mahlein, nach den wirklichen Ausschlußgründen gefragt. Inzwischen hatte sich nämlich auch noch herausgestellt, daß die obersten Gewerkschafts-Funktionäre den Ausschluß-Prozeß nach allen Regeln der Kunst manipulierten. Zum einen gaben sie Beschwichtigungsparolen aus: Ballentin sei in der Gewerkschaftsspitze ohnehin sehr umstritten, deshalb werde sein Ausschlußantrag beim Hauptvorstand kaum durchkommen. Zum anderen sollte nicht etwa der gesamte Westberliner dju-Vorstand, sondern nur die beiden Vorsitzenden Jörg R. Mettke und Stefan Reisner ausgeschlossen werden, freilich ohne daß die Betroffenen, geschweige denn die anderen dju- und Drucker-Kollegen die schriftliche Ausschluß-Begründung je zu Gesicht bekommen hätten. Den Delegierten aller in der Bundesrepublik und Westberlin gewerkschaftlich organisierten Journalisten erklärte der IG DruPa-Oberfunktionär Mahlein kurz und bündig, außer den bereits geäußerten Gründen gäbe es noch weitere schwerwiegende Vorwürfe, die jedoch unter Verschluß gehalten werden müßten, „um eine Politisierung der Sache zu verhindern".

Im Ausschluß-Termin vor dem IG DruPa-Hauptvorstand sollten die beiden beschuldigten dju-Kollegen sich sogar schriftlich verpflichten, „ausdrücklich auf die Einrede mangelhaften rechtlichen Gehörs zu verzichten". Und als sich die Kollegen Mettke und Reisner gegen eine derartige Nötigung verwahrten und das Papier nicht unterschrieben, belehrte sie der Vertreter aus dem Landesbezirk Nordmark im Hauptvorstand, Uwe Körner, ungnädig: „Die Bewertung, ob das moralisch oder rechtlich anfechtbar ist, könnt ihr getrost uns überlassen." Immerhin wurde der Ausschluß-Termin vertagt und die angeschuldigten Kollegen bekamen die Antragsbegründung Ballentins sogar ausgehändigt – allerdings mit der Drohung, eine Weitergabe an Dritte würde zum sofortigen Ausschluß führen.

In dieser Antragsbegründung wird den dju-Kollegen zusätzlich vorgeworfen, der Spendenaufruf der gewerkschaftlich organisierten Journalisten sei in Organen veröffentlicht worden, die vom IG DruPa-Vorstand als „gewerkschaftsfeindlich" qualifiziert werden.

Mit „gewerkschaftsfeindliches Organ" war unter anderem der „umbruch" gemeint, den fortschrittliche Kollegen und Genossen in Westberlin herausgeben und der durch seinen Aufruf zum gemeinsamen solidarischen Kampf für die Rechte der Officina-Kollegen, durch umfassende und klare Information und wichtige Forderungen wesentlich zur Mobilisierung aller Kollegen in der Druck-Branche beigetragen hat.

Obwohl die Kollegen Mettke und Reisner in ihrer Entgegnung auf Ballentins Ausschluß-Antrag alle die konstruierten Vorwürfe mühelos entkräfteten, obwohl es von überall Proteste gegen die geplante Kollegen-Bestrafung hagelte und spontan zu Solidaritäts-Spendenaktionen ebenfalls für die Officina-Kollegen kam (z.B. in Hamburg auf Anhieb 600 DM) und obwohl die Deutsche Journalisten Union in der IG Druck und Papier bundesweit das Vorgehen des Berliner Landesbezirksfunktionärs und des Hauptvorstandes verurteilten (die von der Hamburger dju eingebrachte Forderung auf Zurückweisung des Ausschluß-Antrages und auf sofortige Rehabilitierung der Kollegen Mettke und Reisner war auf dem dju-Kongreß unter Funktionärsanleitung freilich unter den Teppich gekehrt worden), schloß der IG DruPa-Hauptvorstand die beiden Journalisten-Kollegen am 15. Dezember aus der Gewerkschaft aus. D[illegible]geblich noch vorhandenen „weiteren schwerwiegenden Vorwürfe" waren natürlich nicht erhoben worden. Weil es sie nicht gab.

Diese Disziplinierungsmaßnahme muß als Beispiel für eine sich rasch weiter verschärfende Kontrolle der Kollegen durch die Gewerkschafts-Spitze gewertet werden. Sie soll unterbinden, daß die Journalisten künftig dauernd Seite an Seite mit ihren Drucker-Kollegen um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. ■

Studentendemonstration in Ägypten

Anfang des Jahres fanden an den ägyptischen Universitäten zahlreiche Protestaktionen gegen die Politik der Sadat-Regierung statt. Die Studenten bestreikten die Lehrveranstaltungen und hielten politische Versammlungen ab. Zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es, als sie versuchten, ihre Forderungen in Demonstrationen der Bevölkerung der ägyptischen Städte vorzutragen. Die Polizei ging mit brutaler Härte gegen die Demonstranten vor, zahlreiche Studenten wurden verletzt und über 200 verhaftet. Drei ausländische Journalisten wurden ebenfalls in Haft genommen; sie wollten den Polizeieinsatz auf Fotos festhalten.

Am 3.1. wurden schließlich alle Universitäten von der ägyptischen Regierung zwangsgeschlossen.

Unruhe und Protest unter den ägyptischen Studenten waren zum ersten Mal Anfang 1972 aufgeflammt, als das Jahr 1971, das Präsident Sadat als „Jahr der Entscheidung" ausgerufen hatte, ergebnislos verstrichen war.

Die Studenten fordern, daß Ägypten vor der israelischen Kriegs- und Eroberungspolitik im Nahen Osten nicht das Feld räumt, sondern daß das Volk für den Kampf gegen das imperialistische Israel bewaffnet wird. Sie verlangen ferner Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegung, daß Ägypten für Operationen der Widerstandsorganisationen freigegeben wird, und daß es jedem Ägypter möglich sein muß, sich freiwillig für die Widerstandsorganisationen zu melden.

Den Studenten geht es aber ebenso um politische Freiheit im eigenen Land. In Ägypten gibt es nur eine Staatspartei und eine Staatsgewerkschaft. Die Studenten fordern die Einrichtung freier Gewerkschaften sowie die demokratischen Rechte freier politischer Betätigung. Sie wehren sich gegen die Pressezensur und gegen die Machenschaften des ägyptischen Geheimdienstes.

Die ägyptische Studentenbewegung ist ein Ausdruck der Tatsache, daß es unter den arabischen Massen eine starke antiimperialistische und sozialistische Strömung gibt, daß allgemein die Bereitschaft vorhanden ist, gegen die israelische Aggression zu kämpfen und ebenso die Mißstände im eigenen Land anzugreifen.

Allerdings wäre es illusionär, wenn die Studenten von der ägyptischen Regierung die Erfüllung ihrer Forderungen erwarten würden. Die arabische Bourgeoisie versteht es relativ geschickt, auf diesem Klavier zu spielen und versucht demagogisch, die Stimmung der Massen für ihre eigenen Ziele zu nutzen. Leuten wie Nasser gelang es sogar, mit dieser Methode zu einer großen Popularität zu kommen. Die ägyptische Regierung hat es an flammenden Aufrufen zum Krieg gegen Israel und zur Unterstützung des palästinensichen Volkes noch nie fehlen lassen – Taten sind bis zum heutigen Tag ausgeblieben.

Die arabische Bourgeoisie geht mit ihrem „Antiimperialismus" nur bis zu einem gewissen Punkt – nämlich sich von dem erdrückenden Einfluß des Imperialismus soweit zu lösen, daß der Aufbau eines nationalen Kapitalismus möglich wird. Zu diesem Zweck versucht sie, die palästinensische und arabische Widerstandsbewegung als Druckmittel gegen die Imperialisten einzusetzen, ist aber bemüht, diese Bewegung in „legalen" Bahnen und unter ihrer Kontrolle zu halten. Im Moment ist die arabische Bourgeoisie durchaus an einer „Friedlichen Lösung" auf Kosten des palästinensischen Volkes und der arabischen Massen interessiert; ihr liegt an der Öffnung des Suezkanals und am Handel mit Israel und den damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteilen.

Aber die arabische Bourgeoisie wird es langfristig nicht verhindern können, daß die Massen den antiimperialistischen Kampf mit dem Klassenkampf im eigenen Land verbinden. Schritte in dieser Richtung gibt es. Was die Bourgeoisie befürchten muß, sind Kämpfe wie die Streiks der ägyptischen Arbeiter in den Stahlwerken von Heluan 1972, als 30 000 Arbeiter mehrere Betriebe besetzten und politische und gewerkschaftliche Rechte forderten.

Hier liegt die Kraft, die in der Lage ist, auch den Widerstand und Protest anderer Teile der Bevölkerung (wie der Bauern und Studenten) zusammenzufassen und sie zum Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus zu führen. ■

Italien: Valpreda vorläufig freigelassen

Nach über dreijähriger Untersuchungshaft hat das Gericht von Cantanzaro am 29. Dezember die vorläufige Freilassung der Anarchisten Valpreda, Borghese und Gargamelli verfügt. Die drei Genossen werden beschuldigt, mehrere Bombenanschläge verübt zu haben, deren schwerster am 12. Dezember 1969 in der Mailänder Landwirtschaftsbank 16 Tote und 87 Verletzte forderte. Sehr schnell stellte sich aber heraus, daß die Beschuldigung der drei Anarchisten dem italienischen Staat nur dazu diente, einen gewaltigen politischen und ideologischen Feldzug gegen die sozialistische Bewegung in Italien zu führen. daß die drei Genossen in Wahrheit nicht die Urheber des Mailänder Blutbades waren, sondern von der Klassenjustiz nachträglich dazu gestempelt werden sollten.

Drei Jahre lang versuchte die Justiz „Indizien" zusammenzutragen, die darin bestanden, daß tatsächliches Beweismaterial beseitigt wurde, daß Zeugen unter Druck gesetzt wurden, daß andere auf mysteriöse Weise ums Leben kamen oder ganz offensichtlich liquidiert wurden: wie etwa der Anarchist Pinelli, der aus dem Fenster des Mailänder Polizeipräsidiums gestürzt wurde. Gleichzeitig verdichteten sich die Beweise, daß das Mailänder Blutbad und andere den Anarchisten angelastete Bombenanschläge auf das Konto von Faschisten gehen, die mit Unterstützung des griechischen Geheimdienstes und mit Duldung des italienischen Staates operierten. Das Gericht zögerte so den Prozeß gegen Valpreda, Borghese und Gargamelli immer weiter hinaus, verlegte ihn von Rom nach Mailand und von Mailand nach Cantanzaro und sah sich schließlich sogar veranlaßt, die Faschisten Freda und Ventura zu verhaften, die zusammen mit dem jetzigen Parlamentsabgeordneten der neofaschistischen MSI, Pino Rauti, als die Haupttäter der Bombenanschläge gelten können.

Die italienische Linke hat von Anfang an eine große politische Kampagne gegen das „strage di stato", gegen das „Staatsmassaker" geführt; sie hat die Absichten der Komplizenschaft des Staates mit den faschistischen Gruppen auf breiter Ebene enthüllt und damit eine ständig anwachsende Bewegung zur Befreiung Valpredas und der übrigen Genossen gefördert.

Die kraftvolle Empörung großer Teile der Bevölkerung ist mit Sicherheit ein wesentlicher Grund, der jetzt zur vorläufigen Freilassung der drei Genossen führte.

Die vorläufige Freilassung der Genossen bedeutet aber nicht, daß der Staatsapparat in dieser Angelegenheit endgültig die Segel streichen würde. Der Prozeß gegen Valpreda ist damit nicht aufgehoben, sondern nur erneut aufgeschoben. Und es gibt Grund genug zu der Annahme, daß die Justiz die vorläufige Freilassung der Genossen als taktischen Schachzug gegen die linke Bewegung ausspielen will, sozusagen als vorbeugendes Beruhigungsmittel gegen neue Repressionen.

Das liegt schon jetzt auf der Hand:

Grundlage für die vorläufige Freilassung der drei Genossen ist ein Mitte Dezember verabschiedetes Gesetz zur Neuregelung der Untersuchungshaft. Nach wie vor wird darin aber keine zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft gesetzt, sondern es wird lediglich dem persönlichen Belieben des jeweiligen



Pietro Valpreda

Richters anheimgestellt, einen Gefangenen bis zum Prozeß auf freien Fuß zu setzen oder nicht. Dieses Gesetz kursierte in der italienischen Presse gleich unter der Bezeichnung „Valpreda-Gesetz" - und tatsächlich fand es bei den drei Anarchisten-Genossen ja auch seine erste Anwendung. Das berechtigt allerdings nicht zum geringsten Zweifel über die voraussehbare zukünftige Anwendung dieses Gesetzes: daß es dem Gericht ebenso „belieben" wird, einen politischen Gegner der Kapitalistenherrschaft im Knast zu lassen, wie es ihm andererseits „belieben" wird, Verbrecher im Dienste der Kapitalisten auf freiem Fuß zu setzen. Auch im konkreten Fall sollte man beachten, daß die vorläufige Freilassung der drei Genossen möglicherweise eine geschickte „Vorleistung" darstellt, um in einiger Zeit die tatsächlich für das Mailänder Blutbad verantwortlichen Faschisten Freda und Ventura u.a. aus der Haft zu entlassen.

Der mit der Freilassung der drei Genossen verbundene taktische Schachzug des Staatsapparats ist aber noch umfangreicher. Die christdemokratische Andreotti-Regierung will sich mit dem „Valpreda-Gesetz" als „Gegenleistung" eine ungeheure Erweiterung der Macht der Polizei erkaufen. Ein anderes Gesetz (das noch nicht verabschiedet ist) soll die Dauer der polizeilichen Festnahme ohne Gerichtsbeschluß von bisher 48 auf 96 Stunden erhöhen. Als „Grund" für die Inhaftierung auf 96 Stunden soll danach die bloße Behauptung eines beliebigen Polizisten gelten, daß jemand <u>die Absicht</u> habe, ein Verbrechen zu begehen. Dieses Gesetz würde damit eine noch weitaus größere staatliche Willkür „legalisieren", als etwa das vor kurzem in der Bundesrepublik erlassene Gesetz über den „Haftgrund bei Wiederholungsgefahr" (eine etwas modifizierten Fassung der alten Vorbeugehaftpläne der CDU/CSU). Der von der Andreotti-Regierung vorgelegte Gesetzentwurf bemüht sich noch konsequenter, die unter dem deutschen Nazi-Regime vorwiegend gegen politische Gegner angewandte „Schutzhaft" nachzuahmen, nach der auch jeder von der Straße weg festgenommen werden konnte, wenn es den terroristischen Polizeiorganen gefiel. Aber diese Ausdehnung der polizeilichen Festnahme-Vollmachten ist nur der Hauptinhalt des italienischen Entwurfs, der u.a. auch eine Erweiterung der Polizeimacht bei Hausdurchsuchungen vorsieht.

Offenbar ist aber die Bedeutung dieser Absichten der Bourgeoisie größeren Teilen des italienischen Volkes bewußt, so daß die Regierung nicht auf eine leichte und widerstandslose Durchsetzung ihrer polizeistaatlichen Pläne hoffen kann. Die massenhaften Demonstrationen am 12. Dezember 1972, dem dritten Jahrestag des Mailänder Blutbades, hatten neben der Forderung nach Befreiung Valpredas und der beiden anderen Genossen auch generell den Kampf gegen die wachsende Faschisierung des kapitalistischen Staates auf ihre Fahnen geschrieben: in den Straßendemonstrationen in Rom, Mailand, Bologna, Neapel, Palermo, Florenz, Pisa, Padua und anderen Städten, in Versammlungen in zahlreichen Betrieben und Schulen sowie in einer Reihe anderer Veranstaltungen sagten Zehntausende von Menschen der Regierung ihren Kampf an. Dabei kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, als diese an mehreren Orten versuchte, die Demonstrationen mit Tränengasbomben und Knüppelschlägen auseinanderzutreiben.

Wieder bewies sich auch an diesem 12. Dezember die Komplizenschaft der Faschisten mit den Staatsorganen: in Neapel verübten faschistische Gruppen einen Bombenanschlag auf dem Kundgebungsplatz, der nur deswegen nicht das Ausmaß von vor drei Jahren annahm, weil der Demonstrationszug zufällig einige Minuten später eintraf als vorgesehen. Es gab 4 Verletzte. In Pisa schoß ein Faschist, Besitzer eines Cafés, in den Demonstrationszug; wie durch ein Wunder gab es hier keine Opfer. Für den Faschisten hatte diese staatserhaltende Tat keine großen Folgen: er wurde nur „zum Verhör" auf das Polizeirevier gebracht. Übrigens hat der gleiche Faschist vor einiger Zeit schon einen ähnlichen Mordanschlag versucht. Und auch damals wurde er lediglich von der Polizei „verhört" und anschließend wieder entlassen.

Die Bedeutung der Demonstrationen an diesem 12. Dezember liegt in der starken Anteilnahme der Arbeiterklasse, die damit deren beginnende Führung auch im politischen Kampf gegen den kapitalistischen Staat zum Ausdruck brachten. In vielen Städten, vor allem in Palermo, Neapel und Padua haben die fortschrittlichen Betriebsräte die Initiative übernommen und das Entstehen einer einheitlichen Front mit Schülern, Studenten und anderen demokratischen Kräften ermöglicht.

Auch nach der nun erfolgten vorläufigen Freilassung von Valpreda, Borghese und Gargamelli wird dieser Kampf weitergeführt werden müssen. Die Bourgeoisie wird ihrerseits die sich vertiefende sozialistische Bewegung durch neue politische und ideologische Offensiven zu schwächen versuchen. Eine große Rolle spielt dabei die demagogische Parole von der Bekämpfung des „Extremismus von rechts und links", auch in der Weiterführung des ja nur aufgeschobenen Valpreda-Prozesses. Der Beschluß zur Freilassung der drei Genossen enthält einen Satz, der darauf hindeutet, daß die Justiz zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise ein <u>gemeinsames</u> Verfahren gegen die drei Genossen und gegen die Faschisten Freda und Ventura eröffnen will. Obwohl diese bourgeoise These von der angeblichen „Zusammenarbeit von Anarchisten und Faschisten" längst als Betrug entlarvt ist, findet sie doch immer noch Resonanz in weiten Teilen der von der kapitalistischen Propaganda bewußtlos gehaltenen Bevölkerung, vor allem in den verängstigten kleinbürgerlichen Schichten.

Die vorläufige Freilassung der drei Genossen hat viel Freude bei allen aufrechten Menschen, und nicht nur in Italien, hervorgerufen. Aber man darf nicht vergessen, wie Valpreda sagte, daß es ein <u>Zwang</u> zur Freude ist, wenn der kapitalistische Staat nach drei Jahren ein ungeheures Unrecht und Verbrechen „wiedergutmacht" – und das nur teilweise, ohne im weiteren von seinen menschenfeindlichen Plänen abzurücken. ■

CDU fälscht DKP-Zeitung

Zwei Wochen vor den Bundestagswahlen vom 19. November stellte der Bremer CDU-Landesverband Strafantrag gegen den Herausgeber des „Vahrer Report", einer Stadtteilzeitung der DKP in Bremen.

Dort hatte angeblich wörtlich gestanden: „Am 19. November 1972 muß Bonn rot werden und dann verteilen wir Genickschüsse an alle CDU/CSU-Verbrecher". – Regionale Tageszeitungen übernahmen diese Meldung kommentarlos, obwohl die Unsinnigkeit klar war.

Die DKP hat daraufhin noch vorhandene Exemplare des „Vahrer Report" an die bürgerlichen Zeitungen geschickt. Es zeigte sich, daß der zitierte Satz sich nur in einem einzigen Exemplar befand, das im Besitz der CDU war – und zwar offensichtlich nachträglich in eine Leer-Stelle eingefügt.

Ob die Bremer CDU die Fälschung direkt bestellt hat, ob der Fälscher CDU-Mitglied ist – das ist nebensächlich. Fest steht, daß die CDU wußte, daß es sich um eine Fälschung handelte und ganz bewußt diese Provokation gestartet hat. Die DKP hat durch den Rechtsanwalt Hannover Strafanzeige „gegen Unbekannt" gestellt. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß der bürgerliche Staat irgendetwas tun wird, um den reaktionären Fälschern das Handwerk zu legen. Schließlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus. ■

»Manchmal könnte ich heulen, daß ich so arm bin«

Zensur im NDR-Kinderfunk

Über die Klassengegensätze sollen die Kinder nichts erfahren. Darüber wacht die Zensur von NDR-Kinderfunk-Leiterin Rosemarie Schwerin.

Ein Beispiel: Die Journalistin Johanna Müller hatte mit der Kinderfunk-Redaktion eine Sendung abgesprochen zum Thema „Geld".

Statt der üblichen verniedlichenden Kinderfunkproduktionen versuchte Johanna Müller eine Sendung zu machen, die die Wirklichkeit widerspiegelt. Sie interviewte Arbeiterkinder, die in Heimen leben, und Kinder aus dem Kleinbürgertum und fragte sie: „Wieviel Taschengeld bekommt ihr? Was kann man sich mit dem Geld nicht kaufen? Findet ihr es richtig, daß es arme und reiche Leute gibt?"

Außerdem erklärte sie den Hörern daß und wofür Geld ein Tauschmittel ist, daß man sich damit Macht, die Arbeitskraft anderer, Gesundheit usw. kaufen kann. Schließlich verglich sie den Verdienst eines Fabrikbesitzers mit dem eines Arbeiters und erläuterte, woran es liegt, daß der so unterschiedlich ist.

Dazu spielte sie Songs der Polit-Rock-Gruppe „Floh de Cologne" wie „Auf dem Arbeitsmarkt" und „Wir brauchen keine Millionäre".

Den Titel zu dieser Sendung lieferte der Ausspruch eines kleinen Jungen, der in einem Heim untergebracht ist: „Manchmal könnte ich heulen, daß ich so arm bin."

Kinderfunk-Leiterin Schwerin verbot die Ausstrahlung dieser Sendung. Begründung:

- Die Sendung sei geeignet, bei den Kindern Hass und Neid auf reiche Leute zu wecken.
- Die interviewten Kinder redeten alle so traurig.
- Was die Autorin eigentlich mit den Arbeitern habe: die besäßen doch alle einen Fernsehapparat.
- Die These der Autorin, daß in der BRD das Vermögen ungerecht verteilt ist, sei so eine These, die man öfter höre, aber eben nur eine These.
- Im übrigen sei Geld gar nicht so wichtig. Wenn die Erwachsenen das auch glaubten, sei noch lange kein Grund, die Kinder damit zu belasten.

Bleibt nur nachzutragen, daß ein Redaktionsleiter im Rang und Dienstalter von Rosemarie Schwerin im NDR 4967,- DM (mehr als 12 Jahre, Tarifgruppe I) im Monat verdient.

(Nach „Solidarität, Hamburger Journalisten-Info", Nr. 2, das von einer Gruppe fortschrittlicher und überwiegend gewerkschaftlich organisierter Journalisten herausgegeben wird.) ■

Neue ideologische Ausrichtung der reaktionären Jugendverbände

Die westdeutsche Bourgeoisie hat Schwierigkeiten, außerhalb der Schule und des Arbeitsplatzes die Jugend organisiert zu erfassen und ideologisch zu steuern. Während die Bourgeoisie im Nazi-Reich durch die „Hitlerjugend" fast die ganze Jugend mobilisieren konnte, erreichen die bürgerlichen Jugendverbände nur noch einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der arbeitenden und lernenden Jugend. Um Jugendliche wieder mehr für die bürgerlichen Jugendverbände zu interessieren, geben sich diese ein „fortschrittliches" Image.

Beispielhaft für diesen Fassadenwechsel, den z.B. auch die „Junge Union" vornimmt, sind die Überlegungen in der nationalistischen „Deutschen Jugend des Ostens" (DJO). Die 1951 als Jugendorganisation der nazistisch gesteuerten „Vertriebenenverbände" gegründete DJO, die noch beim Faschisten-Aufmarsch der „Aktion Widerstand" in Würzburg in ihren HJ-ähnlichen Uniformen mitmarschierte und die seit ihrer Gründung die revanchistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie in der Jugend populär zu machen versuchte, findet unter Jugendlichen kaum noch Resonanz. Mit ihrer Politik des kalten Krieges, des Nationalismus und Militarismus kann sie keine breiten Teile der Jugend mehr mobilisieren. Inzwischen bezeichnen die DJO-Führer ihren alten Kurs schon als „Fehler".

Revanchisten stellen sich auf „Neue Ostpolitik" ein

Deshalb will man in der DJO von den „Vertriebenenverbänden" abrücken und will die Ostverträge, die vor ihrer Ratifizierung Angelpunkt der DJO-Greuelpropaganda waren, „mit Leben füllen". Die DJO muß genauso wie die Bourgeoisie erkennen, daß mit offener Gewalt die Rückgewinnung der DDR und der anderen Länder Osteuropas für den Kapitalismus im Moment nicht zu erreichen ist. Folglich zieht man sich in der DJO die Unterwanderstiefel an und unterstützt die „Neue Ostpolitik" der BRD, indem man Jugendkontakte zu den osteuropäischen Ländern aufbaut.

Nach eigenen Angaben organisiert die DJO 160 000 arbeitende und lernende Jugendliche. Diese relativ kleine Zahl organisierter Jugendlicher ist nicht zuletzt Folge der in der Vergangenheit betriebenen Blut-und-Boden-Politik. Eine Integration größerer Teile der Jugend ist nur durch Änderung der taktischen Programmatik zu erreichen. In der DJO setzen diese taktischen Überlegungen an einem neuen, programmatischen Namen an. „Bund Deutscher Jugend" soll der neue Name sein.

Die bürgerlichen Jugendverbände in der Krise

Die Bourgeoisie sieht sich der Misere gegenüber, daß die ideologische Steuerung der Jugend durch die bürgerlichen Jugendverbände ihr aus den Händen zu gleiten droht. Die außerschulische Jugendarbeit der bürgerlichen Jugendverbände verzeichnet insgesamt einen Mitgliederschwund. So organisieren die im „Deutschen Bundesjugendring" (DBJR) zusammengeschlossenen Verbände nur noch etwa 20% der Jugend (ausgenommen die Gewerkschaftsjugend). Mit Heimattümelei, Lagerfeuer, Wandern und Führerkarriere lassen sich nicht mehr viele Jugendliche ködern. Deshalb sollen die bürgerlichen Jugendverbände ein „progressives Image" erhalten, damit sie weiterhin ihrer ideologievermittelnden Rolle gerecht werden können.

Zum 20-jährigen Jubiläum kapitalistischer Jugendhilfe durch den „Bundesjugendplan" erklärte Dietrich Rollmann, jugendpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu den Aufgaben der außerschulischen Jugendarbeit:

„Auch in den siebziger Jahren wird der Bundesjugendplan in erster Linie ein Programm der außerschulischen Jugendbildung sein müssen. Dabei denke ich besonders an die ‚politische Bildung', an die ‚internationale Jugendarbeit' und an die ‚sportliche Jugendbildung'. Politische Bildung ist einmal Wissens- und Verständnisvermittlung, darüberhinaus muß sie aber mehr als bisher auf die entschiedene Bejahung und auf das aktive Engagement unserer jungen Mitbürger für unseren parlamentarisch-demokratischen Staat gerichtet sein. Es wäre ein Unding, wenn unser Staat mit dem Titel ‚Politische Bildung' des Bundesjugendplanes seine erklärten Feinde ‚bilden' würde. Die Förderung ‚kritischer' Gruppen muß da ein Ende haben, wo die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit überschritten werden".
(aus: deutsche jugend, zeitschrift für jugendfragen und jugendarbeit 18. jg., heft 11, nov. 70)

Die Bourgeoisie wird also ihre Aufmerksamkeit verstärkt der ideologischen Aufmöbelung ihrer Agenturen für die Erfassung der Jugendlichen außerhalb der Schulen zuwenden. Konzeptionen, wie sie die DJO vertritt, stehen dabei durchaus im Einklang mit der Politik der westdeutschen Bourgeoisie.

Reaktionäre rücken zusammen

So ist es völlig klar, daß der „Bund der Deutschen Katholischen Jugend" (BDKJ) sich als einer der bestimmenden Verbände im „Deutschen Bundesjugendring" (DBJR) ohne Zögern auf die Seite der DJO schlagen mußte, als ein kleiner Verband, die „Naturfreundejugend" (NFJ) den Ausschluß der DJO aus dem DBJR wegen ihrer faschistischen Ausrichtung verlangte. Die große Mehrheit der Vollversammlung des DBJR stimmte zwar schon 1971 und jetzt im Dezember 72 für den Ausschluß – aber die vorgeschriebene 2/3-Mehrheit wurde nicht erreicht.

Den bürgerlichen Jugendführern fällt es schwer, sich von ihren faschistischen Kumpanen zu trennen; hingegen fällt es den Faschisten leicht, sich ein liberales Mäntelchen umzuhängen.

Der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie darf keinesfalls nur in der Schule geführt werden. Gerade mit ihren Freizeitorganisationen – Sport, Pfadfinder, kirchliche Jugend usw. – hat die Bourgeoisie viel Möglichkeiten, ihren Einfluß in der Jugend zu verankern. Diese ideologischen Agenturen der Bourgeoisie außerhalb der Schulen sind im Moment zwar angeschlagen, aber gerade deshalb wird die Bourgeoisie in diesem Bereich ihre Aktivitäten konzentrieren und ihre Demagogie „modernisieren". ■

Nachrichtensperre bei Demonstrationen?

Entscheidung eines Essener Gerichts: Beobachtung von Demonstrationen aus der Nähe ist bereits Nötigung.

Ohne sich daran zu beteiligen, beobachtete Ende Januar 72 der Lokalredakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", Norbert Maas, im Rahmen eines dienstlichen Auftrags eine Rote-Punkt-Demonstration. Zusammen mit 130 Demonstranten wurde er festgenommen und über 5 Stunden lang festgehalten. Die Staatsanwaltschaft zeigte ihn an wegen „gemeinschaftlich begangener Nötigung". Den Prozeß ließ man aber gar nicht erst stattfinden: noch vor Beginn der Beweisaufnahme und Anhörung der Zeugen wurde das Verfahren trotz des Protests von Verteidiger und Angeklagten eingestellt. Norbert Maas bekam die Verfahrenskosten aufgebrummt. Begründung: er habe sich immerhin insoweit schuldig gemacht, daß man ihn zwar nicht verurteilen, andererseits aber die ihm entstandenen Kosten auch nicht der Staatskasse auferlegen könne!

Die sofortige Beschwerde gegen diese Entscheidung wurde abgelehnt. Norbert Maas und seine Anwälte halten es für wenig erfolgversprechend, nun wegen Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit und Verletzung des Grundrechts auf freie Berufsausübung beim Bundesverfassungsgericht (BVG) zu klagen: nach einer neuen BVG-Entscheidung kann gegen sogenannte „Nebenentscheidungen", wie diese vordergründig reine Kostenentscheidung, nicht mehr beim BVG vorgegangen werden.

Diese klare Einschränkung der Pressefreiheit ist kein Einzelfall: sie ordnet sich ein in eine seit langem systematisch durch die herrschende Klasse entwickelte Informationsunterdrückung.

Noch vor wenigen Jahren, während der APO-Demonstrationen 1967-1968, wurde die Bevölkerung häufig durch Augenzeugenberichte und Nahaufnahmen mit Knüppelaktionen der Polizei konfrontiert, denn die Polizisten droschen oft blind auf Reporter genauso ein wie auf Demonstranten. Einerseits wirkten diese Berichte einschüchternd und abschreckend, mit der Sensationsmacherei drängte man die tatsächlichen Forderungen der Demonstranten in den Hintergrund. Andererseits aber zeigte sich nur zu deutlich, mit welcher Brutalität in diesem Staat „Ruhe und Ordnung" aufrecht erhalten werden sollen. Die Empörung wuchs, die radikaldemokratische Bewegung verbreiterte sich.

Für die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger wurde es notwendig, die Bewegung von der Öffentlichkeit zu isolieren, unangenehme Zeugen mußte man zum Schweigen bringen. Ganz gezielt schlug nun die Polizei auch auf Reporter ein. Sogar bei bekannten Berichterstattern der bürgerlichen Presse machte man keine Ausnahme. Bei dem „Skandal", wenn einer von ihnen getroffen wurde, war oft keine Rede mehr von den -zig Demonstranten, die gleichzeitig verprügelt wurden. Fernsehkameras gingen zu Bruch, Filme wurden beschlagnahmt. In München starb ein Fotograf, weil ihm die eigene Kamera beim Fotografieren in den Schädel geschlagen wurde. Man sollte den Mut zur ungeschminkten Information verlieren.

Gleichzeitig trafen ohne Ausnahme die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen Vereinbarungen mit den Innenbehörden, über Demonstrationen nicht zu berichten. Seitdem wird dieses Komplott nur in Einzelfällen durchbrochen: wenn eine Demonstration zu groß ist, um sie zu verschweigen. Aber vor allem dann, wenn ihr politischer Charakter sektiererisch ist, oder provokatorische Aktionen ausgeschlachtet werden können.

Hier zeigt sich die glänzende Zusammenarbeit von bürgerlicher Presse und Verwaltungsbehörden im Interesse der Kapitalistenklasse. Mit dem Urteil gegen Norbert Maas zieht nun die bürgerliche Justiz nach: in „unserem demokratischen Rechtsstaat" ist Recht, was den herrschenden Ausbeutern nützt. ■

'Konservativer Nationalist'?!

Hahn beruft Faschisten in den Schuldienst

Kurz nach dem großangelegten Polizeieinsatz gegen die Heidelberger Studenten war der baden-württembergische Kultusminister Hahn (CDU) erneut Verursacher eines handfesten politischen Skandals.

Er berief das NPD-Vorstandsmitglied Rolf Kosiek zum Dozenten an die Staatliche Ingenieurschule Nürtingen. Begründung: bei Kosiek handle es sich nicht um einen „Radikalen", sondern um einen „Nationalisten mit sehr konservativen Anschauungen", was seine Tätigkeit und die weiterer elf NPD-Leute von 1968 - 1972 im Stuttgarter Landtag bewiesen habe. Dies ist um so befremdlicher, wenn man weiß, daß Kosiek zu den Landtagssitzungen mit dem Abzeichen der „Aktion Widerstand" zu erscheinen pflegte, deren SA-ähnliches Auftreten in Würzburg und anderswo zu massiven Protesten der demokratischen Öffentlichkeit geführt hatte.

Die NPD, deren kulturpolitischer Sprecher Kosiek war, stand im Landtag fast immer in einer Front mit der CDU, vor allem dann, wenn es um die Universitäten ging. So paukten NPD und CDU gemeinsam Hahns Klinikordnung gegen SPD und FDP durch. Und besondere Schützenhilfe leistete die NPD dann kurz vor der Landtagswahl: Sie zog ihre Kandidatur zurück, wodurch die CDU die 9 % dazugewann, die vorher die NPD hatte. Ohne sie säße Hahn heute wohl kaum auf seinem Ministersessel, wofür er sich jetzt „erkenntlich" zeigte.

Daß Kosiek ein militanter Faschist ist, hat er des öfteren bewiesen. Im Juli 1970 hatte er während einer internationalen Tagung in Ulm die DDR-Fahne heruntergerissen. Im letzten Bundestagswahlkampf bemühte er sich in Heidelberg um ein Bundestagsmandat für die NPD. In Annoncen empfahl sich Kosiek den Wählern als Autor des Buches „Marxismus? Ein Aberglaube". Dies Buch ist inzwischen wegen verfassungsfeindlicher Rassentheorien (!) von der Bundesprüfstelle auf den Index gesetzt worden.

Für Alt-Nazi Hahn (er trat im April 1932 der NSDAP bei) waren dies keine Hinderungsgründe – im Gegenteil. Mit Hilfe des braunen „Bund Freiheit der Wissenschaft" und offener Faschisten wie Kosiek sollen an den Universitäten und Schulen wieder ausschließlich reaktionäre Lehrinhalte durchgesetzt werden. Und mit Berufsverboten (in Baden-Württemberg sind bisher 70 linke Lehrer – aber kein einziger rechter (!) – vom Berufsverbot betroffen), Ordnungsrecht und Zwangsexmatrikulation sollen all diejenigen, die auch nur Kritik am herrschenden System wagen, mundtot gemacht werden.

So wurde gleichzeitig mit der Einstellung des Rechtsradikalen Kosiek die Berufung des Politologen Klaus von Beyme (SPD) nach Heidelberg „aus politischen Gründen" von Hahn verhindert. ■



NPD-Mann Kosiek